Christian Frommelt, Thomas Milic, Philippe Rochat

DIE CORONA-PANDEMIE AUS DER SICHT VON GESELLSCHAFT, POLITIK UND VERWALTUNG

SYNTHESE AUS VERSCHIEDENEN UMFRAGEN
UND WEITEREN ANALYSEN



LIECHTENSTEIN-INSTITUT

Verantwortlich für den Inhalt
Christian Frommelt, Direktor und Forschungsleiter Politik, Liechtenstein-Institut
Thomas Milic, Forschungsbeauftragter Politik, Liechtenstein-Institut
Philippe Rochat, Forschungsbeauftragter Politik, Liechtenstein-Institut
Patricia Schiess Rütimann, Forschungsbeauftragte Recht, Liechtenstein-Institut (Kapitel 2.4, 4.2)

Mitarbeit
Jeldrik Schottke, Studentischer Mitarbeiter, Liechtenstein-Institut
Stefan Ospelt, Studentischer Mitarbeiter, Liechtenstein-Institut
Valentin Ritter, Praktikant, Liechtenstein-Institut

Die vorliegende Studie ist Teil der Untersuchung des liechtensteinischen Krisenmanagements während der Corona-Pandemie, die das Liechtenstein-Institut im Auftrag der Regierung des Fürstentums Liechtenstein durchführte. Diese besteht aus folgenden Publikationen:

- *Rochat, Philippe* (2023): Der Verlauf der Corona-Pandemie in Liechtenstein. Eine Darstellung mit öffentlich zugänglichen Daten. Liechtenstein-Institut, Gamprin-Bendern.
- *Frommelt, Christian; Schiess Rütimann, Patricia M.* (2023): Das Krisenmanagement Liechtensteins in der Corona-Pandemie: Organisation, Kommunikation und Massnahmen. Liechtenstein-Institut, Gamprin-Bendern.
- *Schiess Rütimann, Patricia M.* (2023): Die Corona-Pandemie und das Recht. Liechtenstein-Institut, Gamprin-Bendern.
- *Frommelt, Christian; Milic, Thomas; Rochat, Philippe* (2023): Die Corona-Pandemie aus der Sicht von Gesellschaft, Politik und Verwaltung. Synthese aus verschiedenen Umfragen und weiteren Analysen. Liechtenstein-Institut, Gamprin-Bendern.
- *Frommelt, Christian; Schiess Rütimann, Patricia M.* (2023): Die Corona-Pandemie in Liechtenstein – Rahmenbedingungen, ausgewählte Erkenntnisse und Lehren. Liechtenstein-Institut, Gamprin-Bendern.

Zitiervorschlag: Frommelt, Christian; Milic, Thomas; Rochat, Philippe (2023): Die Corona-Pandemie aus der Sicht von Gesellschaft, Politik und Verwaltung. Synthese aus verschiedenen Umfragen und weiteren Analysen. Liechtenstein-Institut, Gamprin-Bendern.

Gamprin-Bendern, März 2023

Liechtenstein-Institut
St. Luziweg 2, 9487 Gamprin-Bendern, Liechtenstein

INHALTSVERZEICHNIS

DIE CORONA-PANDEMIE AUS DER SICHT VON GESELLSCHAFT, POLITIK UND VERWALTUNG 1

1 Einleitung 4

2 Gesellschaftliche Folgen der Pandemie 5
2.1 Auswirkungen auf das Wohlbefinden und die psychische Gesundheit 6
2.2 Fokus: Jugendliche 8
2.3 Fokus: Eltern von Schülerinnen und Schülern 10
2.4 Erfahrungen von Verbänden und anderen Institutionen mit Kontakt zu verletzlichen Menschen 12

3 Öffentliche Meinung zur Corona-Politik 14
3.1 Wahrnehmung von Massnahmen und Krisenmanagement 15
3.2 Wahrnehmung gesellschaftlicher Zusammenhalt und gesellschaftliche Polarisierung 18
3.3 Institutionenvertrauen und Systemzufriedenheit 23
3.4 Perspektiven auf die Corona-Politik 26

4 Andere Formen der Meinungsäusserung 27
4.1 Demonstrationen und politischer Protest 28
4.2 Vereinigungen und Vorstösse 31
4.2.1 Vereinigungen und Projekte zur Kritik an der Corona-Politik 31
4.2.2 Partei Mensch im Mittelpunkt (MiM) 33
4.2.3 Vorstösse gegen die Regierungspolitik 35

5 Medien in der Pandemie 37
5.1 Berichterstattung der Medien über die Pandemie 37
5.2 Leserbriefe im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie 41
5.3 Umfragedaten zum Informationsverhalten der Bevölkerung 43
5.4 Allgemeine Beobachtungen zur Rolle der Medien in der Corona-Pandemie 46

6 Gewaltenteilung in der Corona-Pandemie 48
6.1 Verhältnis Land und Gemeinden 48
6.2 Verhältnis Landtag und Regierung 49
6.2.1 Herausforderungen für den Parlamentarismus 49
6.2.2 Funktionserfüllung des Landtages in der Corona-Pandemie 50
6.2.3 Grundsätzliche Fragen zur Stellung des Landtages 54

7 Befragung der ins Krisenmanagement involvierten Akteure 55
7.1 Aufwand im Zusammenhang mit dem Krisenmanagement 56
7.2 Grundlagen des Krisenmanagements 58
7.3 Einschätzung zur Stabsarbeit 61
7.4 Einschätzung zum Krisenmanagement und zur Krisenkommunikation 64
7.5 Auswirkungen der Krise 71
7.6 Verbesserungsbedarf 71

8 Weitere Evaluationen 72

9 Fazit 74

10 Referenzen 76

Anhang 78

1 EINLEITUNG

Die Corona-Pandemie hat die Demokratie herausgefordert. Regierungen mussten zur Bekämpfung der Corona-Pandemie rasch Massnahmen mit grosser gesellschaftspolitischer Tragweite treffen. In manchen Staaten wurden die demokratischen Prozesse hierfür umgangen, in anderen Staaten zumindest adaptiert. Die Machtverhältnisse verschoben sich so zugunsten der Exekutive, und die demokratische Kontrolle wurde verringert.[1] Inwieweit eine solche Verschiebung auch in Liechtenstein beobachtet werden konnte und wie die Corona-Politik Liechtensteins von der Bevölkerung wahrgenommen wurde, ist Gegenstand dieser Untersuchung.

Zu Beginn der Pandemie herrschte in den meisten europäischen Staaten ein weitgehender Wertekonsens.[2] Dieser manifestierte sich in der allen anderen Zielen übergeordneten Zielsetzung des Schutzes von Leben und des Schutzes der öffentlichen Gesundheit. Als Folge dieses Wertekonsenses waren die von der Politik aufgegleisten Massnahmen zu Beginn der Krise weitgehend unbestritten bzw. verfügten die für das Krisenmanagement zuständigen Gremien über einen grossen Handlungsspielraum. Wichtig war in der Anfangsphase der Pandemie die (natur-)wissenschaftliche Expertise insbesondere aus den Feldern der Epidemiologie und Virologie,[3] wobei die Politik trotz Einbezug dieser Expertise unter grosser Unsicherheit agierte.

Im Laufe der Pandemie kam der anfänglich bestehende Wertekonsens jedoch unter Druck. Die Corona-Krise und die getroffenen Massnahmen legten zusehends normative Konflikte offen, die nicht alleine mit Rekurs auf (natur-)wissenschaftliche Expertise gelöst werden können. Politische Entscheidungen wie etwa die Beschränkung von Kontakten oder das Verbot von Versammlungen können zwar dem absoluten Lebensschutz dienen, sie fordern aber auch gleichzeitig die Grundpfeiler liberaler Demokratien heraus: «Manche dieser Massnahmen führen auch zu Einschränkungen von Grundrechten oder tangieren die Ausübung von politischen Rechten, welche für die Demokratie zentral sind».[4] In der Konsequenz gewannen gesellschaftspolitische Wertediskussionen zusehends an Bedeutung; «es kam zu einer offenen Auseinandersetzung über normative Aspekte: Wie ist Lebensschutz gegenüber anderen Werten – Freiheit, Würde, Partizipationschancen – abzuwägen? Haben nicht auch ökonomische Ziele eine eigenständige Berechtigung? Welche Belastungen sind Eltern und Kindern durch *Homeoffice* und *Homeschooling* zumutbar? Derartige Fragen symbolisieren die Vorrangstellung der normativen Thematisierungsweise».[5]

Diese Studie analysiert die öffentliche Meinung im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie anhand verschiedener Umfragen. Der öffentliche Diskurs und die öffentliche Meinung können dabei nur insoweit abgebildet werden, als dass fundierte Daten zur Verfügung stehen. Entsprechend können verschiedene für die Betrachtung der Corona-Pandemie wichtige gesellschaftspolitische Fragestellungen nicht im Detail analysiert werden oder müssen gänzlich ausgeklammert werden. In Kapitel 2 werden zu Beginn der Einfluss der Massnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie auf die Gesellschaft betrachtet. Die Ausführungen konzentrieren sich dabei auf das psychologisch-mentale Belastungsempfinden der Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner sowie auf zwei spezifisch betroffene Bevölkerungsgruppen, nämlich Jugendliche sowie Eltern von Schülerinnen und Schülern. Die Auswahl begründet sich mit der Verfügbarkeit von spezifischen Daten zu Liechtenstein, lässt sich aber auch dadurch rechtfertigen, dass diese beiden Gruppen immer wieder im Fokus der öffentlichen Diskussion über negative Auswirkungen der Pandemie standen.

---

1 Kübler 2022, S. 50.
2 Bogner & Menz 2021, S. 116 f.
3 Erst im Laufe der Zeit meldeten sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus anderen Fachdisziplinen zu Wort, beispielsweise aus der Ökonomie, Psychologie oder Rechtswissenschaften, und brachten ihre je eigenen Expertisen ein. Der dadurch entstehende Wissenskonflikt äusserte sich in mannigfaltiger Weise (Bogner & Menz 2021). Ökonominnen wiesen auf die wirtschaftlichen Folgekosten der Massnahmen hin, Psychologen äusserten Befürchtungen über negativen Folgen von Kontaktbeschränkungen, Bildungsexpertinnen brachten ihre Besorgnis über mögliche Bildungsungleichheiten zum Ausdruck etc.
4 Kübler 2022, S. 50.
5 Bogner & Menz 2021, S. 124, Hervorhebungen im Original.

Die öffentliche Meinung zu den Massnahmen im Allgemeinen wird sodann in Kapitel 3 behandelt. Dabei rücken zunächst die Wahrnehmung und Bewertung der Massnahmen durch die Stimmberechtigten in den Fokus, bevor auf die Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt und eine möglicherweise entstehende oder bestehende politische Polarisierung eingegangen wird. Abgeschlossen wird das Kapitel mit einer Analyse der Frage, ob die Corona-Pandemie bislang zu Veränderungen der politischen Ansichten der Stimmberechtigten mit Blick auf das Vertrauen in die Liechtensteiner Institutionen und die Demokratie geführt hat. Massnahmen wie Kontaktbeschränkungen und Versammlungsverbote schränken das Spektrum politischer Teilnahme ein. Verunmöglicht wird politische Partizipation deswegen aber nicht. Vielmehr rücken andere Formen ins Zentrum. Dieses Aspekts nimmt sich Kapitel 4 an. Es stellt die während der Corona-Pandemie sehr zahlreichen politischen Demonstrationen und Protestaktionen dar. Ebenso gibt es einen Überblick über die neu gegründeten Gruppierungen und die Vorstösse, mit denen auf die Corona-Politik Einfluss zu nehmen versucht wurde. Die Medien spielen für den öffentlichen Diskurs eine wichtige Rolle, auch und gerade während einer Pandemie. Kapitel 5 analysiert deshalb die Rolle der Medien und ihre Berichterstattung. In diesem Kapitel werden auch Formen der politischen Meinungsäusserung und -bildung wie Leserbriefe, Blogs und soziale Medien kurz gewürdigt. Kapitel 6 thematisiert die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das politische System Liechtensteins. Im Fokus steht dabei der Landtag.
Die Ausführungen über die gesellschaftlichen Auswirkungen, die Medien sowie das politische System werden in Kapitel 7 ergänzt durch die Auswertung einer Befragung aller Amtsstellen und Mitglieder des Pandemiestabs sowie weiterer in das Krisenmanagement eingebundener Akteure. In Kapitel 8 wird eine vom Amt für Bevölkerungsschutz (ABS) initiierte Evaluation zur ersten Pandemiewelle zusammengefasst. Abgeschlossen wird der vorliegende Evaluationsbericht durch ein Fazit in Kapitel 9.

2 GESELLSCHAFTLICHE FOLGEN DER PANDEMIE

In diesem Kapitel soll in kursorischer Weise auf gesellschaftliche Auswirkungen der Pandemie und auf die zu ihrer Bewältigung eingesetzten Massnahmen eingegangen werden. Unter «gesellschaftlich» verstehen wir in diesem Zusammenhang nicht die Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt, der an anderer Stelle behandelt wird (Kapitel 3.2), sondern vielmehr psychologisch-mentale Konsequenzen (Belastungsempfinden) sowie Auswirkungen auf das Zusammenleben innerhalb von Primärgruppen (d. h. in erster Linie die Familie).
Es versteht sich von selbst, dass eine lückenlose und umfassende Aufarbeitung dieser Auswirkungen aufgrund von Erfahrungsberichten ein grosses Unterfangen wäre. Dazu bräuchte man umfangreiche Daten aus Tiefeninterviews mit Exponentinnen und Exponenten aus allen sozialen und ökonomischen Schichten. Diese Daten liegen in diesem Umfang nicht vor. In den letzten zwei Jahren hat das Liechtenstein-Institut jedoch verschiedene Umfragen durchgeführt, die (unter anderem) verschiedene dieser Aspekte ansprechen. Sie werden im folgenden Kapitel 2.1 kurz eingeführt, bevor in den Kapiteln 2.2 und 2.3 Daten aus der Befragung *einzelner* spezifischer Gruppen detaillierter in den Fokus rücken, namentlich Ausführungen der Schülerinnen und Schüler, Lehrpersonen und Eltern.[6] Selbstverständlich machen diese drei Gruppen nicht die gesamte Wohnbevölkerung Liechtensteins aus. Ausserdem beschäftigte sich die entsprechende Umfrage vor allem mit schulischen Aspekten, die im Alltag eines Schulkindes nicht das ganze Leben ausfüllen. Aber diese Daten vermitteln doch einen brauchbaren Eindruck davon, wie zumindest ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung die Corona-Pandemie erlebte, was sie besonders belastete und welche Veränderungen leichter (oder schwerer) zu ertragen waren. Zur Ergänzung werden im Kapitel 2.4 Beobachtungen und Erkenntnisse wiedergegeben, die Verbände, Hilfswerke und andere Institutionen veröffentlichten, die während der Pandemie in engem Kontakt mit verletzlichen Menschen standen.

6 Milic & Frommelt 2022.

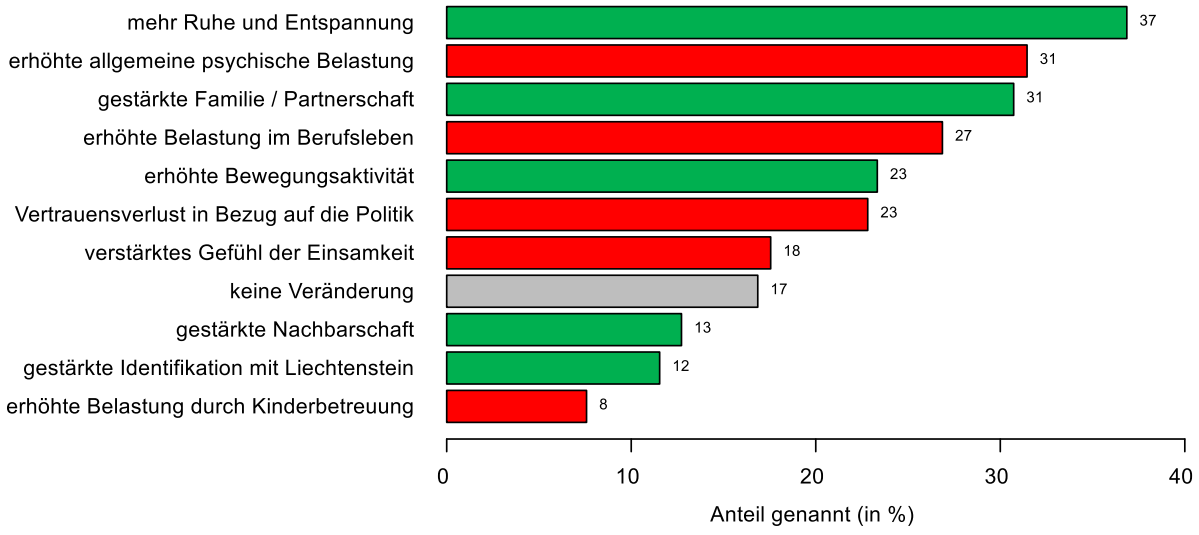
2.1 Auswirkungen auf das Wohlbefinden und die psychische Gesundheit

Im Juni 2022, also nach mehr als zwei Jahren Pandemie, hat das Liechtenstein-Institut im Rahmen einer Abstimmungsumfrage[7] (unter anderem) nach Erfahrungen im Kontext von Covid-19 gefragt.[8] Dabei fällt zunächst auf, dass keine der abgefragten Folgen der Pandemie von einer absoluten Mehrheit der Befragten geteilt wird (Abbildung 1). Dies zeigt, dass die Pandemiefolgen in der Bevölkerung unterschiedlich verteilt sind und nur schwerlich auf einzelne überindividuelle Komponenten reduziert werden können. Die Erfahrungen von zwei Jahren Pandemie haben in der Bevölkerung unterschiedliche Spuren hinterlassen. Darüber hinaus gibt eine von sechs befragten Personen an, dass sie überhaupt keine Veränderung im Vergleich zu vor der Pandemie wahrnimmt.

Insgesamt am häufigsten wird von den Befragten ein positiver Aspekt der Corona-Pandemie genannt. Mehr als ein Drittel gab nämlich an, dass sie in den vergangenen zwei Jahren zu mehr Ruhe und Entspannung gefunden hätten. Auf der anderen Seite heisst dies aber auch, dass etwa zwei von drei Befragten *nicht* mehr Ruhe und Entspannung erfahren haben – oder dass sie diese zumindest nicht so stark erlebt haben, um die gestellte Frage entsprechend zu beantworten. Daneben konnten gut drei von zehn Befragten von einer gestärkten Familie und Partnerschaft profitieren, und etwa ein Viertel der Befragten blickt auf eine erhöhte Bewegungsaktivität zurück. Dass es dank der Pandemie zu einer gestärkten Nachbarschaft oder einer vertieften Identifikation mit Liechtenstein gekommen ist, wird nur noch von etwa jeder achten Person erwähnt.

Bei den negativen Effekten von über zwei Jahren Pandemie überwiegt bei gut drei von zehn Befragten eine erhöhte allgemeine psychische Belastung. Daneben beklagt jeweils rund ein Viertel eine erhöhte Belastung im Berufsleben und einen Vertrauensverlust in die Politik. Ferner verspürt fast jede fünfte Person ein verstärktes Gefühl der Einsamkeit. Eine erhöhte Belastung durch Kinderbetreuung wird eher selten genannt, wobei selbstverständlich längst nicht alle Befragten auch tatsächlich mit der Betreuung von (Enkel-)Kindern beschäftigt sind.

Abbildung 1: Folgen der Corona-Pandemie (Juni 2022)



Quelle: Umfrage «Franchisen-Initiative» des Liechtenstein-Instituts (Milic & Rochat 2022), n=1268.

In einer Umfrage, die gut zwei Jahre zuvor und damit im Anschluss an den Lockdown durchgeführt wurde, schätzten rund zwei Drittel der Befragten an erster Stelle den Verzicht auf soziale Aktivitäten (z. B. Treffen

[7] Milic & Rochat 2022.

[8] Die Fragestellung lautete: «Wenn Sie an die vergangenen zwei Jahre der Coronapandemie denken, welche der folgenden Punkte treffen auf Sie zu?» (Mehrfachantwort möglich).

mit Freunden und Familie) als besonders belastend ein.[9] Darüber hinaus wurden vor allem Reiseeinschränkungen, das Wegfallen kultureller und sportlicher Anlässe sowie der Verzicht auf Bar- und Restaurantbesuche und die finanziellen Folgen der Pandemie betrauert. Nur elf Prozent gaben an, dass die Situation sie in den vorangegangenen Monaten (sprich der ersten Pandemiewelle im Frühjahr 2020) *nicht* belastete. Ferner fällt auf, dass Einschränkungen wie das Arbeiten im Homeoffice oder gesundheitliche Folgen nur von maximal zehn Prozent der Befragten als eine belastende Folge der Corona-Krise genannt wurden.

Die Wahrnehmung der Corona-Krise als drängendes Problem hat sich seither merklich abgeschwächt. Im Februar 2021 wurde sie noch von etwa einem Viertel der Befragten als eines der drei drängendsten Probleme Liechtensteins betrachtet.[10] Von 23 abgefragten Bereichen lag sie auf Rang 4. Im Juni 2022 teilen nur noch marginale drei Prozent diese Einschätzung.[11] Sie rangiert nunmehr auf Position 18. An die Stelle der Sorgen rund um die Corona-Krise sind Sorgen um die Lebenshaltungskosten getreten. Sie sind nach dem Verkehr zum zweithäufigsten genannten Problem aufgestiegen.

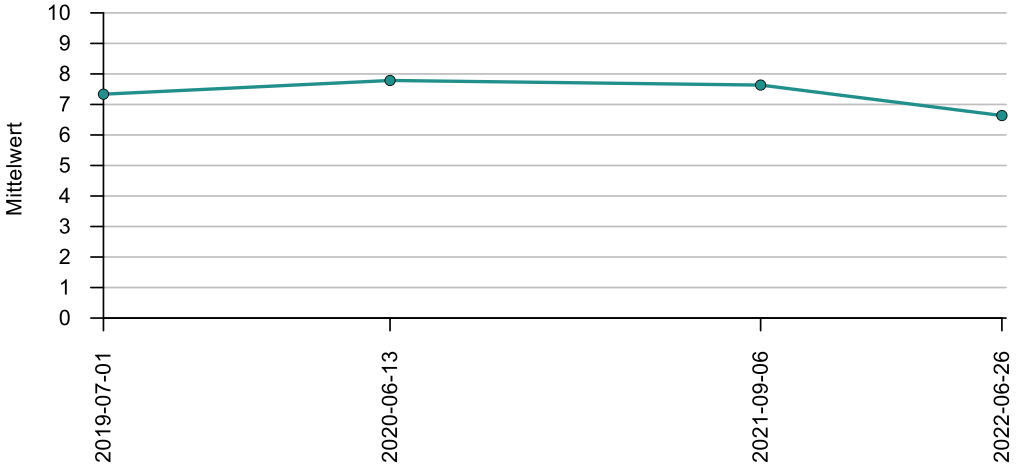
Im Vergleich zur Vor-Corona-Zeit kann ferner festgehalten werden, dass die Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner nicht viel von ihrer grundsätzlichen Zufriedenheit mit ihrem Leben eingebüsst haben (Abbildung 2). Die mittels Umfragen eruierten Werte bewegen sich im Juni 2022 im Bereich der Vor-Pandemiewerte und liegen im zu erwartenden Schwankungsbereich, zumal die statistischen Unsicherheiten beim Vergleich unterschiedlicher Einzelbefragungen zu berücksichtigen sind. Damit soll nicht negiert werden, dass die durchschnittliche Zufriedenheit insbesondere im Vergleich zum Juni 2020 etwas abgenommen hat. Eine monokausale Erklärung dieses Rückgangs durch die Pandemie greift jedoch zu kurz, schliesslich bezeichnet – wie oben gezeigt – nur noch eine kleine Minderheit der Befragten (3 Prozent) die Corona-Krise als drängendes Problem. Im Lauf der letzten Monate haben sich andere Krisen mit ihren damit einhergehenden Herausforderungen ins öffentliche Bewusstsein gedrängt. Dies zeigt sich nicht zuletzt in der stark gestiegenen Wahrnehmung der Lebenshaltungskosten als besonders drängendes Problem sowie der häufigeren Nennung von Klima- und Energiefragen. Zusammen mit der Corona-Krise kann dies zur Wahrnehmung eines andauernden Krisenmodus beitragen, was sich wiederum negativ auf die durchschnittliche Lebenszufriedenheit auswirkt.

Erwähnenswert ist zudem, dass es kaum signifikante Unterschiede in der durchschnittlichen Lebenszufriedenheit zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen gibt.[12] Ein besonders starker Rückgang lässt sich aber vor allem bei Befragten über 65 Jahren beobachten. Zu ihren Hauptsorgen zählen im Juni 2022 in erster Linie die Gesundheitskosten und die Finanzierung der Altersvorsorge.

Im März 2023 veröffentlichte Daten zur globalen Entwicklung der Lebenszufriedenheit zeigen im Übrigen ein ähnliches Bild wie in Liechtenstein, nachdem die Lebenszufriedenheit durch die Corona-Pandemie nicht signifikant zurückging.[13] Umgekehrt stehen hier alle Studien vor der gleichen Herausforderung, dass sich die «psychische Gesundheit» eines Landes nur schwer durch Umfragen messen lässt. Für Liechtenstein sind in diesem Zusammenhang die 2023 zu erwartenden Daten aus der Gesundheitsbefragung von grosser Relevanz.

9 Frommelt 2020a.
10 Frommelt et al. 2021.
11 Frommelt & Rochat 2022.
12 Frommelt & Rochat 2022.
13 Siehe hierzu World Happiness Report 2022.

Abbildung 2: Zufriedenheit mit dem Leben (Mittelwert auf der Skala von 0 (voll und ganz unzufrieden) bis 10 (voll und ganz zufrieden))



Quellen: Umfragen des Liechtenstein-Instituts 2019–2022.

Die Präsentation von arithmetischen Mittelwerten wie in Abbildung 2 gibt uns weder Hinweise auf die Verteilung der einzelnen Werte noch auf die unterschiedliche Betroffenheit verschiedener Bevölkerungsgruppen. Tatsächlich muss jedoch davon ausgegangen werden, dass die verschiedenen Bevölkerungsgruppen von den Herausforderungen der letzten drei Jahre unterschiedlich stark betroffen gewesen sind. Deshalb wird im Folgenden je ein Fokus einerseits auf Liechtensteiner Jugendliche, andererseits auf die Eltern von Schülerinnen und Schülern gelegt. Verschiedene Gründe sprechen für eine detailliertere Betrachtung dieser beiden Gruppen. Tatsächlich dürften verschiedene Massnahmen und Beschränkungen die Jugendlichen besonders stark betroffen haben (Einschränkung sozialer Kontakte, Homeschooling, Maskenpflicht im Unterricht etc.). Indes kann diese Bevölkerungsgruppe in Umfragen häufig nicht abgeholt werden, da sich Umfragen meist an volljährige Personen richten. Das Liechtenstein-Institut bekam jedoch die Chance, im Rahmen einer breit angelegten Auftragsstudie die Ansichten und Meinungen einer Mehrzahl der Liechtensteiner Jugendlichen zu erheben und zu analysieren. Sie verdient deshalb eine besondere Erwähnung. Ähnlich präsentiert sich die Situation bei den Eltern von Schülerinnen und Schülern. Zuvor wurde zwar gezeigt, dass nur eine Minderheit der Teilnehmenden an einer Bevölkerungsumfrage eine erhöhte Belastung durch Kinderbetreuung wahrgenommen hat. Da jedoch längst nicht alle Befragten tatsächlich mit der Betreuung von Schulkindern betraut sind, lohnt sich ein Blick auf die Studie des Liechtenstein-Instituts, die sich auf Daten einer Vielzahl von Müttern und Vätern abstützen kann. Demgegenüber muss auf eine detailliertere Betrachtung von Seniorinnen und Senioren verzichtet werden, da keine spezifischen Studien vorliegen.

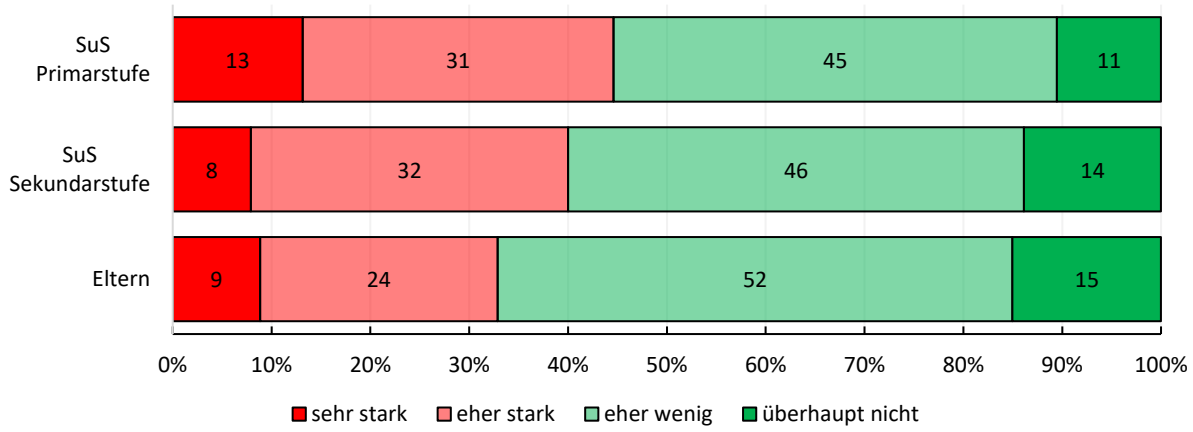
2.2 Fokus: Jugendliche

In einer Umfrage wurden alle schulpflichtigen Kinder bzw. Jugendlichen zu Corona-Auswirkungen gefragt.[14] Für eine Mehrheit der Jugendlichen verlief die Corona-Zeit gemäss eigenen Aussagen einigermassen glimpflich. Überdies scheinen Liechtensteiner Jugendliche besser durch diese Zeit gekommen zu sein als ihre Altersgenossinnen und Altersgenossen etwa in der Schweiz oder in Deutschland.[15] Indes, eine Minderheit der Schülerinnen und Schüler berichtete, dass die Pandemiesituation sie belastet habe. 13 Prozent der Schülerinnen und Schüler auf Primarstufe litten gemäss eigenen Aussagen gar sehr stark unter der Pandemiesituation, während dieser Anteil bei den Schülerinnen und Schüler auf Sekundarstufe acht Prozent betrug (Abbildung 3). Dreizehn bzw. acht Prozent sind zwar eine Minderheit, aber angesichts der Schwere der Belastung nicht zu vernachlässigen.

[14] Milic & Frommelt 2022. Siehe aber auch Frommelt & Milic 2021.
[15] Vgl. z. B. De Quervain et al. 2020, Ravens-Sieberer et al. 2021.

Negative Auswirkungen hatte die Corona-Pandemie nicht bloss auf schulische Aspekte des Lebens (Konzentrationsmängel, Motivationsprobleme, Verhaltensänderungen etc.), sondern auch auf ausserschulische Aspekte – die sich wiederum auf schulische Leistungen niederschlagen (können). Zwar gab eine grosse Mehrheit der Schülerinnen und Schüler an, mit ihrem Leben, den Freundschaften und ihrer Gesundheit zufrieden zu sein. Aber vor allem Mädchen bzw. junge Frauen aus fremdsprachigen Haushalten empfinden mitunter ein Unbehagen sich selbst und ihrer Umwelt gegenüber. Mehr als die Hälfte dieser jungen Frauen verspürte (leichte oder grosse) Zukunftsängste. Bei Knaben bzw. jungen Männern aus deutschsprachigen Haushalten betrug dieser Anteil demgegenüber gerade noch 17 Prozent.

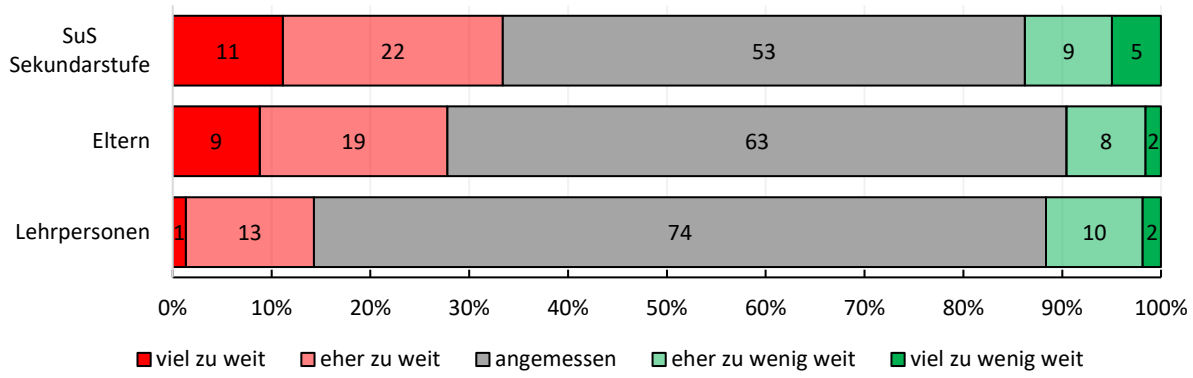
Abbildung 3: Belastung der Kinder/Jugendlichen durch Corona, Selbsteinschätzung der Jugendlichen und Wahrnehmung der Eltern (in %)



Quelle: Milic & Frommelt (2022).

Die Massnahmen der Regierung und der Schulen wurden von den Jugendlichen grossmehrheitlich als angemessen eingestuft (Abbildung 4). Gleichwohl ist nicht zu übersehen, dass eine starke Minderheit (33 Prozent) der Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe die Massnahmen rückblickend für übertrieben hielt. Die Lehrpersonen kritisierten die Schärfe der Massnahmen signifikant seltener (14 Prozent). Die Erziehungsberechtigten wiederum teilten eher die Sichtweise ihrer Kinder (28 Prozent). Diese Diskrepanz zwischen Schülerinnen und Schülern (in «Allianz» mit ihren Eltern) und den Lehrpersonen birgt ein gewisses Konfliktpotenzial in sich: Einem nicht unerheblichen Teil der Schülerinnen und Schüler – und diese stellen in der Regel eine *intense minority* dar – gingen die Massnahmen zu weit, während die für die Einhaltung der Massnahmen mitverantwortlichen Lehrpersonen anderer Meinung waren. Von einem eigentlichen Konflikt kann jedoch nicht gesprochen werden, was sich auch darin zeigt, dass die an den Schulen verordneten Massnahmen von den Schülerinnen und Schülern stets eingehalten wurden.

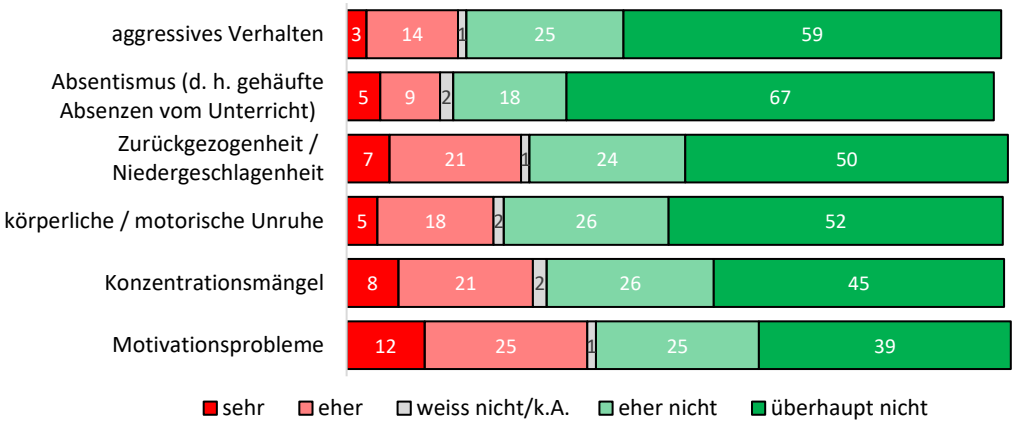
Abbildung 4: Einschätzung der Tragweite der Massnahmen, nach Befragungsgruppen (in %)



Quelle: Milic & Frommelt (2022).

Am meisten schmerzte die Schülerinnen und Schüler die Absage von sozialen Anlässen ausserhalb des regulären Unterrichts (Schulreisen, Lager, Sporttage etc.). Aufgrund der Beliebtheit solcher Anlässe in der Schülerschaft ist dies nicht weiter überraschend. Sodann kritisieren Schülerinnen und Schüler wie auch Eltern häufig die Pflicht, während des Unterrichts eine Maske zu tragen. Sodann fiel einem Teil der Schulkinder auch das Abstandhalten und das Tragen der Maske schwer. Der Fernunterricht wird hingegen als ein geringeres Problem angesehen.[16] Gewiss, angesichts der Belastungswerte (50 Prozent bei den Primarstufen-Schülerinnen und -Schülern und 34 Prozent bei den Sekundarstufen-Schülerinnen und -Schülern geben an, dass der Fernunterricht sie belastete) kann auch nicht davon die Rede sein, dass der Fernunterricht allseits begrüsst wurde. Aber primär die älteren Schülerinnen und Schüler kamen damit offenbar gut zurecht. Wie schon in verschiedenen ausländischen Studien nachgewiesen, zeigten die Jugendlichen auch hierzulande psychische Auffälligkeiten oder Verhaltensstörungen (Abbildung 5).

Abbildung 5: Beobachtetes, verändertes Verhalten im Zusammenhang mit Corona-Pandemie (in % der Eltern, Mehrfachantworten möglich)



Quelle: Milic & Frommelt (2022).

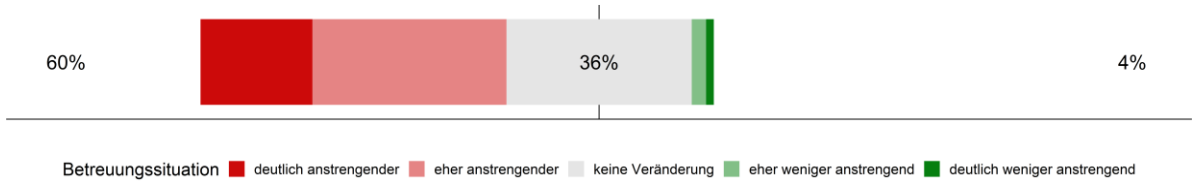
2.3 Fokus: Eltern von Schülerinnen und Schülern

Auch für die Erziehungsberechtigten stellte die Pandemiesituation im Allgemeinen und die Wochen mit Fernunterricht im Besonderen eine bisweilen stressige Herausforderung dar. Die Hälfte der Eltern empfand die Belastung durch Corona zumindest als eher stark, 13 Prozent gar als sehr stark. Vor allem die Betreuung der Kinder empfanden viele Erziehungsberechtigte (deutlich) anstrengender als vor Corona (Abbildung 6): 60

[16] Erwähnenswert ist hier, dass zum Zeitpunkt der Umfrage die Erfahrungen mit Fernunterreicht schon länger zurücklagen.

Prozent meinten, dass die Betreuungssituation anstrengender geworden sei. In Einelternhaushalten ist die Belastung überdies stärker angestiegen.

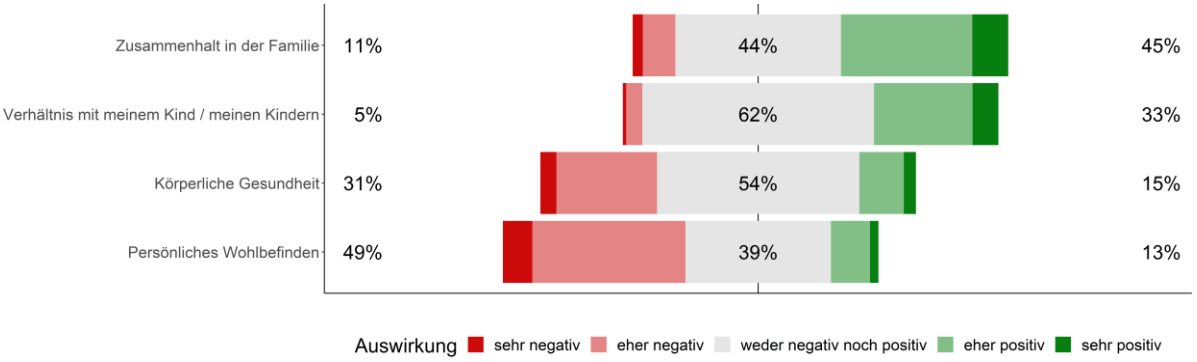
Abbildung 6: Einschätzung der Betreuungssituation des Kindes/der Kinder während der Corona-Pandemie im Vergleich zu früher (in % aller Eltern)



Quelle: Milic & Frommelt (2022).

Den Zusammenhalt in der Familie vermochte Corona in den meisten Fällen glücklicherweise nicht zu erschüttern. Aber wie Abbildung 7 zeigt, merkten doch elf Prozent der Eltern an, dass das Familienleben in der Corona-Zeit gelitten habe. Hier liegt demnach mehr als blosse anekdotische Evidenz dafür vor, dass die Frage nach dem Umgang mit der Corona-Pandemie gar Familienzerwürfnisse auslösen konnte. Weiter geht aus derselben Auswertung hervor, dass rund ein Drittel der Eltern (31 Prozent) negative Folgen für ihre körperliche Gesundheit und etwa die Hälfte (49 Prozent) einen negativen Einfluss auf ihr Wohlbefinden feststellten.

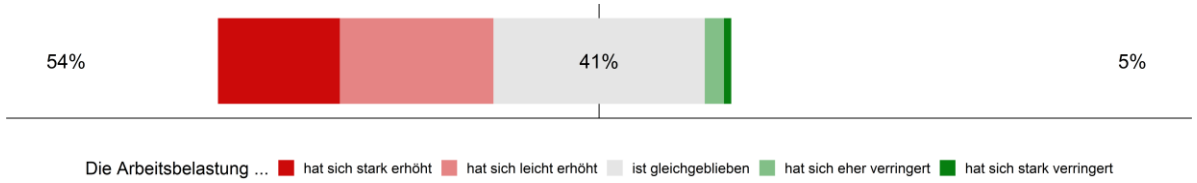
Abbildung 7: Auswirkungen der Corona-Pandemie auf verschiedene Lebensbereiche (in % aller Eltern)



Quelle: Milic & Frommelt (2022).

Auch die Arbeitsbelastung der Eltern hat sich während der Corona-Pandemie merklich erhöht. 54 Prozent berichteten von einer erhöhten Belastung während dieser Zeit.

Abbildung 8: Einschätzung der Auswirkung der Corona-Pandemie auf die Arbeitsbelastung (in % aller erwerbstätigen Eltern)



Quelle: Milic & Frommelt (2022).

Es ist nur logisch, dass ein Lockdown und die unmittelbar danach getroffenen Massnahmen nicht spurlos an der Psyche insbesondere von Jugendlichen vorbeigingen.[17] Zusammenfassend lässt sich aber sagen, dass

[17] Böhler, Silvia: Kinderarzt René Kindli: «Es ist dringend nötig, dass wir nach Lösungen suchen», Liechtensteiner Volksblatt, 01.04.2021, S. 7.

Liechtenstein gemessen an den gesellschaftlichen Auswirkungen vergleichsweise gut durch die Krise gekommen ist. Negative Auswirkungen der Pandemie und der Einschränkungen zu ihrer Bekämpfung konnten vielfach abgefedert werden, sei es weil die Ungleichheit nicht so gross ist wie in anderen Staaten, sei es, weil der ländliche Raum in unmittelbarer Nähe Freiheiten selbst in Zeiten des Lockdowns bietet oder sei es weil die Massnahmen weniger einschränkend waren als anderswo. Auch gab es hierzulande keine Homeoffice-Pflicht wie etwa in der Schweiz und kein langes Homeschooling. Zuletzt ermöglichte es die gute Ressourcenausstattung im Bildungsbereich die notwendige Digitalisierung rasch voranzutreiben. Positiv hervorzuheben ist auch die gut etablierte Schulsozialarbeit. Die psychische Gesundheit wird aber auch in Liechtenstein ein wichtiges Thema für die Politik bleiben.

2.4 Erfahrungen von Verbänden und anderen Institutionen mit Kontakt zu verletzlichen Menschen

Für Liechtenstein liegen keine belastbaren Daten vor, ob sich Menschen, die in angespannten finanziellen Verhältnissen leben, häufiger mit dem Virus ansteckten und ob Erkrankungen bei ihnen und Menschen mit anderen Vorbelastungen einen schwereren Verlauf nahmen. Es wurde auch nicht erhoben, ob sie sich ausreichend vor einer Infektion schützen konnten. Ebenso ist nicht bekannt, wie sich die finanzielle Situation der einzelnen Haushalte während und nach der Pandemie entwickelte und welchen (längerfristigen) Einfluss der (vorübergehende) Wegfall von Verdienstmöglichkeiten und die Angst vor Arbeitslosigkeit auf die physische und psychische Gesundheit der Betroffenen hatten. Offenkundig ist, dass 2020 und 2021 bei Hilfswerken deutlich häufiger um finanzielle Unterstützung nachgesucht wurde.[18]

Dass die Pandemie für viele Menschen eine Belastung darstellte und es zu Konflikten in Paaren und Familien kam, zeigt sich nicht zuletzt in den Statistiken der Landespolizei. Es wird deshalb zuerst auf sie verwiesen. Danach folgen – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – Hinweise auf die Situation von sozial benachteiligten Menschen, von Menschen mit einer Behinderung und weiteren verletzlichen Menschen. Die Aussagen stützen sich auf die Jahresberichte von Verbänden, Hilfswerken und staatlichen Stellen. Wie sich die Aufhebung der Corona-Massnahmen ausgewirkt hat – vermutet wurde z. B., dass gewaltbelastete Beziehungen erst nach dem Wegfall der Massnahmen aufgelöst werden oder sich Erschöpfung mit Verzögerung in Krankenstatistiken niederschlägt – werden erst die Berichte für das Jahr 2022 zeigen.

Aus verschiedenen Staaten gelangten früh Hinweise in die Medien, dass während Ausgangssperren die Fälle von häuslicher Gewalt massiv zugenommen hätten. Entsprechend traf die Landespolizei Vorkehrungen. Ein Vergleich der Anzahl Fälle von häuslicher Gewalt mit den Jahren vor der Pandemie ist aus methodischen Gründen schwierig.[19] Der Jahresbericht 2020 führte jedoch aus, es lasse sich «kein unmittelbar mit der Pandemie zusammenhängender Anstieg von Fällen feststellen, die eine Polizeiintervention erforderten».[20] Im Jahr 2021 erstattete die Landespolizei drei Anzeigen mehr bei der Staatsanwaltschaft wegen häuslicher Gewalt als im Jahr zuvor. Bei ihr waren 2021 über 30 Prozent mehr Meldungen wegen Beziehungskonflikten eingegangen. Sie reagierte darauf mit einem Informationsblatt mit Unterstützungs- und Beratungsangeboten. Ihre Mitarbeitenden konnten es abgeben, wenn sie zu einem Konflikt gerufen wurden.[21] Das Kriseninterventionsteam Liechtenstein (KIT) betonte, dass es seine Kernaufgabe, Kriseninterventionseinsätze als Notfallorganisation zu leisten, nicht vernachlässigt habe, obwohl es Einsitz im Teilstab Gesundheit und diversen Arbeitsgruppen rund um die Corona-Pandemie hatte und neben seiner 24-Stunden-Hotline insbesondere auch die Organisation des Corona Contact Tracing Teams übernommen hatte.[22] 2020 sei es nicht zu mehr

---

18 So insbesondere Caritas Liechtenstein, Jahresbericht 2020, S. 5, und Jahresbericht 2021, S. 5.

19 Per 1. Januar 2020 kam es zu organisatorischen Änderungen: Die Fachstelle Bedrohungsmanagement wurde zur Koordinationsstelle Häusliche Gewalt. Gleichzeitig wurden neue, international vergleichbare Begriffsdefinitionen eingeführt, weshalb die Statistiken nach 2020 nicht mit denjenigen bis 2019 verglichen werden können: *Landespolizei*, Jahresbericht 2020, S. 12.

20 Landespolizei, Jahresbericht 2020, S. 12.

21 Goop, Dunja, Jules Hoch: «Erfreulich ist, dass Gewaltdelikte rückläufig sind», Liechtensteiner Vaterland, 07.04.2022, S. 7. Siehe den Flyer unter: https://www.landespolizei.li/application/files/2016/3955/8280/Flyer_A65_Unterstutzungsangebote_bei_Konflikten_zu Hause_11-2021_END.pdf. Siehe auch Landespolizei, Jahresbericht 2021, S. 12–14.

22 KIT, Jahresbericht 2020, S. 4, und Jahresbericht 2021, S. 4.

Krisenfällen gekommen, aber es habe sich gezeigt, dass die Pandemie für die bereits problembelasteten Haushalte eine grosse Herausforderung darstellte. Das Jahr 2021 sei schwierig gewesen, es sei des Öfteren zu zwischenmenschlichen Konflikten gekommen.[23] Die Opferhilfestelle hatte 2021 weniger neue Fälle zu bearbeiten als in den beiden Jahren zuvor (28 Fälle im 2021 gegenüber je 36 Fällen in den Jahren 2020 und 2019).[24]

Im Sommer 2020 nahmen 20 Organisationen und eine weitere Fachperson an einer vom Verein für Menschenrechte in Liechtenstein (VMR) erstellten Umfrage zu den Auswirkungen der Corona-Massnahmen auf verletzliche Menschen teil. Ihre Antworten gaben ein Stimmungsbild zu den unmittelbaren Auswirkungen der von März bis Mitte Juni 2020 geltenden Corona-Massnahmen.[25] Mehrere Befragte nannten soziale Isolation. Langeweile, Einsamkeit durch fehlende soziale Kontakte und Unsicherheit oder Angst (z. B. vor Jobverlust) als negative Folgen der Ausnahmesituation. Personen mit psychischen Erkrankungen und Demenzpatienten wurden von den Befragten als besonders gefährdet bezeichnet.[26]

Von den 35 Beschwerden, die beim VMR im Jahr 2021 vorgebracht wurden, betrafen sieben Fälle das Recht auf Leben und Freiheit. Davon standen zwei in Verbindung mit Covid-19-Massnahmen.[27] Der VMR äusserte sich kritisch zum physischen Kontaktverbot im Landesgefängnis, das auch für Kinder von im Landesgefängnis untergebrachten Personen galt, und zur Situation der Care-Migrantinnen. Bei ihnen stellten sich Fragen zur Entschädigung und zur Quarantänepflicht, wenn sie für die 24-Stunden-Betreuung von Liechtensteiner Betagten einreisten.[28]

Verschiedene Projekte für und mit sozial benachteiligten Menschen mussten während Monaten eingestellt werden, da sie nicht so durchgeführt werden konnten, wie es wegen der Corona-Massnahmen erforderlich gewesen wäre. Dies galt z. B. für das vom VMR und der Flüchtlingshilfe Anfang 2020 gestartete Projekt «Horizont». Es wollte eine niederschwellige Begegnungs- und Beschäftigungsmöglichkeit für Migrantinnen und Migranten in Liechtenstein bieten.[29] Im Frühling 2020 musste auch die Lebensmittelabgabestelle «Tischlein deck dich» vorübergehend schliessen, nicht zuletzt weil einige Freiwillige aufgrund ihres Alters zur Risikogruppe gehörten.[30] Andere Institutionen mussten Wege finden, um ihren (potenziellen) Klientinnen und Klienten mitzuteilen, dass ihre Angebote weiterhin Bestand hatten. Das Frauenhaus Liechtenstein setzte dabei auf einen Radiospot.[31] Der Verein für Menschen mit Demenz wandte sich verstärkt an die Medien.[32] Er veröffentlichte bereits im März 2020 eine Handreichung für pflegende Angehörige.[33] Er musste feststellen, dass die Anzahl der Teilnehmenden an öffentlichen Veranstaltungen im Jahr 2021 deutlich verringert war.[34]

Weil Verantwortliche von Institutionen und Vereinen sowie Freiwillige in vielen Fällen nicht mehr mit den anvisierten Menschen zusammen sein konnten oder die Kontakte auf ein Minimum beschränken mussten, war es für sie schwierig zu beurteilen, wie es diesen Menschen während der Pandemie erging. Unbestritten ist, dass der Wegfall von organisierten gemeinsamen sozialen Aktivitäten für Menschen, die unter Einsamkeit leiden und kaum von sich aus auf andere Menschen zugehen können, besonders schmerzvoll war. Dasselbe gilt für Personen, die sich nicht aus eigener Kraft aus ihrer Wohnung oder aus einem Zimmer in einem Heim begeben können und mangels anderer Kontakte auf Besuche durch Ehrenamtliche angewiesen sind.[35] Als

---

23 KIT, Jahresbericht 2021, S. 4.
24 Rechenschaftsbericht der Regierung 2021, S. 395.
25 Verein für Menschenrechte 2020, Bericht über die Umfrage, S. 4.
26 Ebenda, S. 7 f.
27 Verein für Menschenrechte, Jahresbericht 2021, S. 10.
28 Ebenda, S. 16.
29 Verein für Menschenrechte, Jahresbericht 2020, S. 22.
30 Becker, Damian, Neubezüger bei «Tischlein deck dich», Liechtensteiner Vaterland, 11.12.2020, S. 2.
31 Frauenhaus Liechtenstein, Jahresbericht 2020, S. 3.
32 Verein für Menschen mit Demenz, Jahresbericht 2020, S. 5.
33 Demenz Liechtenstein 2020, Corona-Virus.
34 Verein für Menschen mit Demenz, Jahresbericht 2021, S. 5. Diesen Rückzug stellte auch die Fachstelle Informations- und Beratungsstelle Alter (IBA) mit Besorgnis fest: Liechtensteiner Seniorenbund, Jahresbericht 2021, S. 14.
35 Siehe z. B. Liechtensteiner Behindertenverband, Jahresbericht 2020, S. 5, und Jahresbericht 2021, S. 20 f.

besonders gefährdet, eine Verschlechterung ihres Zustandes zu erleiden, gelten auch psychisch erkrankte Menschen und solche mit einer Suchtproblematik. Die Geschäftsführerin des Vereins für betreutes Wohnen (VBW) bezeichnete Ende 2020 Angst als das dominierende Gefühl der vom Verein betreuten Menschen.[36]
Für die Beurteilung, ob die Versorgung von Menschen, die wegen einer Behinderung, chronischen Erkrankung, einer belastenden Situation nach Flucht, Migration, Trennung etc. auf Unterstützung angewiesen sind, zufriedenstellend war, genügt es nicht, nur zu erheben, welche Hilfsangebote während der Pandemie aufrecht erhalten werden konnten. Auch wie sich Fallzahlen während und nach der Pandemie verglichen mit vor Ausbruch von Covid-19 entwickelten, sagt wenig darüber, ob die Bedürfnisse der Bedürftigen befriedigt wurden. Zu berücksichtigen gilt es vielmehr, dass Beratungen und Begleitungen von hilfesuchenden Menschen wegen der verschiedenen Einschränkungen, die mit der Pandemie einher gingen, in vielen Fällen aufwendiger wurden.[37] So wurde z. B. zur Schulsozialarbeit gesagt: «Die Fallarbeit war komplexer als vor Corona.»[38] Die Geschäftsführerin der infra führte aus: «Jedoch hat sich im Laufe des Jahres gezeigt, dass der Umgang mit den Mitmenschen immer herausfordernder wurde, sowohl in der Beratung als auch während den Veranstaltungen. Die Solidarität und das Verständnis füreinander, die zu Beginn der Pandemie herrschten, liessen nach.»[39]
Es zeigte sich überdies, dass es für viele Menschen – gerade dann, wenn sie Probleme haben oder Opfer eines Übergriffs geworden sind und sich deswegen einer Fachperson anvertrauen wollen – eine Hürde darstellt, wenn das Gespräch nicht von Angesicht zu Angesicht geführt werden kann, sondern telefonisch oder online erfolgen muss. Die Opferhilfestelle sagte: «Die Massnahmen im Rahmen der Covid-19-Pandemie im Frühjahr und die damit verbundenen Einschränkungen der persönlichen Kontakte führten von März bis Juni [2020] zu einem Rückgang von Anfragen seitens der Kunden. […] Viele hilfesuchende Personen zeigten sich erleichtert, als die Beratungen ab Mitte Jahr wieder vor Ort möglich waren. Ab Juli [2020] bis Jahresende wurden die Beratungen der Opferhilfe von betroffenen Personen wieder im üblichen Ausmass genutzt.»[40] Es darf nicht vergessen werden, dass nicht alle Menschen mit Computer und Smartphones umgehen können und Zugang zu online veröffentlichten Informationen haben.[41] Für viele Menschen in belastenden Situationen war es überdies entlastend, wenn nicht sie um Hilfe nachsuchen mussten, sondern z. B. Lehrpersonen regelmässig direkt telefonisch mit ihnen Kontakt aufnahmen.[42]

3 ÖFFENTLICHE MEINUNG ZUR CORONA-POLITIK

Wie reagierte die Liechtensteiner Öffentlichkeit auf die getroffenen Massnahmen und die Politik während der Covid-19-Pandemie? Im Zentrum der folgenden Ausführungen stehen einerseits die Meinungen der Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner zu den Corona-Massnahmen und zum Krisenmanagement der Regierung. Andererseits wird der Frage nachgegangen, ob und wenn ja welche Konsequenzen die Pandemiemassnahmen auf die politischen Einstellungen der Stimmberechtigten und den wahrgenommenen gesellschaftlichen Zusammenhalt gehabt haben.
Damit rückt das Konzept der «Öffentlichen Meinung» in den Fokus. Regierungen versuchen sich der öffentlichen Meinung gegenüber responsiv zu zeigen. Sie legitimieren bzw. rechtfertigen Massnahmen mit dem Verweis auf die meist demoskopisch ermittelte «herrschende Meinung», und auch Medien beziehen sich oftmals auf sie. Mitunter erhält sie deshalb fast den Stellenwert einer Ersatz-Abstimmung (und verfügt somit über

36 VBW, Jahresbericht 2020, S. 7
37 So auch die Aussage vieler Organisation in der Umfrage des Vereins für Menschenrechte 2020, Bericht über die Umfrage, S. 6. Siehe auch die Schilderungen der Geschäftsführerin des Vereins für betreutet Wohnen: VBW, Jahresbericht 2020, S. 7.
38 Rechenschaftsbericht der Regierung, 2021, S. 149.
39 infra, Jahresbericht 2021, S. 5.
40 Rechenschaftsbericht der Regierung 2020, S. 149.
41 Siehe z. B. die Anfragen bei der Informations- und Beratungsstelle Alter (IBA): Liechtensteiner Seniorenbund, Jahresbericht 2020, S. 13.
42 Verein für Menschenrechte 2020, Bericht über die Umfrage, S. 10.

eine hohe Legitimität). Aber das Konzept ist meist nur sehr vage definiert. Es ist oft unklar, was mit der öffentlichen Meinung genau gemeint ist. Wie entsteht sie? Wie misst man sie? Im Prinzip ist man sich in der politischen Kommunikationsforschung einzig darin einig, dass sie *nicht* bloss der Summe aller individuellen Haltungen entspricht. Aber umgekehrt ist diese Summe individueller Einstellungen und Haltungen eigentlich die einzige Möglichkeit, diese öffentliche Meinung empirisch zu ermitteln. Die folgenden Ausführungen stützen sich deshalb auf Umfrageresultate zu Corona-Haltungen der Liechtensteiner Stimmberechtigten. Dies im Wissen, dass diese Einstellungen eine Entstehungsgeschichte haben, die selbst nicht unabhängig von der öffentlichen (oder vielleicht vielmehr *ver*öffentlichten) Meinung ist.

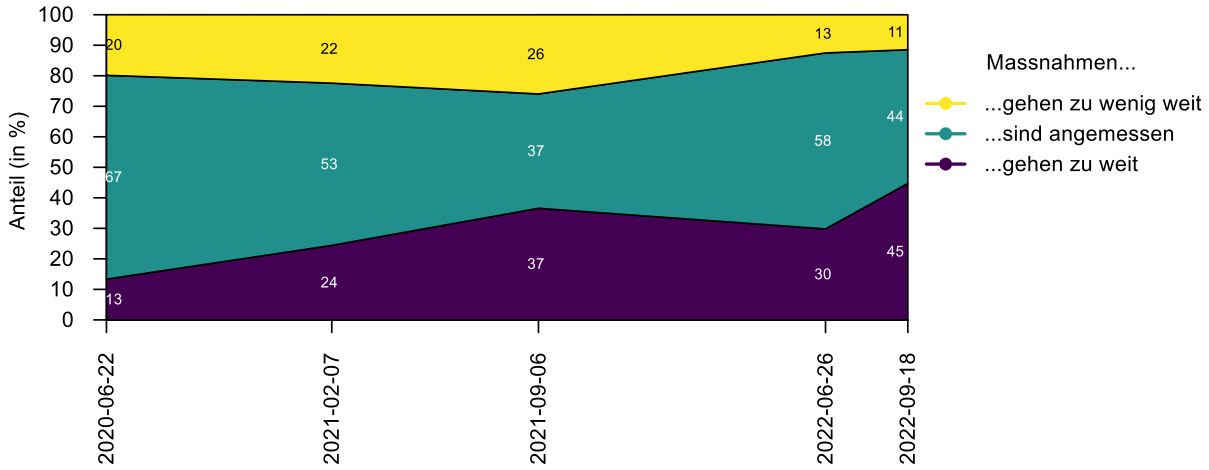
Die *Messung der öffentlichen Meinung* durch die Medienberichterstattung greift demgegenüber zu kurz. Medien können nicht über alles berichten. Sie treffen als Gatekeeper eine Auswahl dessen, worüber sie berichten. Diese Auswahl wird durch verschiedene Faktoren bestimmt. Zum einen durch *convenience*: Medien nehmen oftmals auf, was gewisse Akteure, etwa die Regierung, die Behörden oder auch die Parteien, ihnen liefern. Über eine Pressekonferenz wird beispielsweise berichtet, wobei zuweilen aufgrund der knappen Ressource Zeit das Communiqué im Grossen und Ganzen übernommen wird. Aber auch über weitere inszenierte Ereignisse (zum Beispiel eine organsierte Demonstration) wird beinahe zwangsläufig berichtet (auch wenn die Demonstrierenden nur einen kleinen Anteil der Gesamtbevölkerung ausmachen). Sodann gibt die Medienlogik eine bestimmte Berichterstattung vor: Berichtet wird, was Nachrichtenwert besitzt – also vorzugsweise konfliktive oder disruptive Ereignisse. In der Corona-Pandemie kamen in den Medien wahrscheinlich überproportional stark die radikalen und schrillen Meinungen zu Wort. Wie im Folgenden gezeigt wird, ist eine Mehrheit der Stimmberechtigten in Liechtenstein im Allgemeinen mit der Corona-Politik zufrieden. Gehört wurden aber mutmasslich vor allem jene Stimmen, denen die Massnahmen gegen Corona zu weit oder – umgekehrt – zu wenig weit gingen. Die veröffentlichte Meinung ist also nicht gleichbedeutend mit dem Aggregat der einzelnen Haltungen.

3.1 Wahrnehmung von Massnahmen und Krisenmanagement

Wie stehen die Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner zu den Massnahmen, die von der Regierung getroffen wurden? Diese Frage ist von zentraler Bedeutung, schliesslich müssen die Massnahmen von der Bevölkerung mitgetragen werden, um tatsächlich die erhoffte Wirkung zu entfalten. Wie Abbildung 9 zeigt, hielten im Juni 2020 zwei von drei Befragten die getroffenen Massnahmen für angemessen. Zum Februar 2021 hin sank dieser Anteil auf nach wie vor mehrheitliche 53 Prozent. Erst im September 2021 sank der Anteil unter 50 Prozent. Nur noch etwas über ein Drittel der Befragten hielten die Massnahmen für angemessen. Mit ein Grund für diesen vergleichsweise tiefen Wert könnte – neben datentechnischen Gründen – auch darin bestehen, dass zu dem Zeitpunkt eine gewisse Pandemiemüdigkeit Einzug hielt und die Diskussion über die Impfung, eine mögliche Impfpflicht und die Einführung von 3G- und 2G-Regeln nicht nur weite Teile der öffentlichen Aufmerksamkeit dominierten, sondern gar das Potenzial einer Spaltung in sich trug. Ein ähnlicher Effekt kann auch im September 2022 vermutet werden. Im Rahmen der Volksabstimmung über die Änderung des Gesundheitsgesetzes stand eine besonders umstrittene Massnahme, nämlich die Einführung der 2G-Regel, wieder im öffentlichen und medialen Fokus.[43] Diese Massnahme dürfte vielen Leuten zu weit gegangen sein, was schliesslich auch in der Ablehnung der Vorlage in der Volksabstimmung zum Ausdruck kam. In dieser Situation erschienen die Corona-Massnahmen der Regierung nur noch etwa zwei von fünf Befragten retrospektiv als angemessen. Drei Monate zuvor, im Juni 2022 lag dieser Anteil noch deutlich über 50 Prozent.

[43] Detaillierte Daten zur öffentlichen Meinung im Zusammenhang mit der Abstimmung über die gesetzliche Grundlage einer 2G-Regelung finden sich bei Milic & Rochat 2022.

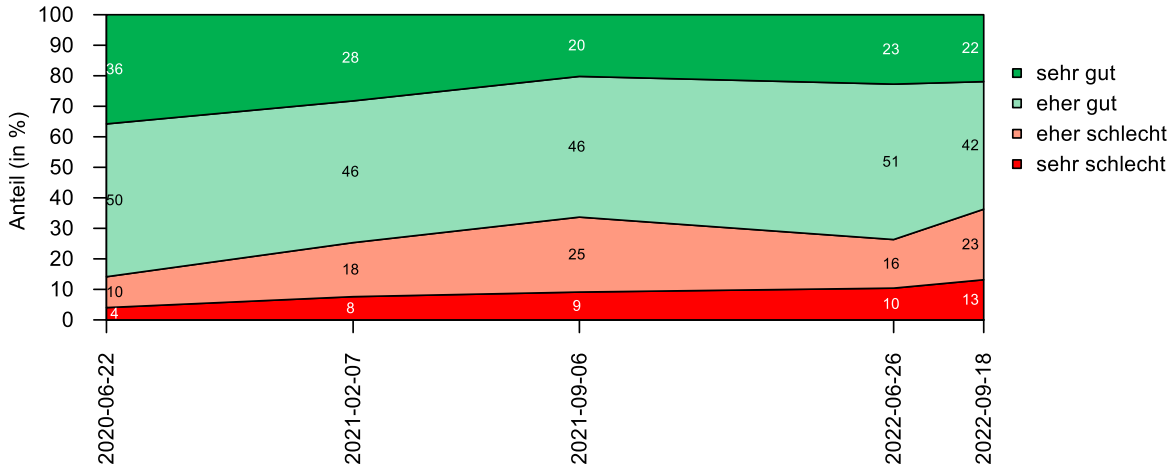
Abbildung 9: Bewertung der politischen Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie



Quellen: Umfragen des Liechtenstein-Instituts 2020-2022; Es ist zu beachten, dass die Frage nicht direkt eine Situationseinschätzung abbildet. Im September 2022 wurde die Frage zudem explizit als retrospektive Frage gestellt.

Über den ganzen Zeitverlauf waren nie mehr als ein Viertel der Befragten (26 Prozent) der Meinung, dass die Massnahmen zu wenig weit gehen. Spätestens ab Februar 2021 lag dieser Anteil auch tiefer als der Anteil der Personen, denen die Massnahmen zu weit gingen. In den Befragungen im Jahr 2022 vertraten nur noch deutlich unter 20 Prozent die Ansicht von zu wenig weit gehenden Massnahmen. Die insgesamt eher liberal ausgerichtete Corona-Politik der liechtensteinischen Regierung erhielt also somit einen grossen Rückhalt.
Demgegenüber nahm der Anteil von Befragten, denen die Massnahmen zu weit gingen, bis Herbst 2021 kontinuierlich zu. Im September 2021 fanden etwa gleich viele Menschen, dass die Massnahmen zu weit gingen, wie dass die Massnahmen angemessen waren. Danach stagnierte dieser Anteil, bevor im September 2022 erstmals eine relative Mehrheit fand, dass die Massnahmen, retrospektiv betrachtet, zu weit gingen.
Die Analyse der neusten Umfragedaten zeigt, dass die Massnahmen den jüngsten Befragten zwischen 18 und 24 Jahren am häufigsten zu wenig weit gingen. Die Befragten mit Mindestalter 65 bewerteten die Massnahmen demgegenüber am häufigsten als angemessen. Am häufigsten als zu weit gehend beurteilten schliesslich Personen zwischen 25 und 49 Jahren die Massnahmen. Von zentraler Bedeutung ist ferner der Impfstatus der Befragten. Rund 90 Prozent der ungeimpfte Personen bewerteten die Massnahmen als zu weit gehend. Ihnen stehen die Geimpften gegenüber, von denen nur 24 Prozent dies Ansicht teilen. Etwa drei von fünf Geimpften fanden die Massnahmen angemessen. Opposition gegen die Massnahmen gab es zudem hauptsächlich rechts der Mitte, wobei auch am äussersten linken Pol des Links-Rechts-Spektrums eine gewisse Unzufriedenheit bestand. Kaum Unterschiede gab es demgegenüber nach Geschlecht.

Abbildung 10: Beurteilung des Krisenmanagements der Liechtensteiner Regierung



Quellen: Umfragen des Liechtenstein-Instituts 2020–2022.

Das Krisenmanagement der Regierung erhielt insgesamt gute Noten (Abbildung 10). In allen fünf durchgeführten Umfragen wurden es von jeweils mindestens zwei von drei Befragten als sehr oder eher gut bewertet (64 Prozent), wobei jeweils mindestens 20 Prozent der Befragten der Regierung sogar eine sehr gute Note gaben. Die Zustimmung zum Krisenmanagement sank zunächst von Juni 2020 bis September 2021 von 86 auf 66 Prozent. Danach nahm die Zustimmung wieder zu, bevor auf September 2022 wiederum eine Abnahme auf nach wie vor hohe 64 Prozent zu beobachten ist. Auch bei diesen Werten ist auf den zuvor erwähnten Kontext hinzuweisen, in denen die jeweiligen Umfragen durchgeführt wurden. Der Anteil der Befragten, die das Krisenmanagement als sehr gut beurteilen, hat sich seit September 2021 zwischen 20 und 23 Prozent eingependelt.

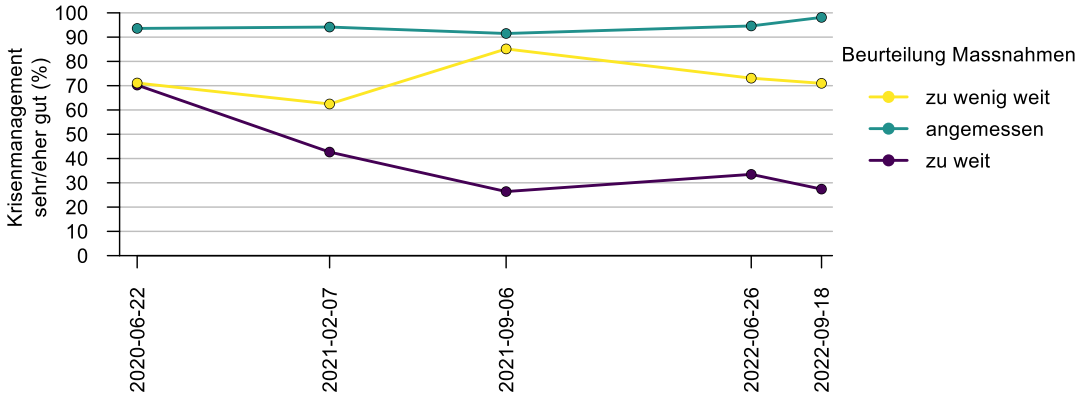
Auf der anderen Seite kann eine zwar leichte, aber stetige Zunahme von Befragten beobachtet werden, die das Krisenmanagement als sehr schlecht bewerteten. Diese Gruppe von Personen bildet aber jeweils eine kleine Minderheit und kommt über den ganzen Zeitraum betrachtet nie auf über 13 Prozent. Zusammen mit den 23 Prozent, die das Krisenmanagement als eher schlecht bewerteten, machten die Unzufriedenen im Maximum rund einen Drittel der Befragten aus (36 Prozent). In der Tendenz zeigt sich ein Anstieg der Unzufriedenheit, der in der Umfrage von Juni 2022 kurz unterbrochen wurde.

Die jüngste Umfrage zeigt exemplarisch auf, dass ältere Befragte am häufigsten mit dem Krisenmanagement sehr oder eher zufrieden sind (75 Prozent). Demgegenüber werten Personen zwischen 25 und 34 Jahren das Krisenmanagement am häufigsten als sehr oder eher schlecht (rund 43 Prozent). Jüngere Befragte zwischen 18 und 24 Jahren sind mit dem Krisenmanagement zufriedener; sie geben sogar am häufigsten an, dass sie eher zufrieden sind. Wichtiger als das Alter der Befragten ist jedoch der Impfstatus. 83 Prozent der Personen, die sich gegen Covid-19 impfen liessen, bewerten das Krisenmanagement als mindestens eher gut. Bei den Ungeimpften liegt dieser Anteil bei nur 22 Prozent. Schliesslich zeigt sich, dass Kritikerinnen und Kritiker des Krisenmanagements generell eher rechts der Mitte zu finden sind, wobei auch am äussersten linken Pol des Spektrums eine gewisse Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement vorhanden ist.

Die Beurteilung der Massnahmen und die Bewertung des Krisenmanagements der Regierung korreliert miteinander. Es ist aber nicht so, dass die eine Einschätzung die andere vollständig determiniert. Denn die Regierung hat Entscheidungen für die ganze Gesellschaft zu treffen. Dazu muss sie verschiedene Aspekte berücksichtigen und gegeneinander abwägen. Dass die aus diesem Prozess erwachsenen Entscheidungen nicht zwingend und nicht im vollen Umfang mit den eigenen, individuellen Präferenzen übereinstimmen, ist eine Erfahrung, die alle Bürgerinnen und Bürger freier Demokratien immer wieder machen. Die Diskrepanz zwischen Regierungsentscheidung und individuellen Präferenzen führt denn auch nicht zwangsläufig zu einer negativen Bewertung der Regierungsarbeit. Es ist Bestandteil einer gelebten demokratischen Kultur, dass

man sich zwar andere Entscheidungen gewünscht hätte, mit den getroffenen Entscheidungen und der Arbeit der Regierung aber grundsätzlich einverstanden sein kann.
So gibt es denn auch relativ viele Personen, denen die Massnahmen zwar zu weit gingen, die das Krisenmanagement der Regierung aber grundsätzlich als gut bewerteten (Abbildung 11). Diese Ansicht dominierte insbesondere zu Beginn der Pandemie, als über 70 Prozent der Befragten, denen die Massnahmen zu weit gingen, gleichwohl eine sehr oder eher hohe Zufriedenheit mit dem Management der Regierung äusserten. Dieser Anteil sank im Laufe der Pandemie und pendelte sich ab November 2021 zwischen einem Viertel und einem Drittel dieser Gruppe ein.
Einen ähnlichen Zusammenhang gibt es auch bei den Personen, denen die Massnahmen zu wenig weit gingen. Von ihnen bewerteten zu Beginn der Pandemie ebenfalls etwa 70 Prozent das Krisenmanagement der Regierung als sehr oder eher gut. Dieser Wert stieg auf September 2021 hin sogar auf über 80 Prozent. Vier von fünf Befragten, die sich weiter gehende Massnahmen gewünscht hätten, gaben demnach dem Regierungsmanagement eine gute Note. Im Jahre 2022 sank dieser Wert auf nach wie vor hohe 71 Prozent. Über den gesamten Pandemieverlauf kann also festgehalten werden, dass das Krisenmanagement der Regierung auch von Personen unterstützt wurde, die durchaus strengere Massnahmen präferiert hätten.

Abbildung 11: Beurteilung Massnahmen und Krisenmanagement der Liechtensteiner Regierung



Quellen: Umfragen des Liechtenstein-Instituts 2020–2022.

Wenig überraschend ist schliesslich, dass jeweils über 90 Prozent der Befragten, die die getroffenen Massnahmen als angemessen beurteilten, mit dem Krisenmanagement der Regierung sehr oder eher zufrieden waren. Der wohl stärkste Indikator für die Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement bildet das Ergebnis der Landtagswahlen im Februar 2021, wonach die beiden Regierungsparteien Stimmenanteile hinzugewinnen konnten. Einschränkend ist allerdings zu erwähnen, dass die Wahlen vor der Politisierung der Impfung stattfanden.

3.2 Wahrnehmung gesellschaftlicher Zusammenhalt und gesellschaftliche Polarisierung

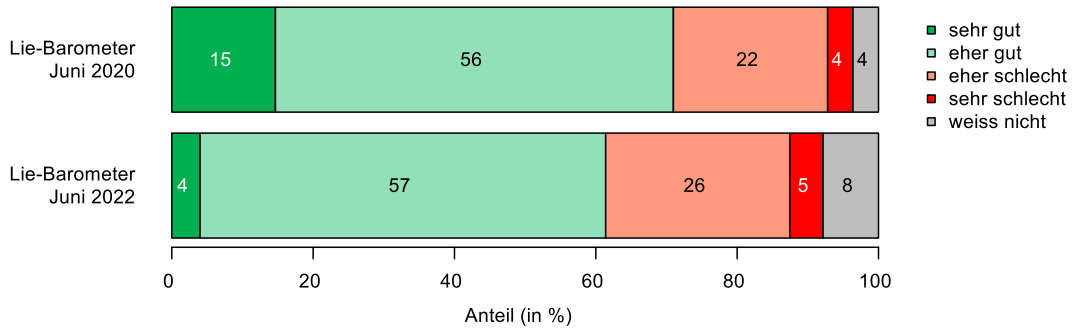
Unbestritten ist, dass die Corona-Zeit einen «Stresstest» für die Demokratie,[44] aber auch für die Gesellschaft bildete. Wie bedrohlich oder heftig dieser Stresstest ausfiel, wie stark er zu einer Entzweiung oder Polarisierung führte und wie lange die Heilung dieser «Wunden» benötigen wird, sind indes nicht mehr ganz so triviale Fragen. Zunächst ist festzuhalten, dass ein Thema, nämlich der gesellschaftliche Umgang mit einer Epidemie bzw. Pandemie, und später die damit eng verknüpften Fragen rund um Impfen, Impfpflicht, 2G und 3G gewissermassen über Nacht zu dominierenden Diskussionsgegenständen wurden. Zur Veranschaulichung: Als am 22. September 2013 in der Schweiz über das Epidemiengesetz abgestimmt wurde, das später die Grundlage für das heftig umstrittene Notverordnungsregime des Bundesrates bildete, nahmen gerade einmal

[44] Kübler 2022.

47 Prozent aller Schweizer Stimmberechtigten am Urnengang teil und dies wohl auch primär wegen zwei weiteren, gleichzeitig vorgelegten Abstimmungsfragen (Aufhebung der Wehrplicht und Öffnungszeiten von Tankstellenshops). Nur wenige interessierte damals das Thema bzw. nur wenige hielten es für möglich, dass dieses Gesetz zu ihren Lebzeiten zur Anwendung käme. Ebenso war es bis vor Kurzem für die allermeisten irrelevant oder gänzlich unbekannt, wer gegen was geimpft war. An dieser Frage entzündete sich aber während der Pandemie so manche höchst hitzige Diskussion. Wie arg litt der gesellschaftliche Zusammenhalt in Liechtenstein darunter? Die folgenden Auswertungen informieren über die Sichtweise der Bürgerinnen und Bürger diesbezüglich.

Grundsätzlich wird der gesellschaftliche Zusammenhalt von der Mehrzahl der befragten Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner auch während der Pandemie als eher gut bewertet (Abbildung 12). Jedoch hat der Anteil der Befragten, die einen sehr guten gesellschaftlichen Zusammenhalt wahrnehmen, zwischen Juni 2020 und Juni 2022 von 15 auf vier Prozent abgenommen. Leicht zugenommen haben demgegenüber die Anteile derjenigen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt als sehr oder eher schlecht einschätzen oder keine Einschätzung abgeben können oder wollen. Diese Veränderungen dürfen jedoch nicht voreilig und alleine auf die Corona-Politik zurückgeführt werden, schliesslich beeinflussen auch verschiedene andere Faktoren die Wahrnehmung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. So bewerteten beispielsweise im Lie-Barometer vom Juni 2019 bedeutend höhere Anteile der Befragten den gesellschaftlichen Zusammenhalt als sehr oder eher schlecht (39 Prozent). Die damalige Umfrage startete genau an dem Tag, an dem der Landtag der Regierungsrätin Aurelia Frick das Misstrauen aussprach. Es muss davon ausgegangen werden, dass sich der in gewissen Bevölkerungskreisen vorherrschende Missmut in dieser politisch aufgeheizten und polarisierten Zeit auf die Einschätzung des gesellschaftlichen Zusammenhalts ausgewirkt hat.[45] Dieses Beispiel illustriert, dass ein möglicher Einfluss der Corona-Krise einerseits nicht ausgeschlossen werden kann, andererseits aber auch nicht zwingend ursächlich für die in Abbildung 12 dargestellten Veränderungen der entsprechenden Wahrnehmungen sein muss.

Abbildung 12: Einschätzung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Liechtenstein



Quellen: Lie-Barometer des Liechtenstein-Instituts 2020 und 2022.

Die jüngste Umfrage zeigt, dass sich die Wahrnehmung des gesellschaftlichen Zusammenhalts kaum zwischen den Altersgruppen und den Geschlechtern unterscheiden. Wichtiger als Geschlecht und Alter ist der Impfstatus: 81 Prozent der Geimpften bewerten den gesellschaftlichen Zusammenhalt als sehr oder eher gut. Von den Ungeimpften teilen weniger, aber trotzdem mehrheitliche 60 Prozent der Befragten diese Ansicht.

Nicht nur der gesellschaftliche Zusammenhalt, sondern auch das zwischenmenschliche Vertrauen ist in Liechtenstein nach wie vor hoch. Etwa jede fünfte im September 2022 befragte Person beantwortet die Frage, ob man den meisten Menschen vertrauen kann, mit ja und weitere 65 Prozent mit eher ja. Zusammen macht

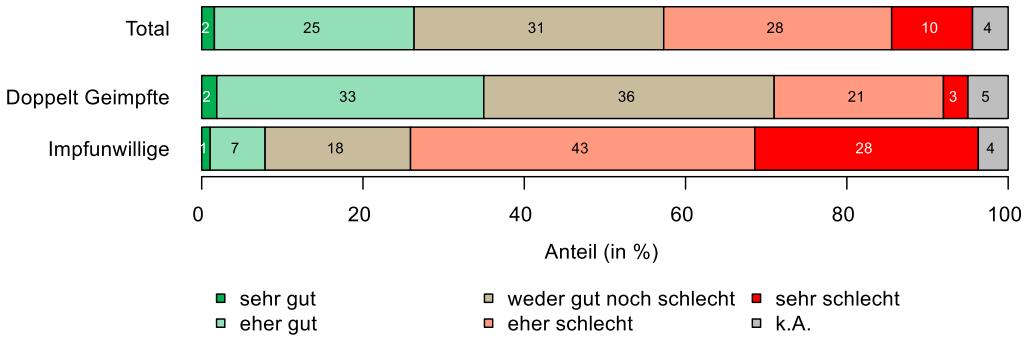
[45] Frommelt 2019.

dies einen Anteil von über 80 Prozent der Befragten aus. Das zwischenmenschliche Vertrauen ist in Liechtenstein auch im internationalen Vergleich hoch. So weist eine Studie aus Deutschland mit derselben Fragestellung einen Wert von 59 Prozent aus.[46] Die Ansicht, dass man den meisten Menschen nicht vertrauen kann, wird in Liechtenstein von weniger als zwei Prozent der Befragten geteilt. Die restlichen rund 17 Prozent finden, dass man eher nicht vertrauen kann.

Das zwischenmenschliche Vertrauen steigt mit dem Alter an, wobei bereits über 72 Prozent der jüngsten Befragten im Alter von 18 bis 24 Jahren den meisten Menschen mindestens eher vertrauen. Bei den über 65 Jahre alten Befragten steigt dieser Anteilswert auf 89 Prozent. Unterschiede gibt es zudem mit Blick auf den Impfstatus der Befragten. Von den Geimpften sagen 85 Prozent, dass sie den meisten Menschen sehr oder eher vertrauen. Bei den Ungeimpften beträgt dieser Anteil nach wie vor klar mehrheitliche 73 Prozent.

Auch wenn der wahrgenommene gesellschaftliche Zusammenhalt nach über zwei Jahren Pandemie von drei von fünf Liechtensteinerinnen und Liechtensteinern nach wie vor als gut bewertet wird, so zeigen sich trotzdem Unterschiede bei der wahrgenommenen Stimmung in der Bevölkerung (Abbildung 13).[47] Im September 2021 wurde die Stimmung hierzulande von rund einem Drittel (31 Prozent) als neutral empfunden («weder gut noch schlecht»), 27 Prozent hielten die Stimmung für gut oder sehr gut, und eine starke Minderheit von 38 Prozent hielt die Stimmung für eher schlecht oder gar sehr schlecht. Dabei offenbarte sich ein Impfgraben: Impfunwillige hielten die Stimmung grossmehrheitlich (71 Prozent) für schlecht, während die doppelt Geimpften die allgemeine Lage doch erheblich positiver einschätzten (24 Prozent hielten die Lage für schlecht oder sehr schlecht). Diese Unterschiede sind derart gross, dass sie überzufällig sein müssen.

Abbildung 13: Einschätzung der Stimmung in Liechtenstein (in % der Liechtensteiner Wohnbevölkerung über 16 Jahre)



Quelle: Milic et al. 2021, n=4801.

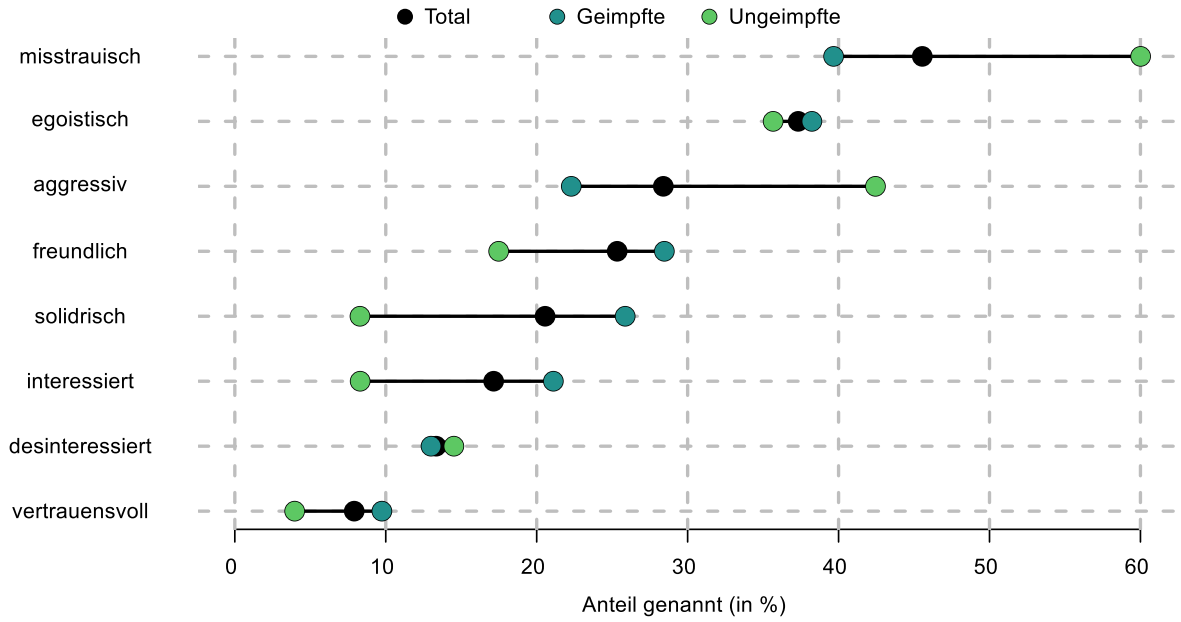
Einerseits wirkt sich der Impfstatus, bzw. wie Gesellschaft und Politik damit umgehen, auf die Stimmung der Betroffenen aus. Andererseits spiegelt sich in der wahrgenommenen Stimmung bis zu einem gewissen Grad auch die eigene Gemütslage. Dies zeigt sich darin, wie der momentane gesellschaftliche Umgang miteinander wahrgenommen wird, aber auch in der Bewertung verschiedener Aussagen rund um die Pandemie. Auf beides wird im Folgenden kurz eingegangen.

In der Umfrage hatten die Befragten die Möglichkeit, den zwischenmenschlichen Umgang in Liechtenstein anhand von acht Adjektiven zu beurteilen (siehe Abbildung 14).[48] Den Begriffen mit grundsätzlich positiver Konnotation («solidarisch», «vertrauensvoll», «freundlich» etc.) stimmen die Geimpften meist deutlich häufiger zu als die Ungeimpften. Umgekehrt verbinden die Ungeimpften den zum damaligen Zeitpunkt erfolgten zwischenmenschlichen Umgang hierzulande viel öfter mit negativen Begriffen (z. B. «aggressiv», «desinte-

[46] Decker et al. 2019.
[47] Die Fragestellung lautete: «Wie schätzen Sie die Stimmung in der Bevölkerung ein?»
[48] Die Fragestellung lautete: «Wie nehmen Sie den zwischenmenschlichen Umgang in Liechtenstein in der aktuellen Situation wahr?»

ressiert») als die Geimpften. Insgesamt nehmen Geimpfte den zwischenmenschlichen Umgang – und wir nehmen einmal an, dass hier der Umgang mit *ihnen* (d. h. den Ungeimpften) gemeint ist – alles andere als ideal wahr, während die Geimpften sich grundsätzlich wohl(er) fühlen. Besonders deutlich ist der Unterschied, wenn es darum geht, die Aggressivität im Umgang zu bewerten: Ungeimpfte sehen sich selbst deutlich aggressiverem Verhalten gegenüber ausgesetzt als Geimpfte.

Abbildung 14: Einschätzung des zwischenmenschlichen Umgangs in Liechtenstein (in % der Liechtensteiner Wohnbevölkerung über 16 Jahre)

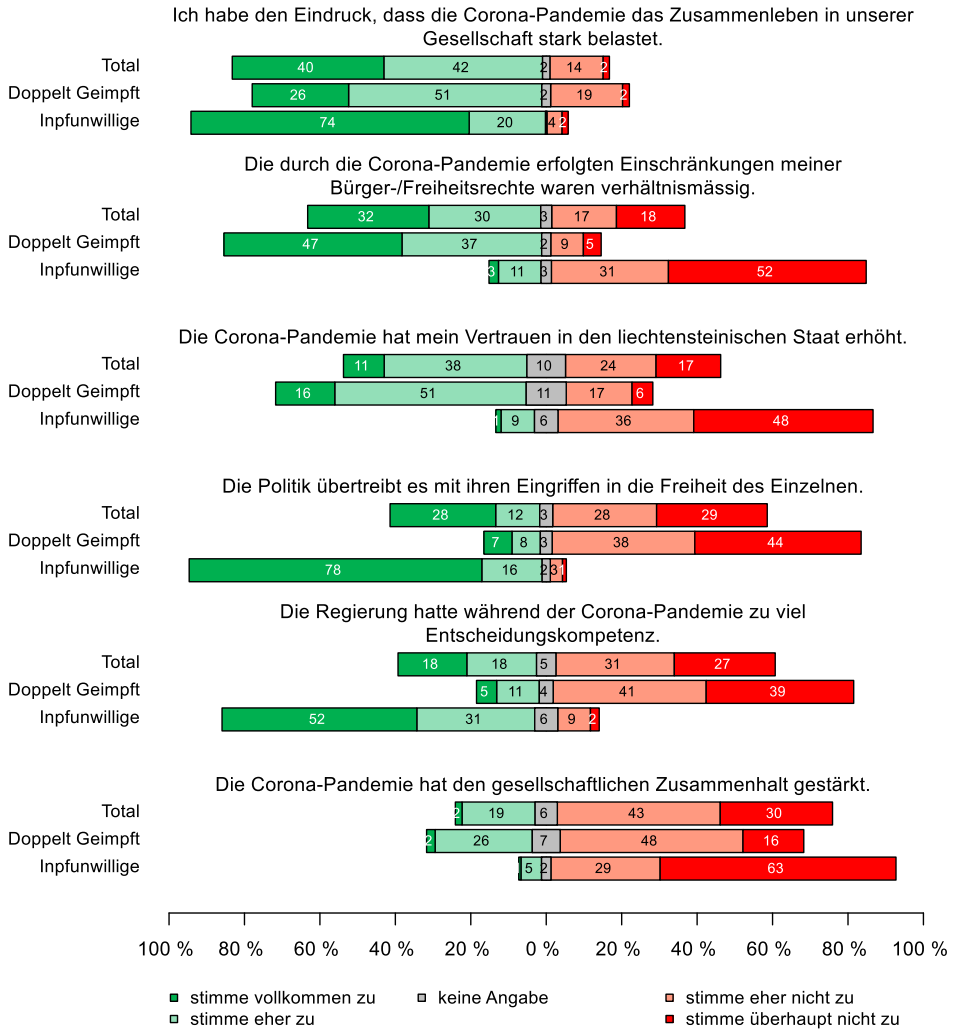


Quelle: Milic et al. 2021, n=4801.

Die Befragten wurden weiter gebeten anzugeben, was sie von verschiedenen Aussagen betreffend Umgang mit der Corona-Pandemie halten (Abbildung 15).[49] Selten wurde dabei zwischen Ungeimpften und Geimpften eine Einigkeit erzielt. Einigermassen einig ist man sich hinsichtlich der Aussage, wonach die Corona-Pandemie das Zusammenleben belaste. 82 Prozent aller Befragten teilen diese Ansicht. Allerdings ist auch bei dieser Frage ein Impfgraben zu erkennen: 74 Prozent der Ungeimpften stimmen dieser Aussage «vollkommen» zu, während bei den doppelt Geimpften dieser Anteil noch 26 Prozent beträgt. Diametral unterschiedlich ist die Einschätzung von Geimpften und Ungeimpften betreffend die Frage, ob die erfolgten Einschränkungen verhältnismässig gewesen seien oder nicht: Die überwältigende Mehrheit (84 Prozent) der doppelt Geimpften hält die Einschränkungen der Freiheitsrechte für verhältnismässig, während die meisten Ungeimpften (83 Prozent) der gegenteiligen Auffassung sind. Ein ganz ähnliches Bild präsentiert sich bei der Auswertung der Frage, ob es die Politik mit ihren Eingriffen in die Freiheit des Einzelnen übertrieben habe. Das Vertrauen in den liechtensteinischen Staat hat bei den Impfunwilligen des Weiteren stark gelitten (84 Prozent), während das Vertrauen einer Mehrheit der doppelt Geimpften (67 Prozent) gleichgeblieben ist oder gar gestärkt wurde. Schliesslich gehen auch die Meinungen zwischen Ungeimpften und Geimpften bei der Frage, ob die Regierung während der Corona-Pandemie zu viel Entscheidungskompetenzen hatte, weit auseinander: Die meisten Impfunwilligen (83 Prozent) bekräftigen diese Aussage, während die doppelt Geimpften dies in der Regel (80 Prozent) in Abrede stellen.

[49] Die Fragestellung lautete: «Sagen Sie uns bitte, ob Sie den folgenden Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen.»

Abbildung 15: Aussagen zur Corona-Pandemie (in % der Liechtensteiner Wohnbevölkerung über 16 Jahre)



Quelle: Milic et al. 2021, n=4801.

Was die Einschätzung des Umgangs mit der Corona-Pandemie anbelangt, so stehen sich die beiden Lager also ziemlich unversöhnlich gegenüber. Angesichts der insgesamt eher liberalen Corona-Politik hat die Impffrage die gesellschaftliche Debatte in Liechtenstein wohl noch stärker geprägt als in anderen Staaten. Der Impfstatus ist dabei ein derart verlässlicher Prädiktor für Einstellungen aller Art zum Thema Corona, dass wir im Prinzip sagen können, dass viele Einstellungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie eine Spiegelung des Verhaltens (geimpft oder nicht geimpft) sind. Etwas salopper formuliert: Sag mir, ob du geimpft bist oder nicht, und ich sag dir, wie du darüber denkst – wobei die Thematik natürlich längst nicht für alle gleich salient war und deshalb auch nicht alle Impfgegner und Impfbefürworter gleich intensiv für ihre Positionen eintraten. Wie nachstehend ausgeführt wird, ist auch zu betonen, dass gemäss der aktuell vorliegenden Daten nur bei einem geringen Teil der Impfgegner und -gegnerinnen die Impffrage so dominant war, dass sie alle anderen Themen in den Hintergrund rückte und dadurch die grundsätzliche Einstellung zum politischen System determinierte.

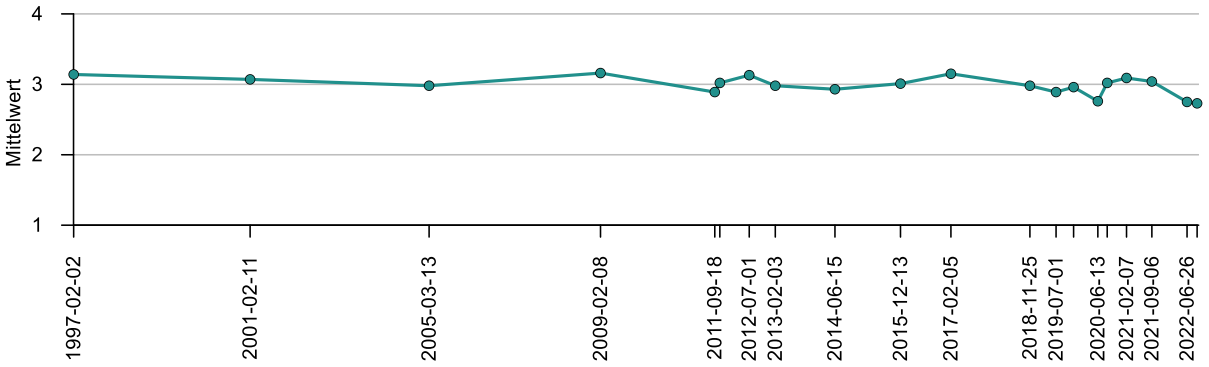
Erwähnenswert ist dabei auch, dass insbesondere das nähere soziale Umfeld einen beträchtlichen Einfluss auf das Impfverhalten einer Person hat. Geimpfte Personen bewegen sich in Kreisen (Familie, Bekannten-

kreis), in denen die Mehrheit ebenfalls geimpft ist. Bei Ungeimpften wiederum ist die Mehrheit meist ungeimpft. Die Frage, ob man sich impfen lassen will oder nicht, ist insgesamt also weniger eine «Frage der Schichtzugehörigkeit, sondern der Zugehörigkeit zu kleineren sozialen Gruppen.»[50]

3.3 Institutionenvertrauen und Systemzufriedenheit

Die Corona-Pandemie bildete einen Stresstest für die Demokratie und hatte grundsätzlich das Potenzial, die Zufriedenheit mit der Liechtensteiner Demokratie und das Vertrauen in die Institutionen nachhaltig zu schädigen. Gemäss der aktuell vorliegenden Daten sind solche nachhaltigen Schädigungen aber nicht oder nicht in substanziellem Ausmass eingetreten. Grundsätzlich ist die Zufriedenheit mit der Art und Weise, wie die Demokratie funktioniert[51], in Liechtenstein gross. Dies zeigt sich auch im europäischen Vergleich. Zwar machen methodische Gründe einen direkten Vergleich zwischen den Werten aus dem European Social Survey (ESS) 2018 und dem in Abbildung 16 ausgewiesenen Wert für Liechtenstein schwierig[52], aber selbst konservativ geschätzt kann der Liechtensteiner Stimmbevölkerung[53] noch eine sehr hohe Demokratiezufriedenheit attestiert werden. Überdies ist die Systemzufriedenheit hierzulande nur geringen Schwankungen ausgesetzt (Abbildung 16). Für den vorliegenden Bericht noch zentraler ist aber die Feststellung, dass auch die Corona-Pandemie die Liechtensteiner Systemstabilität nicht grundsätzlich zu erschüttern vermochte. Wie wir im vorangehenden Abschnitt gesehen haben, gab es zwar durchaus Kritik beispielsweise an den Entscheidungskompetenzen der Regierung oder den Eingriffen in die individuelle Freiheit, von einem grundsätzlichen und nachhaltigen Einbruch mit Blick auf die Zufriedenheit mit dem Funktionieren des demokratischen Systems kann aber nicht die Rede sein. Einerseits liegen die eruierten Werte während der Pandemie zwar zuweilen etwas tiefer als auch schon. Andererseits bewegen sie sich in einem Bereich, der keinen starken und signifikanten Einbruch erwarten lässt. Zudem können auch während der Pandemie wiederholt Zufriedenheitswerte beobachtet werden, die Werte vor der Covid-Krise übersteigen.

Abbildung 16: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie (Mittelwert auf der Skala von 1 (sehr unzufrieden) bis 4 (sehr zufrieden))



Quellen: Umfragen des Liechtenstein-Instituts 1997–2022.

[50] Milic et al. 2021, S. 10.

[51] Es sei darauf hinzuweisen, dass die *Akzeptanz* eines Regimes (z. B. der Demokratie) als politisches Herrschaftsmodell (in der Fachliteratur oftmals als «generalisierte Systemunterstützung» bezeichnet) und die *Zufriedenheit mit ihrer Funktionsweise* im eigenen Lande nicht dasselbe sind. Ideal und Realität klaffen in den Augen der Bürgerinnen und Bürger möglicherweise auseinander. Die generalisierte Akzeptanz verschiedener Herrschaftsmodelle wird selten abgefragt, während die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im Speziellen «zu den von der empirischen Forschung am besten dokumentierten politischen Einstellungen» gehört (Gabriel 2008: 190). Auch in diesem Beitrag liegt der Fokus auf letztere Einstellung. Der konkrete Wortlaut der Frage lautete: «Wie zufrieden sind Sie im Allgemeinen mit dem Funktionieren der Demokratie in Liechtenstein?»

[52] Die Demokratiezufriedenheit wurde im ESS auf einer 11-stufigen Skala (0-10) erhoben, während die Liechtensteiner Werte auf einer 4-stufigen Skala (1-4) gemessen wurden. Für den vorliegenden, impliziten Vergleich wurden die Liechtensteiner Werte angeglichen mit der Formel (Mittelwert LIE-1)*(10/3)+1.

[53] Sowohl die Liechtensteiner wie auch die ESS-Werte beziehen sich auf die über 18-jährigen Wahl- oder Stimmberechtigten des jeweiligen Landes.

Die politischen Alltagserfahrungen werden jedoch weniger durch ein eher abstraktes Konzept wie dem Funktionieren der Demokratie als vielmehr durch das konkrete Handeln politischer Akteure bestimmt.[54] Dabei spielt das Vertrauen in die jeweiligen Akteure eine zentrale Rolle. Institutionen sind mit der Erfüllung bestimmter Aufgaben betraut und erhalten dafür entsprechende Ressourcen. Erfüllen sie die ihnen übertragenen Aufgaben nicht, so sinkt das Vertrauen in sie, was sich negativ auf die Unterstützung des bestehenden politischen Systems niederschlagen kann: «Vertrauen lässt sich als Mechanismus begreifen, mit dem eine dauerhafte und wechselseitig ertragreiche Kooperationsbeziehung in Gang gesetzt werden kann.»[55]

Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass die Liechtensteiner Institutionen – egal, ob rechts- oder parteistaatliche – im internationalen Vergleich ein hohes Ansehen in der eigenen Bevölkerung geniessen. Tatsächlich gehört Liechtenstein bezüglich Institutionenvertrauen der europäischen Spitzengruppe an, zu der in der Regel auch die Schweiz und die skandinavischen Länder zählen. Den grössten Vertrauenskredit in der Bevölkerung besitzen Liechtensteins Gerichte und das Fürstenhaus – beides (eher)[56] rechtsstaatliche Institutionen (Abbildung 17). Im Mittelfeld des Vertrauensrankings rangieren die Regierung und der Landtag – also Institutionen, die dem politischen Wettbewerb unterliegen. Beide Institutionen werden augenscheinlich oft gleich bewertet. Anders in der Schweiz: Der Bundesrat erzielt regelmässig signifikant höhere Vertrauenswerte als das Parlament.[57] Vergleicht man die Liechtensteiner und Schweizer Werte für beide Institutionen[58], so wird deutlich, dass diese Differenz daher rührt, dass der Schweizer Bundesrat ein höheres Vertrauen in der Bevölkerung geniesst als sein Liechtensteiner Pendant. Dem Liechtensteiner Landtag und dem Schweizer Parlament wird in den jeweiligen Staaten hingegen ein ähnlich grosses Vertrauen entgegengebracht.[59] Zuunterst in der Vertrauenshierarchie sind die Parteien und Medien platziert. Bei diesen beiden Institutionen überwiegt im Schnitt das Misstrauen das Vertrauen (Mittelwerte unter der Marke von 4.0).

Doch inwieweit hat sich das diesen Institutionen entgegengebrachte Vertrauen im Zuge der Corona-Pandemie verändert? Zu diesem Zweck präsentiert Abbildung 17 das durchschnittliche Vertrauen auf einer siebenstufigen Skala über einen längeren Zeitraum. Dabei zeigt sich, dass sich die mittleren Vertrauenswerte während der Pandemie nicht fundamental geändert haben. Die Schwankungen liegen in einem Bereich, wie sie auch zu früheren Zeitpunkten beobachtet werden konnten.

Die tiefsten durchschnittlichen Vertrauenswerte weisen die politischen Parteien und die liechtensteinischen Medien auf. Es liegt in der Natur dieser Institutionen, dass sie sich politisch positionieren und in einem Wettbewerb um Wählerstimmen respektive um Leserinnen und Leser stehen. Dies ist einem hohen durchschnittlichen Vertrauen nicht sonderlich zuträglich. Von einem eindeutigen Trend im Kontext der Corona-Pandemie kann aber nicht ausgegangen werden. Das mittlere Vertrauen in die politischen Parteien ist gegenwärtig etwa gleich hoch wie in den beiden Jahren vor der Pandemie. Für die liechtensteinischen Medien gibt es zwar weniger Referenzwerte aus der Vor-Corona-Zeit. Im Vergleich zur letzten Umfrage vor der Pandemie kann aber ebenfalls nicht von einem eindeutigen Trend hin zu einem Vertrauensverlust oder -gewinn ausgegangen werden.

Auch die Regierung und der Landtag sind Teil des politischen Wettbewerbs. Als Institutionen repräsentieren sie jedoch den ganzen Staat, was sie insgesamt integrativer erscheinen lässt. Ihre durchschnittlichen Vertrauenswerte sind gegenwärtig ähnlich hoch wie 2018 und 2019, also vor der Pandemie.

---

54 Freitag 2017, S. 82.

55 Freitag (2016, S. 22) bezieht sich in diesem Zitat auf das *zwischenmenschliche Vertrauen* und nicht auf das Institutionenvertrauen. Vertrauen als Grundlage dauerhafter Kooperation gilt aber grundsätzlich ebenso für Institutionen.

56 Die Einordnung des Fürstenhauses in diese dichotome Typisierung (rechtsstaatlich vs. parteienstaatlich) ist nicht (immer) klar. Spricht man dem Fürstenhaus eine vergleichbare Funktion wie dem Staatsoberhaupt in einem parlamentarischen System zu, so ist die Klassifikation als rechtsstaatliche Institution gerechtfertigt.

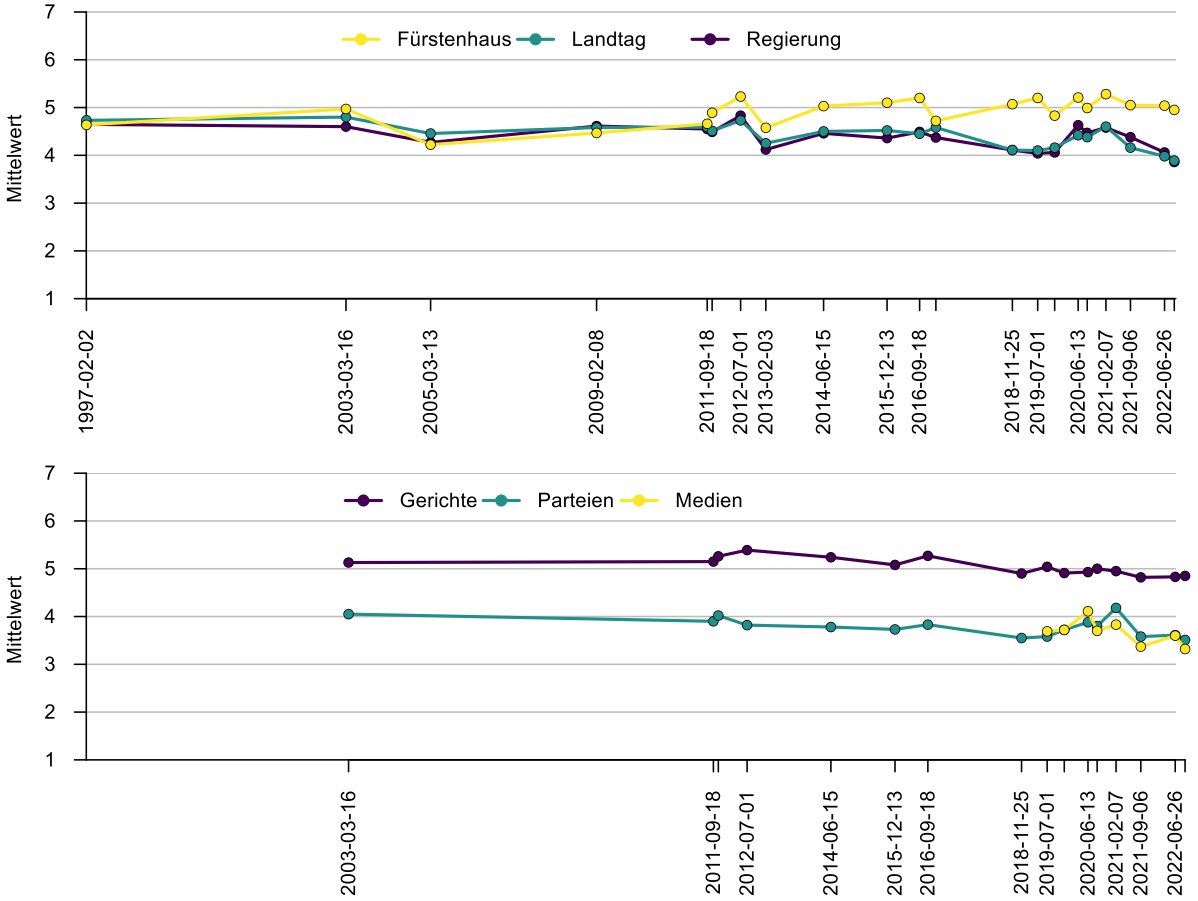
57 Freitag 2017, S. 84, 85.

58 Zu diesem Zweck ist eine Umrechnung der Liechtensteiner Werte nötig, die auf einer siebenstufigen Vertrauensskala gemessen wurden.

59 Erstaunlich ist jedoch, dass das Vertrauen in die Regierung Liechtensteins kaum mit deren Zusammensetzung korreliert: Die Vertrauenswerte von Einparteienregierungen (zwischen 1997 und 2005) waren ähnlich hoch wie jene der grossen Regierungskoalitionen zwischen FBP und VU.

Eine dritte Gruppe von Institutionen besteht mit dem Fürstenhaus, den Gerichten sowie der in Abbildung 17 nicht dargestellten Landespolizei. Alle drei Institutionen unterstehen nicht dem politischen Wettbewerb. Sie werden häufig als unabhängiger wahrgenommen. Die Gerichte sowie die Landespolizei sind jedoch mit dem Vollzug der beschlossenen Massnahmen betraut. Das durchschnittliche Vertrauen in das Fürstenhaus ist traditionell hoch und unterlag in den letzten Jahren nur geringfügigen Schwankungen. Ähnlich präsentiert sich die Situation für die Gerichte, für die seit 2018 äusserst konstante Vertrauenswerte eruiert werden können. Noch höher als für das Fürstenhaus und die Gerichte ist gegenwärtig das durchschnittliche Vertrauen in die Landespolizei (Durchschnitt 5.1). Da das Vertrauen in die Landespolizei aber selten Gegenstand von Umfragen ist, kann keine Trendaussage gemacht werden.

Abbildung 17: Vertrauen in politische Institutionen (Mittelwert auf der Skala von 1 (kein Vertrauen) bis 7 (volles Vertrauen))



Quellen: Umfragen des Liechtenstein-Instituts 1997–2022.

Insgesamt kann von einer Vertrauenskrise in die Liechtensteiner Institutionen also auch im Kontext der Pandemie kaum die Rede sein. Die Darstellung von arithmetischen Mittelwerten wie in den beiden vorangehenden Abbildungen verdeckt jedoch, dass längst nicht alle Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner die Demokratie und ihre Institutionen durchwegs gleich bewerten. Stattdessen reduzieren die Darstellungen eine Verteilung auf einen einzigen statistischen Kennwert. So kommt die Regierung zwar auf den höheren Durchschnittswert als die politischen Parteien. Tatsächlich haben aber mehr Befragte angegeben, der Regierung absolut kein Vertrauen entgegenzubringen als den Parteien. Insgesamt scheint die Situation bei der Regierung also polarisierter. Eine ähnliche Situation – mit umgekehrten Vorzeichen – zeigt sich im Vergleich von Fürstenhaus und Landespolizei. Obwohl die Landespolizei auf einen höheren Durchschnittswert kommt,

bringen ihr weniger Personen volles Vertrauen entgegen als dem Fürstenhaus. Dieses weist von allen sieben Institutionen den klar höchsten Anteil von Befragten auf, die ihm voll und ganz vertrauen.
Im Vergleich der jüngsten Umfrage vom September 2022 mit der ein Jahr zuvor durchgeführten Umfrage fällt auf, dass der Anteil der Befragten, die der Regierung absolut kein Vertrauen entgegenbringen, um mehrere Prozentpunkte zugenommen hat. Dasselbe gilt in geringerem Ausmass für den Landtag. Die entsprechenden Anteile für das Fürstenhaus, die Gerichte und die Landespolizei haben sich demgegenüber kaum verändert und liegen im tiefen einstelligen Bereich, während permanent über 20 Prozent der Befragten den Medien absolut kein Vertrauen entgegenbringen.
Diese Ausführungen zeigen, dass längst nicht alle Befragten den jeweiligen Institutionen das gleich grosse Vertrauen entgegengebracht haben und mit dem Funktionieren ihrer Demokratie in Zeiten der Pandemie durchwegs gleich zufrieden waren. Dies äussert sich nicht zuletzt auch darin, dass bestehende Unzufriedenheiten im Kontext der Pandemie und der beschlossenen Massnahmen verstärkt mittels Formen der politischen Partizipation Ausdruck gegeben wurde, die unabhängig von den Massnahmen weiterhin bestanden. Dies wird im folgenden Abschnitt ausgeführt. Abschliessend soll aber nochmals festgehalten werden, dass die Vertrauenswerte in die politischen Institutionen in Liechtenstein im internationalen Vergleich hoch sind und die Unterschiede zwischen den einzelnen Institutionen aufgrund ihrer unterschiedlichen Funktionen im politischen System erklärbar sind.

3.4 Perspektiven auf die Corona-Politik

Die Umfragen zur öffentlichen Meinung in Liechtenstein zeigen, dass stets eine relative Mehrheit der liechtensteinischen Stimmberechtigten das Krisenmanagement der Regierung positiv bewertet hatte. Auch alle politischen Parteien haben die Eckpunkte der liechtensteinischen Corona-Politik mitgetragen. Dies soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Corona-Politik Liechtensteins und der Schweiz im Allgemeinen und einzelne Entscheide wie z. B. die Einführung der Covid-19-Zertifikate im Besonderen in der Öffentlichkeit immer wieder kontrovers diskutiert wurden.
In der Debatte rund um die Corona-Politik der Schweiz lassen sich im Wesentlichen fünf besonders relevante Themenbereiche unterscheiden.[60] Der erste dieser Bereiche ist Recht & Politik. Kritisiert werden in diesem Zusammenhang unter anderen eine übermässige Stärkung der Exekutive. Dahinter steht die Berufung des schweizerischen Bundesrates auf ein «diffuses Notrecht», Durchbrechungen des Legalitätsprinzips sowie generell eine stark erhöhte und oft überhastete Verordnungstätigkeit, das Fehlen von klar definierten Zielen sowie von Erläuterungen zu den neuen Rechtsvorschriften. Auch erfolgte der Vorwurf mangelnder Unabhängigkeit und eines vorauseilenden Gehorsams der Medien.
Ein zweiter Bereich inhaltlicher Kritik an der Corona-Politik umfasst in der Schweiz die Krisenorganisation. Kritisiert wird hier vor allem die oft unklare Kompetenzverteilung und die dadurch erschwerte Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen. Aber auch mangelnde Vorbereitungen (z. B. Lagerhaltung von Schutzmaterial) oder das Fehlen einer eingeübten Stabsorganisation sind häufig geäusserte Kritikpunkte in der Schweiz. Unter dem Stichwort Gesundheit & Prävention lassen sich drittens Kritik an der Wirksamkeit der Präventionsmassnahmen zusammenfassen sowie der Vorwurf einer fehlenden Bereitschaft zur Suche nach alternativen Behandlungsmethoden oder der Vorwurf einer zu wenig nach Risikogruppen differenzierten Corona-Politik. Kritik erfolgte viertens mit Blick auf die Wirtschaft – sei es Unzufriedenheit mit der Höhe und Abwicklung der Unterstützungsmassnahmen für die Wirtschaft oder generell mit den langfristigen wirtschaftlichen Kosten von einschränkenden Massnahmen wie z. B. der Schliessungen im Gastronomie- und Eventbereich. Schliesslich stellten sich fünftens auch verschiedene philosophische und ethische Fragen wie z. B., ob in der Corona-Pandemie eine Überhöhung des Guts der Gesundheit und des Lebensschutzes vorlag.

[60] Siehe hierzu «Der Corona-Elefant – Vielfältige Perspektiven für einen konstruktiven Dialog» herausgegeben von Konstantin Beck, Andreas Kley, Peter Rohner und Pietro Vernazza 2022.

Thematisiert wurden dabei auch das Spannungsfeld von Individuum und Gesellschaft sowie von Freiheit und Sicherheit.
Mit Blick auf das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit in Krisenzeiten spricht Tristan Barczak vom «nervösen Staat», der sich «in einem ständigen Wettlauf mit der gefühlten oder realen Unsicherheit» befinde.[61] Dabei laufe der Staat Gefahr, in eine «Antizipationsfalle» zu tappen, indem er aus der ständigen Angst, den kritischen Zeitpunkt rechtzeitigen Handels zu verpassen, schon in der Normallage so handle als befinde er sich im Ausnahmezustand. Barczak plädiert dabei für die Resilienz als Rechtskonzept, wonach krisenbedingte, notwendige Anpassungen automatisch ausser Kraft treten und damit keine grundlegenden Veränderungen am Verfassungsstaat mit sich bringen.
Auch die durch die Corona-Politik (mit-)verursachte Polarisierung gab immer wieder Anlass zu Kritik. So sieht Wolfgang Merkel eine «Moralisierung der Politik und wissenschaftlicher Positionen».[62] Unter Moralisierung versteht er «eine selbstgerechte Stilisierung der eigenen moralischen Position, um eine andere moralische Position herabzusetzen». Merkel sieht damit die Gefahr einer problematischen «Binarität» von Wahrheit versus Lüge oder Moral versus Unmoral im politischen Diskurs verbunden. Um die Qualität der Demokratie zu erhalten, plädiert er für mehr «Zeit, Pluralismus und Dissidenz». Ein wichtiger Beitrag soll hierzu auch die kritische Selbstreflexion durch die Politik liefern.
Dies sind nur einige wenige Beispiele eines wachsenden akademischen Forschungsstands, welcher sich kritisch mit dem Krisenmanagement in der Corona-Pandemie auseinandersetzt. Diese Kritik ist ein wichtiger Teil in der politischen Auseinandersetzung mit der Corona-Pandemie und kann der gesellschaftlichen Polarisierung der vergangenen Jahre entgegen wirken. Dabei geht es jedoch nicht zwingend darum, im Sinne einer stringenten Evaluation einzelne Kritikpunkte abzuarbeiten. Vielmehr sind die genannten Einwände und weiterführenden Überlegungen als Empfehlungen für künftige Krisen zu betrachten sowie generell als Mahnung für eine offene Auseinandersetzung mit dem Krisenmanagement.

4 ANDERE FORMEN DER MEINUNGSÄUSSERUNG

In einer Demokratie ist die Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger am politischen Entscheidungsprozess von zentraler Bedeutung. Politische Partizipation ist aber nicht nur Mittel zum Zweck der Durchsetzung spezifischer Vorstellungen und Interessen. Es geht ebenso um die Teilhabe am politischen Willensbildungsprozess. Via Partizipation kommunizieren die Stimmberechtigten nämlich ihre Anliegen und Meinungen mit dem Ziel, dass diese im Entscheidungsprozess mitberücksichtigt werden. Dabei steht ihnen ein breites Spektrum verschiedener (legaler und illegaler) Formen der Partizipation zur Verfügung – angefangen von der Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen über parteibezogene Aktivitäten bis hin zu gewaltsamem Protest. Welche Formen der Partizipation wurden in Liechtenstein genutzt, um den Entscheidungsträgern Anliegen und Auffassungen zur Pandemie und zu den getroffenen Massnahmen zu übermitteln? Die Natur der Sache bringt es mit sich, dass unterschwellige und verdeckte Formen der Meinungsäusserung (beispielsweise die finanzielle Unterstützung von Komitees oder politischen Parteien) nicht direkt gemessen werden können und folglich nicht für eine Auswertung zur Verfügung stehen. Von besonderem Interesse ist stattdessen zunächst vor allem eine Form politischer Partizipation, die in Liechtenstein für Aufsehen gesorgt hat: Die Teilnahme an Demonstrationen. Mittels Demonstrationen können vergleichsweise viele Informationen vermittelt werden und der Umfang der Mitwirkung lässt sich steigern, indem man an vielen Protestaktionen partizipiert.[63] Eine hohe Beteiligung wiederum fördert zwar einerseits den Druck auf die Entscheidungsträger und kann ein gesellschaftliches Problembewusstsein schaffen. Andererseits bleibt die Lösungskompetenz von politischem Protest aber oftmals begrenzt.

[61] Barczak 2022.
[62] Merkel 2021.
[63] Verba et al. 1995, S. 48.

Von den Demonstrationen abgegrenzt werden Formen der Übermittlung Corona-bezogener Meinungen, deren Zielpublikum nicht – oder nicht in erster Linie – die politischen Entscheidungsträger, sondern die anderen Stimmberechtigten sind. Mit der Vermittlung entsprechender Inhalte an andere Stimmberechtigte wird zwar nicht direkt, wohl aber indirekt Druck auf die Politik ausgeübt. Schliesslich versuchen die jeweiligen Absender ihre Interpretationen und Ansichten zu vermitteln, andere oder anders gewichtete Fakten in die Diskussion einzubringen und ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger von ihrer Meinung zu überzeugen. Je mehr Leute von einer Meinung überzeugt sind, desto weniger kann sie von demokratischen Institutionen ignoriert werden. Die *Nutzung* privater Kommunikationskanäle im Kontext der politischen Meinungsbildung wie das in Liechtenstein traditionell wichtige persönliche Gespräch, aber auch von neueren, privaten Kanälen wie sozialen Medien werden im Folgenden jedoch vorläufig ausgeklammert

4.1 Demonstrationen und politischer Protest

Politische Demonstrationen und Protestaktionen sind in Liechtenstein eher selten. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist es nur vereinzelt zu Demonstrationen gekommen. Büchel nennt etwa Kundgebungen gegen den Einmarsch der Sowjetunion in der Tschechoslowakei 1968, gegen die erneute Ablehnung des Frauenstimm- und -wahlrechts 1971, gegen die Errichtung des Erzbistums Vaduz 1997, im Zuge der Staatskrise 1992 und gegen den Irakkrieg 2003.[64] Eine weitere grössere Demonstration erfolgte unter dem Motto «gleich lange Spiesse» im April 2016. In jüngster Zeit gab es beispielsweise im Frühling 2019 zwei Demonstrationen gegen die Gesundheitskosten, 2020 eine Kundgebung für Frieden in Armenien, im November 2021 eine Klimademonstration und 2022 eine Solidaritätskundgebung für die Ukraine.

Vor diesem Hintergrund muss die Häufigkeit von Demonstrationen im Kontext der Corona-Pandemie als aussergewöhnlich angesehen werden. Die Proteste gegen die Corona-Politik begannen zunächst sehr ruhig mit sogenannten «Bürgerspaziergängen». Nach einem Aufruf auf dem Messengerdienst Telegram trafen sich am 18. Oktober 2020 erstmals einige Demonstrantinnen und Demonstranten vor dem Regierungsgebäude und zündeten Kerzen an.[65] Diese unbewilligte Aktion wurde eine Woche später wiederholt. Dabei dürften rund 100 Personen teilgenommen haben, wobei sich jeweils 40 bis 60 Personen gleichzeitig auf dem Peter-Kaiser-Platz aufhielten.[66] Die Polizei liess die friedlichen und ruhigen Protestierenden gewähren. Auch für den dritten so genannten Bürgerspaziergang am folgenden Sonntag, 1. November 2020, wurde keine Bewilligung eingeholt. Gemäss Landespolizei waren nie mehr als 60 bis 70 Personen gleichzeitig vor Ort.[67]

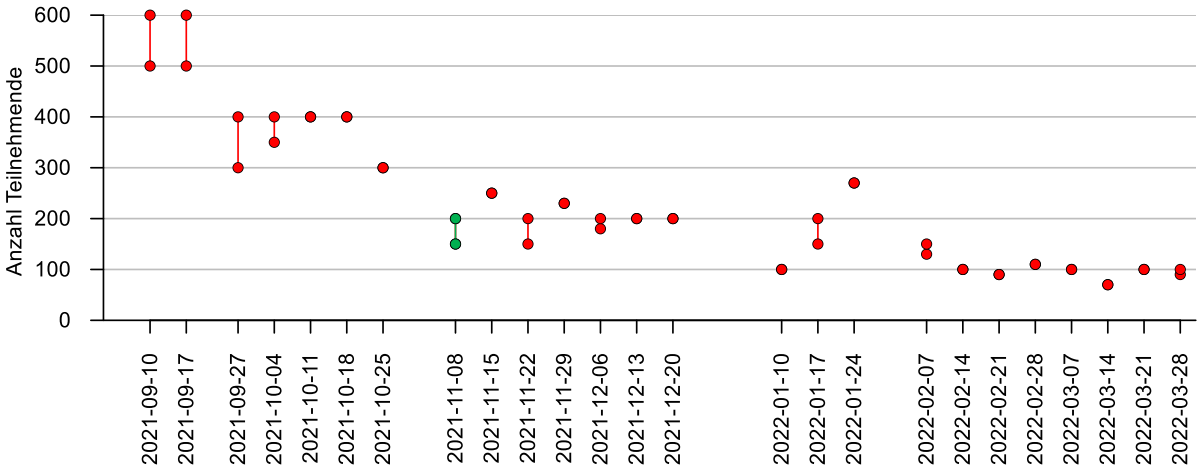
Die Bürgerspaziergänge wurden über den 1. November 2020 hinaus fortgesetzt, wobei sich nicht klar dokumentieren lässt, wie regelmässig diese stillen Proteste stattfanden und wie viele Personen daran teilnahmen. In den beiden Landeszeitungen fanden die Spaziergänge kaum Erwähnung. Dokumentiert ist einzig ein Bürgerspaziergang vom 7. März 2021, anlässlich dessen eine in Österreich bereits an zahlreichen Demonstrationen aufgetretene österreichische Staatsangehörige gegen Vertreter der Politik «hetzte».[68] Berichte zu den Bürgerspaziergängen finden sich auf dem YouTube-Kanal von RheinTV, welcher Kundgebungen im ganzen Rheintal dokumentierte.

In starken Kontrast zu den meist stillen Bürgerspaziergängen standen die Corona-Demonstrationen ab dem zweiten Halbjahr 2021. An der ersten bewilligten, kurzfristig geplanten Demonstration vom 10. September 2021 auf dem Peter-Kaiser-Platz in Vaduz nahmen unter anderem «bekannte Massnahmen-skeptische Gruppen aus Liechtenstein und der Schweiz»[69] teil. Grund für die Demonstration war die angekündigte Ausweitung der Zertifikatspflicht. Insgesamt zählte die Landespolizei zwischen 500 und 600 Personen hauptsächlich aus Liechtenstein, der Schweiz und Österreich (Abbildung 18). Für die Organisation zuständig war das Liberale Forum Liechtenstein. Die Demonstration wurde durch einen Umzug der so genannten Freiheitstrychler

64 Büchel 2011.
65 Kaufmann, Julia, Am Sonntag wollen die Coronagegner wieder demonstrieren, Liechtensteiner Vaterland online.
66 Sele, David, Die nächste Demo braucht Bewilligung und Schutzkonzept, Liechtensteiner Volksblatt online, 28.10.2020.
67 Sele, David, ‹Bürgerspaziergang› in Vaduz, Liechtensteiner Volksblatt, 02.11.2020, S. 3.
68 Sele, David, Zweite Demo verlief ruhiger, Liechtensteiner Volksblatt, 18.09.2021, S. 8.
69 Schädler, Manuela, Coronademo mit 500 Teilnehmern in Vaduz, Liechtensteiner Vaterland online, 2021.

aus der Schweiz eröffnet und beendet.[70] Auf eine fixe Rednerliste wurde verzichtet. Stattdessen gab es ein offenes Mikrofon für alle Teilnehmenden, die sich an das versammelte Publikum richten wollten.
Im Anschluss an die Kundgebung vermeldete die Landespolizei, dass die Veranstaltung friedlich verlaufen sei und dass es keine Zwischenfälle gegeben habe. Jedoch «heizte sich die Stimmung auf und die Kundgebung wurde lauter».[71] Es kam zu Beleidigungen des Fürstenhauses, von Politikerinnen und Politikern, zu Aufrufen zur Missachtung der Bestimmungen der Covid-19-Verordnung und zu Vergleichen mit dem Regime des Nationalsozialismus, woraufhin die Polizei und die Staatsanwaltschaft Ermittlungen aufnahmen.[72] Das Fürstenhaus und die Regierung verzichteten jedoch darauf, die Ermächtigung zu erteilen, die für die Aburteilung der Delikte notwendig gewesen wäre. Sie begründeten dies insbesondere damit, dass an den späteren Kundgebungen keine solchen Beleidigungen mehr ausgesprochen wurden. Die Regierung distanzierte sich jedoch deutlich von den betreffenden Vorwürfen und Aussagen.[73]

Abbildung 18: Anzahl Teilnehmende an Corona-Demonstrationen in Liechtenstein



Erläuterungen: In Abbildung 18 ist die Anzahl Teilnehmender an Corona-Demonstrationen in Liechtenstein dargestellt. Sie kann nicht punktgenau eruiert werden. Stattdessen werden ungefähre Werte angegeben. An der Demonstration vom 10.09.2021 nahmen beispielsweise zwischen 500 und 600 Personen teil. Quelle: Schätzungen der Landespolizei gemäss Berichten im Liechtensteiner Volksblatt.

Eine Woche später, am 17. September 2021, fand sogleich die nächste Corona-Demonstration mit 500 bis 600 Teilnehmenden aus Liechtenstein, der Schweiz und Österreich statt.[74] Nachdem es an der ersten Demonstration zu verschiedenen verbalen Entgleisungen gekommen war, wurde in der Bewilligung der neuen Kundgebung festgehalten, «dass strafbare Handlungen zu unterlassen sind. Dazu zählen auch Beleidigungen und Diskriminierungen».[75] Die Veranstalter gaben sich denn auch «sichtlich Mühe, dass der zweite Abend auf dem Peter-Kaiser-Platz verbal friedlicher verläuft».[76] Wie bereits bei der ersten Demonstration gab es anstelle einer festen Rednerliste ein offenes Mikrofon. Als Organisator trat nicht mehr das Liberale Forum Liechtenstein auf, sondern es wurde die Gründung des Vereins «unerhört» angekündigt, wofür auch Geld gesammelt wurde.[77]

---

70 Schädler, Manuela, Coronademo mit 500 Teilnehmern in Vaduz, Liechtensteiner Vaterland online, 2021.
71 Schädler, Manuela, Coronademo mit 500 Teilnehmern in Vaduz, Liechtensteiner Vaterland online, 2021.
72 Quaderer, Elias, Coronademo: Polizei und Staatsanwaltschaft nehmen Ermittlungen auf, Liechtensteiner Vaterland online, 14.09.2021.
73 Schädler, Patrik, Regierung sieht von Strafverfolgung ab, Liechtensteiner Vaterland online, 01.10.2021; Sele, David, Zweite Demo verlief ruhiger, Liechtensteiner Volksblatt online, 18.09.2021.
74 Sele, David, Zweite Demo verlief ruhiger, Liechtensteiner Volksblatt, 18.09.2021, S. 8.
75 Redaktion Liechtensteiner Vaterland, Diskriminierung untersagt: Weitere Coronademo mit besonderen Auflagen, Liechtensteiner Vaterland online, 16.09.2021.
76 Schädler, Patrik, Zweite Kundgebung ohne verbale Entgleisungen, Liechtensteiner Vaterland online, 17.09.2021.
77 Sele, David, Zweite Demo verlief ruhiger, Liechtensteiner Volksblatt, 18.09.2021, S. 8.

Die dritte Corona-Demonstration vom 27. September 2021 war die erste einer langen Reihe von Demonstrationen, die jeweils an einem Montag stattfanden. Neben organisatorischen Gründen wollte man sich damit «der Symbolik der Montagsdemonstrationen in der DDR bedienen».[78] Veranstaltet wurde die Demonstration wiederum auf dem Peter-Kaiser-Platz, jedoch erstmals ohne die Freiheitstrychler aus der Schweiz. Insgesamt demonstrierten zwischen 300 und 400 Personen. Gleichzeitig startete eine Unterschriftenaktion, um einen Normenkontrollantrag / eine Popularbeschwerde an den Staatsgerichtshof zu richten betreffend die Zertifikatspflicht.[79]

Im Anschluss an diese Demonstrationen fanden an allen vier Montagen im Oktober 2021 weitere vom Verein unerhört organisierte Corona-Demonstrationen auf dem Peter-Kaiser-Platz in Vaduz statt. Die Zahl der Teilnehmenden war in dieser Zeit relativ stabil. Die mediale Berichterstattung nahm jedoch merklich ab, und auch die Landespolizei verzichtete nach der Demonstration vom 4. Oktober 2021 auf weitere Mitteilungen auf ihrer Homepage.

Nachdem am Montag, 1. November 2021, wegen Allerheiligen keine Demonstration möglich war, sorgte die politische Partei Junge Liste am folgenden Montag für Aufsehen. Indem sie vor dem Verein unerhört ein Bewilligungsgesuch für den 8. November 2021 auf dem Peter-Kaiser-Platz einreichte, fand am Montagabend für einmal keine Demonstration von Massnahmenkritikerinnen und -kritikern statt, sondern die Manifestation der Jungen Liste gegen die «klappete Schwurbelei». An der Kundgebung mit 150 bis 200 Besucherinnen und Besuchern wurde gleichzeitig auch auf den Pflegenotstand hingewiesen.

Ab der folgenden Woche gehörte der Peter-Kaiser-Platz bis zum 20. Dezember 2021 jeden Montag wieder den Corona-Protestierenden. Die Teilnehmerzahlen erreichten aber nicht mehr so hohe Werte wie im September 2021. Nach den Weihnachtsferien wurden die montäglichen Demonstrationen wieder aufgenommen und – mit Ausnahme des 31. Januars – bis Ende März 2022 weitergeführt, mit in der Tendenz sinkender Teilnehmerzahl. Damit gab es im Untersuchungszeitraum insgesamt 24 Kundgebungen gegen die Corona-Politik in Liechtenstein.

Dazwischen sorgte auch noch eine andere Protestaktion für Aufsehen. Für den 22. Dezember 2021 war eine Protestaktion gegen die Maskenpflicht für Kinder ab sechs Jahren angekündigt worden.[80] Geplant war, dass zu diesem Zweck vor dem Regierungsgebäude Kinderschuhe deponiert werden sollten. Nachdem Regierungschef Daniel Risch in einem Radiointerview auf die heikle Verbindung dieser Symbolik mit dem Holocaust aufmerksam gemacht hatte,[81] legten die meisten der rund 50 Teilnehmenden Spielsachen und andere Gegenstände anstelle von Schuhen nieder.

Die neue, aggressive Qualität der Corona-Proteste war unter anderen Thema eines Interviews mit dem Polizeichef Jules Hoch.[82] Seiner Ansicht nach habe sich mit der Einführung der 3G-Regelung der Ton verschärft. Vor der Einführung eines Impfstoffs «waren alle quasi im selben Boot». Seit jedoch der Impfstoff verfügbar ist, sei die Tonalität aggressiver geworden. Der Unmut der Massnahmengegnerschaft entlud sich, so Hoch, zwar kaum je in gewaltsamen Aktionen, aber umso mehr in den sozialen Medien. Dies wird auch durch den Jahresbericht der Landespolizei 2021 bestätigt, der eine Verdopplung von «Meldungen, die bedrohliches Verhalten gegenüber Behörden und/oder Institutionen betrafen» verzeichnet. Die Meldungen können «primär auf die Coronapandemie und die damit verbundenen Massnahmenkritik zurückgeführt werden». Die in den

78 Sele, David, Weniger Leute an dritter Coronademo, Liechtensteiner Volksblatt, 29.09.2021, S. 3.
79 Vogt, Desiree, Dritte Demo – Unterschriften werden gesammelt, Liechtensteiner Vaterland online, 27.09.2021; Redaktion Liechtensteiner Vaterland, Deutlich weniger Leute als bei den vorherigen Corona-Demos, Liechtensteiner Vaterland online, 27.09.2021.
80 Schädler, Patrik, Mahnmal mit wenigen Kinderschuhen, Liechtensteiner Vaterland, 23.12.2021, S. 2.
81 Matt, Hannes, Holocaust-Symbolik: Doch keine Kinderschuhe bei Protestaktion, Liechtensteiner Volksblatt, 22.12.2021, S. 7.
82 Blank, Valeska, Die Tonalität ist aggressiver geworden, Liechtensteiner Vaterland, 12.10.2021, S.3.

sozialen Medien verbreiteten Drohungen und Hassbotschaften betrafen dabei vornehmlich politisch exponierte Personen. Dies stelle eine neue Qualität der Demonstrationskultur hierzulande dar, urteilte der Polizeichef.[83]

Ein aufsehenerregender Fall soll in diesem Zusammenhang noch speziell erwähnt werden: Am 23. September 2021 wurde im Rahmen der polizeilichen Schliessung des Gastronomiebetriebes «Rössle» in Ruggell der in Österreich zur Verhaftung ausgeschriebene und per europäischem Haftbefehl gesuchte Gründer der der Reichsbürger-Bewegung zugeordneten «Global Court of the Common Law» (kurz GCCL), Carl-Peter Hofmann, verhaftet. Der Fall erregte Aufsehen auch jenseits der Liechtensteiner Grenzen.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass sich während der Corona-Zeit eine zwar nicht völlig neuartige, aber für Liechtensteiner Verhältnisse doch nicht alltägliche Protestkultur etablierte. Erstens wurde regelmässig protestiert. Zweitens war die Zahl der Protestierenden hoch, vor allem zu Beginn. Gewiss, die Grösse von Protestbewegungen, die sich an unbewilligten Kundgebungen beteiligen, ist stets schwer zu schätzen. Noch schwieriger ist einzuschätzen, ob diese Zahl aufgrund von quasi-professionellem Demonstrationstourismus (Protestierende aus dem deutschsprachigen Raum, die regelmässig an Kundgebungen in der Region teilnehmen) in der Summe überschätzt wird. Allerdings besteht dasselbe Problem auch bei anderen Kundgebungen, mit denen die Corona-Demonstrationen häufig verglichen werden, um einen Eindruck von ihrer Grösse und Relevanz zu erhalten (z. B. «Fridays for Future»). Generell ist aber festzuhalten, dass die Zahl Protestierender in den allermeisten Fällen bloss einen Bruchteil der Gesamtbevölkerung darstellt. Auf die Strasse geht in aller Regel bloss eine kleine, aber «intensive» Minderheit. Was der Rest denkt, ist oftmals unklar. Von der Existenz von Demonstrationsbewegungen auf die öffentliche Meinung zu schliessen, ist demnach kaum möglich. Dennoch: Die Corona-Krise trieb regelmässig ungewöhnlich viele Menschen auf die Strassen. Dies ist ein klares Indiz dafür, dass dieses Thema eine zumindest erhebliche Zahl von Bürgerinnen und Bürger stark bewegte. Die Lösungskompetenz solcher Demonstrationen bleibt aber gering, was wohl auch mit ein Grund war, dass die Teilnahme im Verlaufe der Pandemie eher ab- als zunahm. Umgekehrt bringt eine solche Abnahme jedoch das Risiko mit sich, dass sich die Gruppe der Protestierenden noch stärker in einer Echokammer bewegen mit der Gefahr einer zunehmenden Radikalisierung.

4.2 Vereinigungen und Vorstösse

Die Corona-Politik der Regierung Liechtensteins wurde von allen etablierten politischen Akteuren mitgetragen. Am kritischsten waren über die ganze Zeit der Pandemie hinweg die Demokraten pro Liechtenstein (DpL). Ihre Abgeordneten unterstützten regierungskritische Petitionen und reichten im Januar 2022 eine eigene Motion für einen stärkeren Einbezug des Landtages ein.[84] Die Partei stellte die Corona-Politik der Regierung aber zu keinem Zeitpunkt der Pandemie grundsätzlich in Frage. Sie distanzierte sich auch ausdrücklich von der Initiative, mit welcher Unterschriften für eine Abstimmung über die Auflösung des Landtages gesammelt wurden.[85]

4.2.1 Vereinigungen und Projekte zur Kritik an der Corona-Politik

Im Verlauf der Pandemie wurden verschiedene Vereinigungen gegründet, deren primärer Zweck die Kritik der Corona-Politik der Regierung war. Am meisten mediale Aufmerksamkeit erhielt dabei der Verein «unerhört». Er wurde im Herbst 2021 gegründet und trug fortan die Verantwortung für die Organisation der Demonstrationen gegen die Corona-Politik, welche jeweils am Montagabend vor dem Regierungsgebäude in Vaduz stattfanden.[86] Es ist nicht bekannt, wie sich der Verein organisiert und von wie vielen Personen er getragen wird. In den Medien war vor allem Andrea Clavadetscher sichtbar. Der Verein verfügte zeitweise

---

83 In den vergangenen Monaten kam es zu einzelnen Verurteilungen von Personen für Drohungen während der Corona-Pandemie. Siehe z. B. Artikel im Liechtensteiner Vaterland vom 22. März 2023 «Auch auf Telegram darf niemand mit dem Tod bedroht werden».

84 Siehe sogleich Unterkapitel 4.2.3.

85 Albrich, Sebastian, DpL distanziert sich klar: «Illusorisches Wunschdenken», Liechtensteiner Volksblatt, 19.01.2022, S. 3.

86 Siehe hierzu Unterkapitel 4.1.

über eine Website, welche sich jedoch im Wesentlichen darauf beschränkte, die Videos zur Kundgebung bereitzustellen. Der wichtigste Kommunikationskanal des Vereins ist Telegram. Nach der Aufhebung der meisten Massnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie im Frühjahr 2022 hat sich der Verein weitgehend aus der Öffentlichkeit zurückgezogen.

Eine prominente Rolle spielte während der Dauer der Corona-Pandemie auch Werner Stocker, der regelmässig an den Montags-Demonstrationen teilnahm. Er reichte im März 2021 die Petition «Gesundheitliche Selbstbestimmung» beim Landtag ein[87] und startete Anfang 2022 zusammen mit drei anderen Männern[88] die Unterschriftensammlung für eine Initiative zur Auflösung des Landtages,[89] deren Unterschriften jedoch nicht eingereicht wurden. Die erforderlichen 1500 Unterschriften waren nicht zustande gekommen.[90] Bis im Frühjahr 2022 hatte Werner Stocker verschiedene Auftritte in den liechtensteinischen Medien. So wurde unter anderem am 31. Oktober 2021 auf Radio Liechtenstein eine Diskussionsrunde zwischen Gesundheitsminister Manuel Frick und Werner Stocker ausgestrahlt.

Auch die Vereinigung «Liberales Forum Liechtenstein» äusserte sich regelmässig kritisch zur Corona-Politik der Regierung. Die Vereinigung wurde im April 2021 gegründet mit dem Ziel, das «politische Ideal einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung» zu unterstützen. Im Unterschied zu den vorhin genannten Vereinigungen und Initiativen weist das Liberale Forum auf seiner Website klare Vereinsstrukturen aus. Ebenso ist es thematisch nicht ausschliesslich auf die Corona-Pandemie ausgerichtet, sondern adressiert auch weiterhin verschiedene Themen. Sowohl der Präsident als auch der Vizepräsident des Forums waren früher für die DpL aktiv. Die wichtigsten Kommunikationskanäle des Forums sind Leserbriefe in den beiden Tageszeitungen, die Facebook-Seite des Forums sowie die Website. Bereits vor der Gründung des Forums erschien im Liechtensteiner Vaterland ein ganzseitiges Interview mit Ulrich Hoch. In diesem Interview bezeichnete er die Corona-Politik der Regierung als «eine politische Überreaktion», welche «dauerhafte Massenarbeitslosigkeit hervorrufen kann».[91]

Während sich der Grossteil der Kritik an der Corona-Politik erst im Jahr 2021 formierte, gründeten zwei Frauen bereits im Juli 2020 die Plattform «mitdenken.li». Mit dieser Website wollen die beiden Gründerinnen ihre Recherchen und generell ihre Gedanken teilen und so die Bürgerinnen und Bürger Liechtensteins zum Mitdenken animieren. Die beiden Frauen waren auch die treibenden Kräfte bei den Normenkontrollanträgen an den StGH vom Oktober 2021(StGH 2021/081) und vom Januar 2022 (StGH 2022/003).[92] Die Website mitdenken.li wurde bis Ende 2022 regelmässig mit neuen kritischen Beiträgen zur Corona-Politik im Allgemeinen, aber auch spezifisch mit Blick auf die liechtensteinische Regierung ergänzt. Die Website enthält eine Vielzahl von Links zu weiteren einschlägigen Informationsangeboten zum Coronavirus. Im März 2023 wurde schliesslich die Interessensgemeinschaft «Initiative A» gegründet. Der Buchstabe «A» stehe für «Anfang, Aufarbeitung und Aufklärung». [93] Die Initiative möchte demnach insbesondere «allen wie immer gearteten Betroffenen eine Stimme geben». Die Initiative ging hervor aus einem Leserbrief-Appell[94] und zählt nach eigenen Angaben Ende März 2023 137 Unterstützer und Unterstützerinnen. Zusätzlich zum ersten Appell sowie der Bekanntgabe der Gründung der Interessengemeinschaft verfasste die Initiative A im März 2023 zwei weitere Leserbriefe, welche sich beide direkt an den Gesundheitsminister richteten.[95]

---

87 Siehe sogleich Unterkapitel 4.2.3.

88 Zwei dieser Männer hatten erfolglos auf der Wahlliste der DpL für den Landtag kandidiert.

89 Sele, David, Neuwahlen als Denkzettel, Liechtensteiner Volksblatt, 19.01.2022, S. 3. Zur offiziellen Anmeldung der Initiative siehe: Liechtensteiner Volksblatt, 27.01.2022, S. 11, und Wirtschaft Regional (Beilage zum Liechtensteiner Vaterland), 27.012022, S. 20.

90 Sele, David, Initiative zur Landtagsauflösung gescheitert, Liechtensteiner Volksblatt, 09.03.2022, S. 5.

91 Vogt, Desirée, «Selbstverantwortung steht an erster Stelle» (Interview mit Ulrich Hoch), Liechtensteiner Vaterland, 29.10.2020, S. 7.

92 Fritz, Daniela, Rund 450 Stimmberechtigte für Prüfung der 2G-Regel durch StGH, Liechtensteiner Volksblatt, 15.01.2022, S. 3. Zu diesen beiden Urteilen siehe Kapitel 5.5.2 in Schiess Rütimann 2023.

93 Siehe Leserbrief vom 18.03.2023 im Liechtensteiner Vaterland «Interessensgemeinschaft «Initiative A» gebildet».

94 «Appell an die Regierung», Leserbrief vom 14. März 2023 im Liechtensteiner Vaterland.

95 Siehe Liechtensteiner Vaterland vom 29. März 2023 sowie vom 21. März 2023.

Neben den genannten Gruppierungen und Projekten gab es einige Leserbriefschreiberinnen und -schreiber, welche sich regelmässig kritisch zur internationalen und zur nationalen Corona-Politik äusserten. Von den Massnahmenkritikerinnen und -kritikern wurden ferner vor allem das Medium Telegram genutzt. Die Intensität des Austausches in den entsprechenden Gruppen schien ab Herbst 2022 rückläufig zu sein, gewann im Zusammenhang des dritten Jahrestages des Lockdowns im März 2023 jedoch wieder an Fahrt, was auch die Gründung der Initiative A bestätigt. Ob es sich dabei um konkrete, auf den Wunsch nach Aufarbeitung bezogenen Debatten handelt oder von einer Verstetigung der Politisierung der Corona-Pandemie auszugehen ist, lässt sich im Moment nicht abschätzen.

Erwähnenswert ist, dass es sich bei den Personen, die in Liechtenstein regelmässig öffentlich Kritik an der Corona-Politik übten, im Regelfall nicht um anerkannte Fachleute aus den Bereichen Naturwissenschaft, Medizin, Pflege oder Rechtswissenschaft handelte.[96] Dies soll nicht heissen, dass es keine Kritik von Fachleuten gab.[97] Vor allem was die Folgen der Corona-Massnahmen für Kinder und Jugendliche anbelangte, äusserten sich ein Kinderarzt sowie Psychologinnen mahnend in den Medien. Kritik an einer zu weitgehenden Corona-Politik kam im Regelfall jedoch von Bürgerinnen und Bürger und nicht etablierten Fachvereinigungen.[98] Von den verschiedenen vor der Corona-Pandemie bestehenden zivilgesellschaftlichen Vereinigungen in Liechtenstein trat Amnesty International Liechtenstein wohl am kritischsten auf, indem die NGO beispielsweise in einem Leserbrief vom 24. Dezember 2021 die Regierung um die Veröffentlichung einer Verhältnismässigkeitsprüfung der Massnahmen bat.[99] An dieser Stelle sei erwähnt, dass die wirtschaftlichen Unterstützungsmassnahmen sowie generell die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie nicht Gegenstand dieser Studie sind, weshalb auf wirtschaftspolitisch motivierte Kritik nicht spezifisch eingegangen wird.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Als das Coronavirus Liechtenstein im Frühling 2020 erreichte und die Regierung und der Landtag damit begannen, Massnahmen zu seiner Bekämpfung zu ergreifen, begab sich keine der politischen Parteien oder der übrigen im Land aktiven Vereine und Gruppierungen auf Oppositionskurs. Widerspruch gegen einzelne Massnahmen und gegen die grundsätzliche Ausrichtung der Corona-Politik wurde vielmehr von Einzelpersonen erhoben, und zwar vielfach von solchen, die bis dahin keine Erfahrung in politischen Ämtern gesammelt hatten. Es dauerte deshalb auch relativ lange, bis für die Medien Repräsentantinnen und Repräsentanten des kritischen Lagers als Ansprechpartnerinnen und -partner greifbar waren bzw. sich die Gegnerinnen und Gegner der Corona-Politik organisierten.

4.2.2 Partei Mensch im Mittelpunkt (MiM)

Wie bereits ausgeführt, unterstützten sämtliche im Landtag vertretenen politischen Parteien den Kurs der Regierung, auch wenn sie nicht in allen Punkten mit deren Ansichten übereinstimmten. Ende 2021 verdichteten sich die Anzeichen, dass sich einzelne Massnahmengegnerinnen und -gegner zu einer politischen Partei mit dem Namen «Mensch im Mittelpunkt» (MiM) zusammenschliessen wollten, deren Hauptzweck die Bekämpfung der Corona-Massnahmen darstellen sollte.[100] Vertreter der Partei unterstützten in diesem Zeitpunkt die Unterschriftensammlung, mit der eine Abstimmung über die Auflösung des Landtages herbeigeführt werden sollte.[101] MiM kündigte auch bereits Anfang 2022 an, an den Gemeindewahlen von 2023 mit

---

96 Dies soll nicht heissen, dass es keine Kritik von Fachleuten gab. Vor allem was die Folgen der Corona-Massnahmen für Kinder und Jugendliche anbelangte, äusserten sich ein Kinderarzt sowie Psychologinnen mahnend in den Medien.

97 Auch soll damit nicht gesagt werden, dass die

98 Bezüglich der Zusammenarbeit zwischen Regierung und Fachvereinigungen wie der Ärztekammer siehe Kapitel 7. Gerade das Verhältnis zwischen Ärztekammer und Gesundheitsministerium war in der Vergangenheit oft angespannt, was aber in der Corona-Pandemie nicht zu Schwierigkeiten führt. Siehe hierzu Sele, David, «Zwischendurch gab es auch friedliche Zeiten» (Interview mit der abtretenden Ärztekammerpräsidentin Ruth Kranz), Liechtensteiner Volksblatt, 19.11.2022, S. 9.

99 Siehe Leserbrief «Massnahmen auf Verhältnismässig-keit prüfen», Liechtensteiner Volksblatt, 24.12.2021. Auch anlässlich der GV vom Oktober 2021 thematisierte die Vereinigung die Corona-Pandemie. Siehe hierzu Heribert Beck, «Ethikerin Maya Zumstein-Shaha: Impfung unterstützenswert», Liechtensteiner Volksblatt, 27.10.2021.

100 Quaderer, Elias, Was machen die Massnahmengegner, wenn es keine Massnahmen mehr gibt?, Liechtensteiner Vaterland, 03.02.2022, S. 3.

101 Ebenda.

eigenen Kandidierenden teilnehmen zu wollen.[102] Dazu ist es jedoch nicht gekommen. In die Schlagzeilen geriet MiM kurzzeitig, weil die Partei kurz nach der Gründung bekannt geben musste, dass eines der Gründungsmitglieder, Harald Eckstein, die Partei schon wieder verlassen hatte, und zwar wohl nicht ganz freiwillig.[103] Der MiM-Vorstand distanzierte sich nämlich von plakativen Aussagen zur Impfung, die Harald Eckstein in einem Zeitungsinterview[104] gemacht hatte.[105]

Die offizielle Gründungsversammlung von «Mensch im Mittelpunkt» fand am 8. Juni 2022 statt. Offenbar wurden dabei die Statuten anders formuliert als im Januar 2022.[106] Am 28. Juni 2022 wurde der Verein in das Handelsregister eingetragen. MiM hat sich wie die übrigen politischen Parteien als Verein konstituiert. Anspruch auf öffentliche Beiträge hat MiM nicht, weil nur diejenigen Parteien finanziell unterstützt werden, die im Landtag vertreten sind oder bei den letzten Landtagswahlen zumindest drei Prozent der Wählerstimmen erreicht haben.[107] Im Zeitpunkt der letzten Landtagswahlen (Februar 2021) existierte MiM noch gar nicht.

Auf der Website von MiM finden sich verschiedene Erklärungen und Stellungnahmen zur Corona-Krise und zur Abstimmung vom 18. September 2022 über die gesetzliche Grundlage für die 2G-Regelung. MiM hatte das Referendum gegen die Änderung des Gesundheitsgesetzes vom 29. Juni 2022 (Schaffung einer Grundlage für die allfällige Einführung einer 2G-Regelung zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie)[108] lanciert, jedem Haushalt einen Unterschriftenbogen zukommen lassen und sich nach dem erfolgreichen Zustandekommen des Referendums[109] an vorderster Front im Abstimmungskampf engagiert.[110] Am 18. September 2022 stimmten 52,7 Prozent der Stimmberechtigten mit der MiM gegen das 2G-Gesetz.[111]

Der Umgang mit der Pandemie ist jedoch nicht das einzige Thema, dem sich die junge Partei annimmt. Auf der MiM-Website findet sich z. B. auch ein Hinweis darauf, dass sich die Partei mit der Energieversorgung beschäftigen möchte. Das Leitbild nennt ebenfalls eine ganze Reihe von Themen ausserhalb des Bereichs Gesundheit, zu denen sich die Partei positioniert und in Zukunft einbringen will (z. B. Basisdemokratie, bezahlbarer Wohnraum, Integration, Verbraucherschutz, Trennung von Kirche und Staat, soziale Marktwirtschaft). An verschiedenen Stellen findet sich Kritik an den Liechtensteiner Medien. So an der Bezeichnung als Massnahmengegner,[112] wenn einzelne Zeitungsartikel im Zusammenhang mit der Abstimmung über das 2G-Gesetz kritisiert werden oder auch wenn im Leitbild steht: «Es muss wieder eine freie und vielfältige Medienlandschaft geschaffen werden. Freie Medien, die offensichtlich als Sprachorgane einzelner Parteien und/oder Interessengemeinschaften missbraucht werden, sind von Fördermitteln frei zu stellen.»[113] Zwischenzeitlich hat die Partei auch die Website «mediencheck.li» lanciert, in welcher zum Profil der Partei passende Berichte zur Corona-Pandemie veröffentlicht werden bzw. zu Artikeln im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie ein Fazit aus Sicht der MiM gezogen wird.

---

102 Quaderer, Elias, Gemeindewahlen 2023: «Mensch im Mittelpunkt» will antreten, Liechtensteiner Vaterland, 08.01.2022, S. 2.
103 Quaderer, Elias, Gründungsmitglied verlässt MiM-Partei, Liechtensteiner Vaterland, 14.01.2022, S. 1.
104 Sele, David, Eckstein: «Wer nicht gerettet werden will, ist nicht zu retten», Liechtensteiner Volksblatt, 13.01.2022, S. 4 f.
105 Siehe zu diesen anfänglichen Problemen in der Partei: Sele, David, «Das war politisch sehr ungeschickt» (Interview mit Christian Frommelt), Liechtensteiner Volksblatt, 15.01.2022, S. 3.
106 Jedenfalls findet sich in der auf der Website aufgeschalteten aktuellen Version vom 8. Juni 2022 (siehe https://www.mim-partei.li/statuten) kein Hinweis mehr auf die von Harald Eckstein im Interview (Liechtensteiner Volksblatt, 13.01.2022, S. 4) erwähnte digitale Mitsprache in der Partei. Auch die bei Elias Quaderer (Liechtensteiner Vaterland, 03.02.2022, S. 3) zitierten Passagen aus dem Vereinszweck finden sich in der Statuten-Version vom 8. Juni 2022 nicht.
107 Art. 1 Gesetz vom 28. Juni 1984 über die Ausrichtung von Beiträgen an die politischen Parteien, LGBl. 1984 Nr. 31 LR 162.
108 Siehe zu der vom Landtag verabschiedeten Gesetzesänderung (dem «2G-Gesetz») Kapitel 3.3 in: Schiess Rütimann, Corona-Pandemie.
109 Schädler, Manuela, 2G-Regel: Abstimmung im September, Liechtensteiner Vaterland, 06.08.2022, S. 5: Das Referendum war mit 3572 gültigen Unterschriften zustande gekommen.
110 Siehe zum Streitgespräch zwischen Gesundheitsminister Manuel Frick und dem Vorsitzenden der Partei MiM, Kevin Marxer, auf dem Landeskanal z. B. Blank, Valeska, Nur Frick erlaubte sich ein paar Spitzen, Liechtensteiner Vaterland, 25.08.2022, S. 3.
111 https://www.abstimmungen.li/resultat/26.
112 Siehe Sele, David, Eckstein: «Wer nicht gerettet werden will, ist nicht zu retten», Liechtensteiner Volksblatt, 13.01.2022, S. 4.
113 https://www.mim-partei.li/leitbild, abgerufen am 20.12.2022.

Über den tatsächlichen Rückhalt für die MiM und damit auch allfällige Wahlchancen der Partei lässt sich nur spekulieren. Im Rahmen der Abstimmungsumfrage zur 2G-Abstimmung zeigte jedoch, dass nur ein sehr kleiner Teil derjenigen, welche das von der MiM lancierte Referendum gegen die Einführung einer gesetzlichen Grundlage für eine 2G-Regelung unterstützten, tatsächlich eine Nähe oder Verbundenheit mit der MiM bestätigten. Die grosse Mehrheit der gegenüber der Regierungspolitik kritisch eingestellten Personen steht somit einer anderen Partei als der MiM nahe oder verfügt über keine Nähe zu einer bestimmten Partei.[114]

4.2.3 Vorstösse gegen die Regierungspolitik

Die Anzahl der politischen Vorstösse, welche den Umgang mit der Pandemie betrafen, ist überschaubar. Es handelt sich um einen Antrag auf die Einsetzung einer Besonderen Landtagskommission, eine Motion, ein Postulat und eine Petition durch eine Regierungspartei. Dazu kamen zwei Petitionen von Verbänden (LANV und Hilfswerke) und zwei Petitionen, die von Massnahmenkritikerinnen und -kritikern formuliert und von einer beträchtlichen Anzahl Personen unterschrieben worden waren. Weil die Revision des Gesundheitsgesetzes vom 29. Juni 2022, mit der eine Grundlage für die allfällige Einführung einer 2G-Regelung zur Bekämpfung der Covid-19 Pandemie geschaffen worden wäre, von der Regierung ausging,[115] wird hier nicht weiter auf das gegen diese Gesetzesänderung erhobene und in der Volksabstimmung erfolgreiche Referendum eingegangen.[116] Die übrigen Vorstösse werden nun kurz vorgestellt, zuerst diejenigen, die aus dem Schoss des Landtags stammten.

Die Motion vom 31. März 2020 zur zinslosen Vergabe von Krediten nach dem Ausfallgarantiegesetz im Zusammenhang mit der Corona-Krise nahm auf das vom Landtag am 20. März 2020 verabschiedete Ausfallgarantiegesetz Bezug.[117] Abgeordnete aller vier im Landtag vertretenen politischen Parteien forderten, dass die Kredite während ihrer gesamten Laufzeit zinslos gewährt werden sollten und die Liechtensteinische Landesbank (LLB) die Kosten für die Vergabe und Abwicklung der Kredite unter dem marktüblichen Preis ansetzen solle. Weil die Regierung die Anliegen der Motionärinnen und Motionäre in ihre eigene Vorlage aufgenommen hatte,[118] verzichteten die Abgeordneten in der Sitzung vom 8. April 2020 diskussionslos auf die Überweisung der Motion.[119]

Die Mitglieder der Parlamentsfraktion der FBP erklärten in ihrer Petition vom 29. April 2020 «Kurzfristige Konjunkturimpulse für die heimische Wirtschaft» ihre Zustimmung zu den Massnahmen, welche die Regierung zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie getroffen hatte. Sie verlangten jedoch weitergehende Schritte zur Stimulierung der Binnennachfrage, und zwar in Form von Konsumgutscheinen à mindestens 200 Franken für alle in Liechtenstein wohnhaften Personen. Sie wählten die Form der Petition, um den entsprechenden Beschluss am schnellsten herbeizuführen. Sowohl die Form als auch der Inhalt der Petition stiessen im Landtag auf Kritik. Die Petition vereinigte nach einer ausführlichen Diskussion nur 10 Ja-Stimmen auf sich.[120]

Mit ihrer Motion vom 28. Januar 2022 betreffend Konsultation des Landtages bei besonderen Lagen verlangten die beiden Abgeordneten der DpL, Herbert Elkuch und Thomas Rehak, «dem Landtag Vorschläge und Gesetzesanpassungen zur Beschlussfassung vorzulegen, sodass die Regierung basierend auf dem Epidemiengesetz erst nach erfolgter Anhörung des Landtages Massnahmen anordnen kann». Obwohl die Motion in der Landtagssitzung vom 10. März 2022 in ein Postulat umgewandelt wurde,[121] fand das Anliegen nicht die

---

114 Zum Stimmverhalten siehe Milic, Thomas/Rochat, Philippe, Volksabstimmung «Gesetzliche Grundlage für 2G-Regelung (2G-Gesetz)» vom 18. September 2022. Ergebnisse einer Online-Umfrage, LI aktuell Nr. 2/2022, Liechtenstein-Institut, Gamprin-Bendern 2022, abrufbar unter: doi:10.13091/li-aktuell-2022-2.

115 Siehe Kapitel 3.3 in Schiess Rütimann (2023).

116 Milic und Rochat 2022.

117 Gesetz vom 20. März 2020 über die befristete Gewährung einer Ausfallgarantie zur Vergabe von liquiditätssichernden Krediten an liechtensteinische Unternehmen durch die Liechtensteinische Landesbank (Ausfallgarantiegesetz), LGBl. 2020 Nr. 100 LR 617.1.

118 Siehe BuA Nr. 31/2020, S. 23 f. Das «Massnahmenpaket 2.0» mit der geforderten Anpassung des Ausfallgarantiegesetzes wurde vom Landtag am 8. April 2020 nach längerer Diskussion einhellig angenommen: Landtags-Protokolle 2020, S. 447.

119 Landtags-Protokolle 2020, S. 482.

120 Landtags-Protokolle 2020, S. 608: Für die Motion der FBP stimmten die 9 Abgeordneten der FBP und eine Abgeordnete der VU.

121 Siehe den Postulatstext in Landtags-Protokolle 2022, S. 242.

erforderliche Unterstützung durch die Abgeordneten.[122] Dies vor allem auch deshalb, weil sich der gewünschte stärkere Einbezug des Parlaments in der Praxis angesichts des hohen Handlungsdrucks nicht so einfach hätte bewerkstelligen lassen.

Anlässlich des Traktandums «Information der Regierung zur aktuellen Situation bez. Coronapandemie» in der Landtagssitzung vom 9. März 2022 stellte die VU-Fraktion den Antrag zur Einsetzung einer Besonderen Landtagskommission (BLK) zur Coronaaufarbeitung. Nach der Aufhebung der meisten Massnahmen sei es an der Zeit, die Krise aufzuarbeiten. Es müsse «nun auch der Landtag neben der Rolle der Exekutive auch die eigene Rolle, jene der Legislative, kritisch hinterfragen, um Lehren für die Zukunft daraus zu ziehen.»[123] Nach ausgiebiger Diskussion fand sich im Landtag keine Mehrheit für die Einsetzung einer BLK zum damaligen Zeitpunkt.[124]

Am 30. April 2020 reichte der Liechtensteinische Arbeitnehmerverband (LANV) die Petition «Corona-Krise: Bitte unterstützt auch uns erwerbstätige Eltern» ein. Sie hatte in weniger als drei Wochen 453 Unterschriften erhalten. Sie knüpfte daran an, dass in diesem Zeitpunkt kein Präsenzunterricht in den Schulen stattfinden durfte und die Kinderbetreuungsstätten geschlossen bleiben mussten. Dies zwang viele Eltern, zu Hause zu bleiben, um die Kinder nicht sich selbst zu überlassen. Dem Gesetz war jedoch nicht eindeutig zu entnehmen, ob in einer solchen Situation die Lohnfortzahlungspflicht des Arbeitgebers gilt. Um eine Klärung herbeizuführen und die betroffenen Eltern von Existenzängsten zu befreien, verlangte die Petition insbesondere, dass die Arbeitgeber Fehlstunden wegen Kinderbetreuung als Kurzarbeit anmelden durften. Der Landtag überwies die Petition am 6. Mai 2020 praktisch ohne inhaltliche Diskussion mit 23 Stimmen an die Regierung.[125]

Ebenfalls am 6. Mai 2020 beschloss der Landtag über die von einer Privatperson eingebrachte Petition «Faktenbasierte Anpassung der Covid-19-Bestimmungen – Appell an die Liechtensteiner Regierung, die Schweizer Regierung zu ersuchen, diese Anpassungen zu gewähren und ebenfalls vorzunehmen». Die Petitionärin machte geltend, dass die Lockdownmassnahmen nicht zielführend, sondern unverhältnismässig seien, insbesondere weil das Gesundheitssystem nicht überlastet sei. Sie forderte insbesondere die Aufhebung der Schulschliessungen, dass die Bewegungsfreiheit wiederhergestellt und Arbeitsverbote aufgehoben werden. Der Schutz solle sich auf die Risikogruppen beschränken. Im Landtag griffen die beiden Abgeordneten der DpL verschiedene Punkte der Petition auf. Sie wurde jedoch nach einer einzigen weiteren, ablehnenden Wortmeldung ohne Diskussion abgelehnt.[126]

Mit einer Petition vom 26. Mai 2020 forderte das Netzwerk für Entwicklungszusammenarbeit in Liechtenstein die Regierung auf, einen «grosszügigen, zusätzlichen Beitrag für die humanitäre Hilfe» zu sprechen. Der Landtag überwies diese «Petition für eine Aufstockung der humanitären Hilfe in den ärmeren Ländern aufgrund der Corona-Pandemie» mit 21 Ja-Stimmen an die Regierung,[127] nachdem die damalige Aussenministerin Katrin Eggenberger aufgezeigt hatte, was das Land bereits unternommen hatte und dass das Amt für Auswärtige Angelegenheiten bereit war, dem Landtag passende Vorschläge zu unterbreiten.

Werner Stocker reichte am 9. März 2021 die von 687 Personen unterzeichnete Petition «Gesundheitliche Selbstbestimmung» ein. Sie verlangte insbesondere, dass keine Benachteiligung erfolgen dürfe von Personen, die ihre gesundheitliche Selbstbestimmung wahrnehmen. Angestrebt wurde damit in erster Linie, dass Personen, welche eine Impfung gegen Covid-19 ablehnen oder keine Gesichtsmaske tragen, weder sanktioniert noch sonst wie diskriminiert werden dürfen. Die Petition stellte nämlich die Wirksamkeit von Masken in Frage und führte aus, dass das Tragen einer Maske zu Beschwerden und Erkrankungen führen könne. Überdies bezeichnete sie die mRNA-Impfstoffe als «hochexperimentelle Gentechnik». Sie verlangte die Prüfung,

---

122 Landtags-Protokolle 2022, S. 244: Für das Postulat stimmten die beiden DpL-Mitglieder, vier FBP-Mitglieder und drei VU-Mitglieder. Zum Inhalt der Motion siehe auch die Ausführungen in Kapitel 4.3.3 in Schiess Rütimann (2023).

123 Landtags-Protokolle 2022, S. 100.

124 Landtags-Protokolle 2022, S. 109: Für den Antrag stimmten die geschlossene VU-Fraktion und ein Abgeordneter der FL.

125 Landtags-Protokolle 2020, S. 613: Die zwei Nein-Stimmen stammten von den beiden Abgeordneten der DU.

126 Landtags-Protokolle 2020, S. 618: Lediglich die drei DpL-Mitglieder stimmten für die Überweisung der Petition an die Regierung.

127 Landtags-Protokolle 2020, S. 1014: Gegen die Überweisung der Petition an die Regierung stimmten nur die beiden DU-Mitglieder und zwei DpL-Mitglieder.

ob der Text der Schweizer Volksinitiative «Stopp Impfpflicht Schweiz» in Liechtenstein so in den Verfassungs- oder Gesetzestext aufgenommen werden könnte, dass er nicht vom Zollanschlussvertrag oder Schweizer Gesetzen «ausgehebelt» werden könnte. Die Petition gab mehreren Regierungsmitgliedern in der Landtagssitzung vom 5. Mai 2021 die Gelegenheit auszuführen, dass die Corona-Massnahmen umgehend gelockert werden, sobald dies vertretbar sei, so wie man dies bei den Regelungen für die Schulen beobachten könne. Die Petition vereinigte denn auch nur vier Stimmen auf sich.[128]

Etwas überspitzt könnte man sagen, dass die Vorstösse der Abgeordneten – mit Ausnahme der Motion der DpL-Abgeordneten und des Antrags der VU-Fraktion auf Einsetzung einer BLK, welche beide die Stellung des Landtags stärken oder zumindest genauer analysieren wollten – wirtschaftliche Aspekte der Corona-Krise adressierten. Die Petitionen der Verbände verlangten ebenfalls eine grosszügigere finanzielle Unterstützung der von der Pandemie und ihrer Bekämpfung Betroffenen. Demgegenüber sprachen sich die von Privatpersonen eingebrachten Petitionen deutlich gegen die von der Regierung verhängten Corona-Massnahmen aus.

5 MEDIEN IN DER PANDEMIE

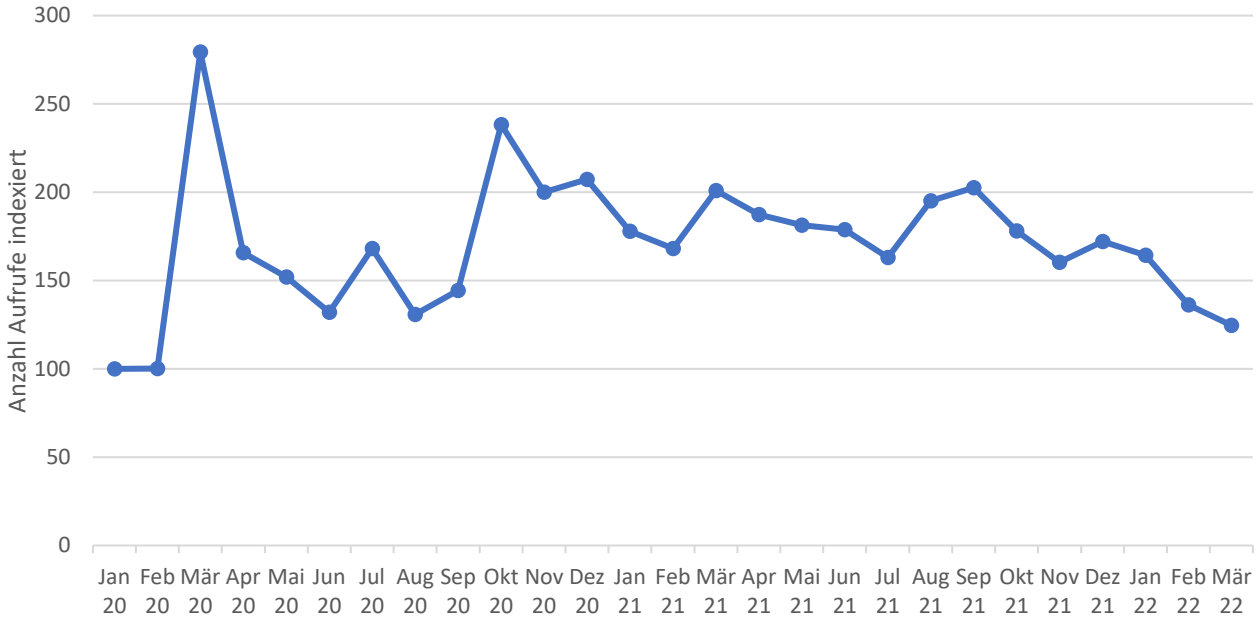
Massenmedien leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum Funktionieren der Demokratie. Unter anderen kann ihnen eine Informationsfunktion, eine Meinungsbildungsfunktion und eine Kontrollfunktion attestiert werden. In einer Krise gewinnen diese Funktionen nochmals an Bedeutung. Entsprechend überrascht es nicht, dass die Medien auch in der Corona-Pandemie eine zentrale Rolle gespielt haben. In diesem Kapitel soll ein kurzer Überblick über die Medienberichterstattung zur Corona-Pandemie in Liechtenstein gegeben werden. Da eine detaillierte Analyse der Medienberichterstattung im Rahmen dieser Studie nicht möglich ist, werden abschliessend die wichtigsten derzeit vorliegenden Erkenntnisse über die Berichterstattung der Schweizer Medien zur Corona-Pandemie wiedergegeben.

5.1 Berichterstattung der Medien über die Pandemie

Die Corona-Pandemie war selbstredend ein prägendes Thema in der Liechtensteiner Presselandschaft. Die Nachfrage nach und das Interesse an Information waren gross. Dies zeigen etwa die Nutzerzahlen der Website des Liechtensteiner Vaterlands für den Zeitraum von Januar 2020 bis März 2022. Natürlich können Veränderungen in den Nutzerzahlen nicht ohne Weiteres alleine auf einen monokausalen Einfluss der Pandemie zurückgeführt werden. Gleichzeitig ist es aber äussert unwahrscheinlich, dass ein Jahrhundertereignis wie eine Pandemie keinen Effekt gezeigt haben sollte.

[128] Landtags-Protokolle 2021, S. 176: Für die Überweisung der Petition an die Regierung stimmten nur die beiden DpL-Mitglieder und zwei VU-Mitglieder.

Abbildung 19: Anzahl Aufrufe der Website des Liechtensteiner Vaterlands pro Monat, Januar 2020 bis März 2022 (indexiert)



Quelle: Datenlieferung des Liechtensteiner Vaterlands.

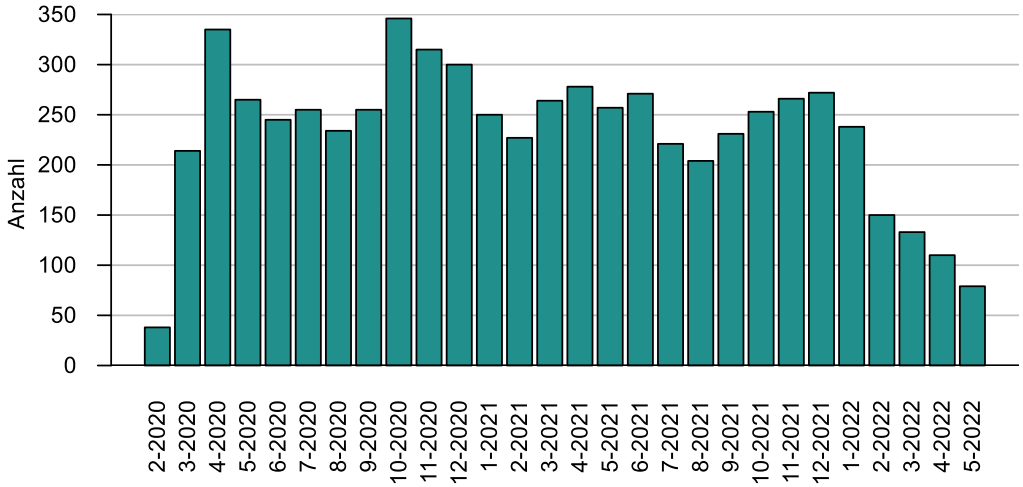
Auffällig ist insbesondere der starke Anstieg der Nutzerzahlen im März 2020 (Abbildung 19). Im Vergleich zu vor der Pandemie im Januar 2020 stiegen die Klicks auf das 2.8-Fache an. Einen weiteren Höhepunkt gab es sodann gegen Ende des Jahres. Selbst im März 2022 lagen die Zahlen noch immer höher als vor der Pandemie. Insgesamt ist also davon auszugehen, dass das Onlineangebot im Kontext der Pandemie stärker genutzt wurde.

Die Nutzungshäufigkeit einer Homepage hängt nicht zuletzt von ihrem Angebot ab. Im Folgenden wird die mediale Berichterstattung zur Pandemie exemplarisch anhand des Liechtensteiner Volksblatts aufgezeigt, ohne dass im Detail auf die Vielzahl der publizierten Inhalte eingegangen werden kann. Basis der kurzen Präsentation bildet eine Recherche im Online-Archiv des Liechtensteiner Volksblatts mit den Stichworten «Corona» und «Covid» (Stand 30.06.2022).[129]

Im Total fanden sich im Liechtensteiner Volksblatt zwischen Februar 2020 und Mai 2022 mit den beiden genannten Stichworten rund 6500 einzelne Medieneinträge. Über die Zeit betrachtet, ergibt sich ein ähnliches Muster wie in Abbildung 19. Zu Beginn der Pandemie stieg die Medienberichterstattung sprunghaft von unter 50 im Februar 2020 auf über 300 Einträge im April 2020 an (Abbildung 20). Bis zum Ende des Jahres 2021 blieb die Intensität mit monatlich jeweils über 200 Inhalten hoch. Erst im Jahr 2022 sank die Anzahl der Medieneinträge wieder kontinuierlich.

[129] Die Ergebnisse der automatisierten Suche wurden nicht gewichtet. Das heisst, es werden alle Artikel ausgewiesen, in welchen einer der beiden Suchbegriffe aufscheint. Insofern wurden auch Artikel aufgenommen, welche den Begriff Corona zwar aufgreift, der Artikel selbst aber nur indirekt einen Bezug zur Pandemie hat.

Abbildung 20: Anzahl Medieneinträge mit den Stichworten «Corona» oder «Covid» im Liechtensteiner Volksblatt pro Monat, Februar 2020 bis Mai 2022



Quelle: Eigene Erhebung im Online-Archiv des Liechtensteiner Volksblatts.

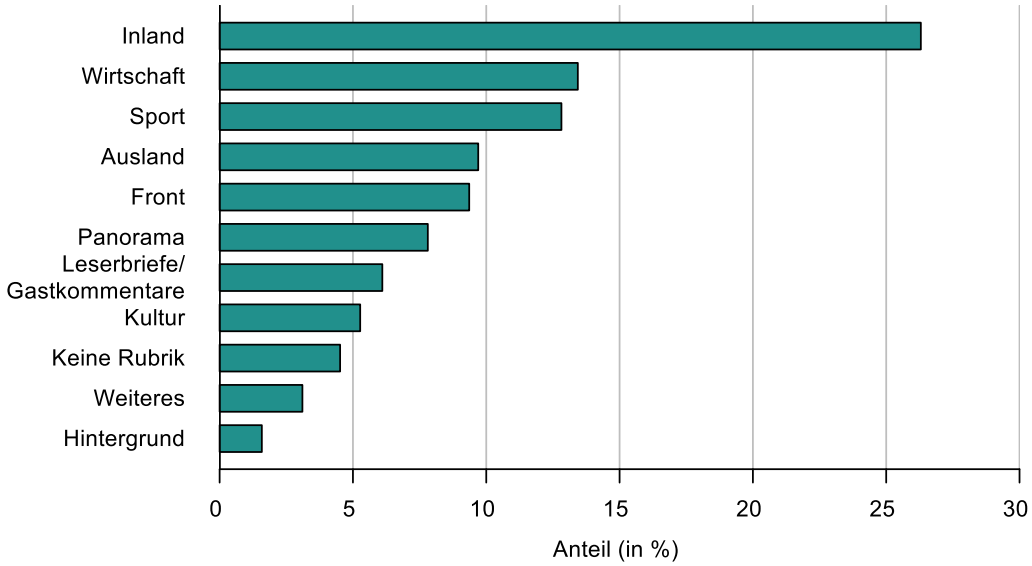
Das Muster in Abbildung 20 hat eher wenig Ähnlichkeit mit dem Pandemieverlauf, gemessen an der Anzahl laborbestätigter Fälle.[130] Sie zeigt aber eindrücklich, wie präsent die Pandemie in den liechtensteinischen Medien war. Indes sagt die Abbildung alleine nichts über die Inhalte der jeweiligen Medieneinträge aus, die selbstverständlich nicht nur tagesaktuelle Berichte über den momentanen Pandemieverlauf behandeln. Eine grobe Übersicht über die behandelten Themengebiete bietet Abbildung 201, in der die Rubriken[131] abgebildet sind, in denen die jeweiligen Inhalte erschienen.

Mit Abstand am meisten Medieneinträge mit den Stichworten «Corona» oder «Covid» gab es wenig überraschend in der Rubrik Inland (Abbildung 21). Mehr als jeder vierte Medieneintrag ist hier zu finden. Mit jeweils über zehn Prozent folgen die Rubriken Wirtschaft und Sport, während die Rubrik Ausland auf einen Anteil von etwas unter zehn Prozent kommt. Von allen Einträgen rund um Corona fanden sich zwischen Februar 2020 und Mai 2022 schliesslich fast zehn Prozent auf der Frontseite der Zeitungen. Zusammen machen diese fünf Rubriken über 70 Prozent der identifizierten Medieneinträge aus.

130 Siehe Rochat 2023.

131 Hierzu waren einige Rekodierungen nötig. So sind beispielsweise die Rubriken «Termine/Notrufe» und «Vereinsnachrichten» zur Kategorie «Weiteres» gezählt worden, während «Gastkommentare», «Meinungen» und «Leserbriefe» in einer Kategorie zusammengefasst wurden.

Abbildung 21: Anzahl Medieneinträge mit den Stichworten «Corona» oder «Covid» nach Rubriken im Liechtensteiner Volksblatt, Februar 2020 bis Mai 2022

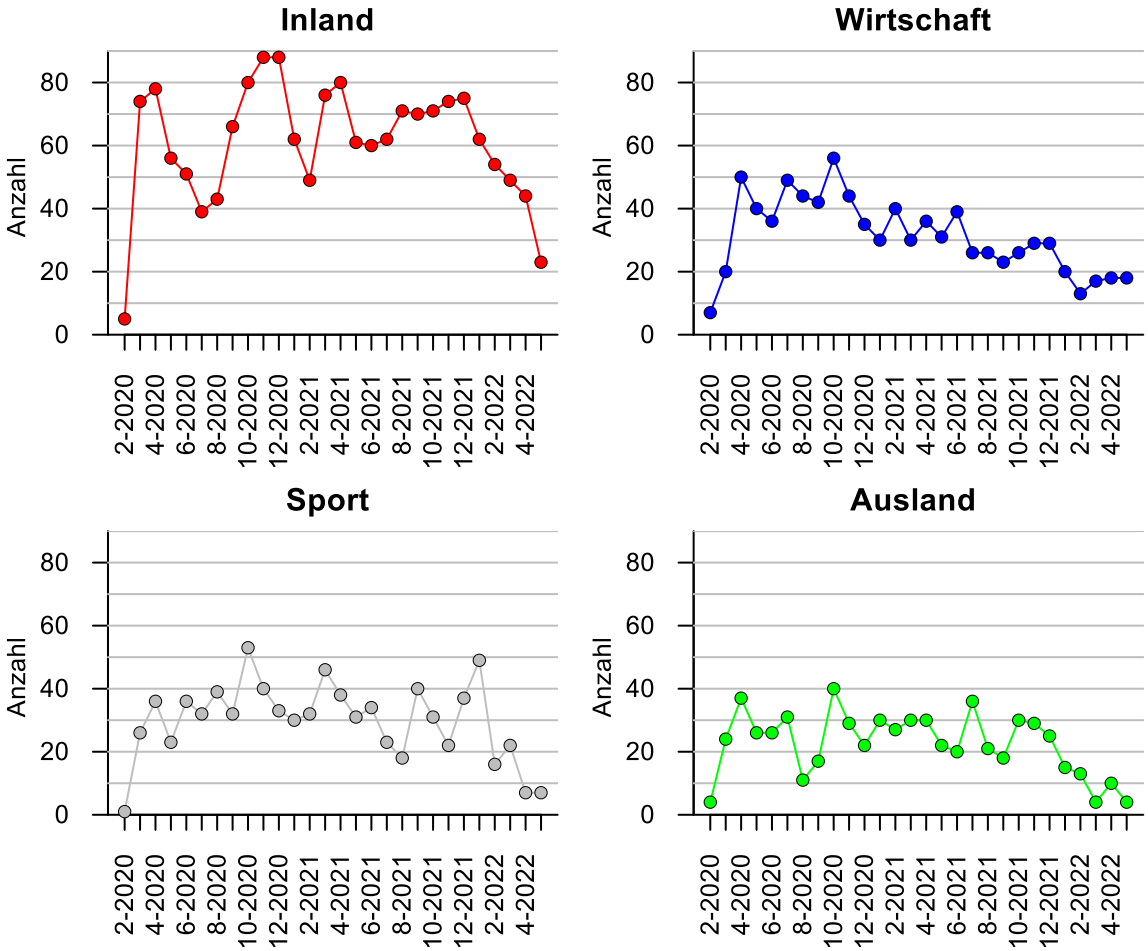


Quelle: Eigene Erhebung im Online-Archiv des Liechtensteiner Volksblatts, eigene Rekodierungen.

Über die Zeit betrachtet zeigt sich, dass es stets am meisten Einträge in der Rubrik Inland gab. Nur im Juli und August 2020 können etwas mehr Einträge in der Rubrik Wirtschaft als in der Rubrik Inland identifiziert werden (Abbildung 22). Die Anzahl Inlands-Einträge mit den Stichworten «Corona» oder «Covid» nahmen zwischen Februar und März 2020 sprunghaft zu. Das Maximum an monatlichen Einträgen wurde im November und Dezember desselben Jahres erreicht, also zu einer Zeit, in der es in Liechtenstein vergleichsweise viele Fälle, Hospitalisationen und Todesfälle gab[132] und deshalb in kurzer zeitlicher Abfolge weitreichende Einschränkungen erlassen wurden. Im Laufe des Jahres 2021 blieben die Zahlen hoch. Erst im neuen Jahr 2022 nahm die Anzahl Einträge in dieser Rubrik dann kontinuierlich ab.
Auch die Anzahl Einträge in der Rubrik Wirtschaft blieb im Laufe des Jahres 2021 vergleichsweise hoch, was für die Salienz des Themas spricht (Abbildung 22). Am meisten Einträge gab es indes im Oktober 2020. Für das Jahr 2022 kann schliesslich kein so starker Abfall wie bei der Rubrik Inland beobachtet werden.

[132] Siehe Rochat 2023.

Abbildung 22: Anzahl Medieneinträge mit den Stichworten «Corona» oder «Covid» in ausgewählten Rubriken im Liechtensteiner Volksblatt pro Monat, Februar 2020 bis Mai 2022



Quelle: Eigene Erhebung im Online-Archiv des Liechtensteiner Volksblatts, eigene Rekodierungen.

Stark von den Massnahmen im Zuge der Corona-Pandemie betroffen war der Sport. Dementsprechend erstaunt es auch nicht, dass es in dieser Rubrik relativ viele Einträge über die Zeit gab (Abbildung 22). In den letzten beobachteten Monaten des Jahres 2022 war Corona jedoch nur noch eher selten Thema. In der Rubrik Ausland können mit Ausnahme des Jahres 2022 und dem eher ruhigen Sommer 2020 zumeist zwischen 20 und 40 Medieneinträge pro Monat eruiert werden. Die Anzahl Einträge in dieser Rubrik ist fast durchgehend tiefer als in den anderen drei hier dargestellten Rubriken.

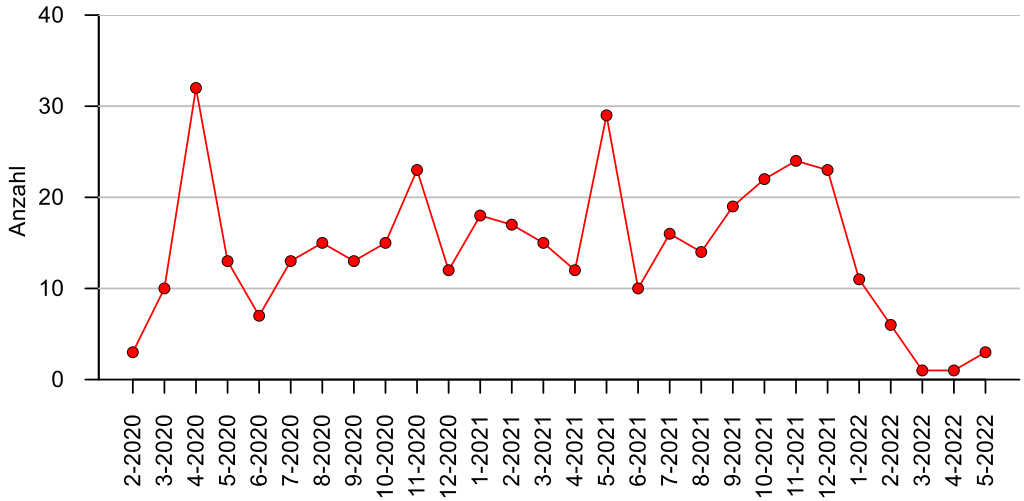
5.2 Leserbriefe im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie

In diesem Unterkapitel wird ein besonderes Gefäss der Medien in den Fokus gerückt: die Leserbriefe. Diese spielen für die Meinungsbildung in Liechtenstein eine nicht zu unterschätzende Rolle. Insbesondere gegenüber der Regierung kritisch eingestellte Personen und Personen ohne fixe Parteibindung nennen Leserbriefe im Nachgang von Wahlen und Abstimmungen wiederholt als besonders wichtige Informationsquelle für ihre Meinungsbildung. Leserbriefen kann auch eine gewisse Ventil-Funktion attestiert werden, wonach vor allem unzufriedene Personen Leserbriefe schreiben. Die Leserbriefe geben somit keineswegs ein repräsentatives Stimmungsbild für die liechtensteinische Bevölkerung ab. Sie zeigen aber zu einem gewissen Grad, welche Themen wann Konjunktur haben.[133]

[133] Zu erwähnen ist, dass in beiden Liechtensteiner Tageszeitungen bei der Redaktion eingegangenen Leserbriefe grundsätzlich abgedruckt werden, sofern der Absender klar spezifiziert ist und keine Beleidigungen einer Privatperson oder Diskriminierung einer

Nachstehend wird die Anzahl Leserbriefe im Liechtensteiner Volksblatt dargestellt, in welchen die Stichworte «Corona» oder «Covid» vorkamen. Zwischen Februar 2020 und Mai 2022 gab es in jedem Monat mindestens drei Leserbriefe mit den entsprechenden Stichworten. Mit 31 Leserbriefen gab es am meisten Leserbriefe im April 2020, also eher in der Frühphase der Pandemie. Fortan konnten bis Anfang 2022 praktisch durchgehend mindestens zehn Leserbriefe pro Monat verzeichnet werden, mit einer erneuten Spitze im Mai 2021, als die Impfkampagne für die breite Bevölkerung angekurbelt wurde. Ab Sommer 2021 bis zum Ende des Jahres gab es eine erneute kontinuierliche Zunahme ihrer Anzahl, die dann im neuen Jahr stark abfiel. Ab März 2022 – als praktisch sämtliche Corona-Massnahmen aufgehoben wurden – können nur noch wenige entsprechende Einträge beobachtet werden.

Abbildung 23: Anzahl Medieneinträge mit den Stichworten «Corona» oder «Covid» in der Rubrik Leserbriefe im Liechtensteiner Volksblatt pro Monat, Februar 2020 bis Mai 2022



Quelle: Eigene Erhebung im Online-Archiv des Liechtensteiner Volksblatts.

Die meisten Leserbriefschreiber und -schreiberinnen äusserten sich kritisch gegenüber einschränkenden Massnahmen. Das in den Leserbriefen vermittelte Stimmungsbild hat sich dabei über Zeit verändert. So finden sich zwischen Februar 2020 und April 2020 fast gleich viele Leserbriefe, welche weitergehende Massnahmen forderten, wie Leserbriefe, welche die Massnahmen als zu weitgehend kritisierten.[134] Auch finden sich in diesem Zeitraum noch verschiedene Leserbriefe, in welchen sich die schreibenden Personen positiv zur Corona-Politik der Regierung äussern (7 Leserbriefe mit Lob zu 16 mit Kritik).
Deutlich anders präsentiert sich das Bild im Mai 2021. Von den 28 in diesem Monat publizierten Leserbriefen wurde in keinem Leserbrief weitergehende Massnahmen gefordert. Demgegenüber wurde in 20 Leserbriefen die Massnahmen – und dabei insbesondere die Impfkampagne – als zu weitgehend kritisiert. Das Verhältnis von Leserbriefen mit einer expliziten Kritik an der Regierung zu solchen mit einem expliziten Lob für die Regierung betrug 15 zu 2. Für den Zeitraum von Oktober 2021 bis Dezember 2021 wurden 55 regierungskritische Leserbriefe im Vergleich zu zwei lobenden Leserbriefen gezählt. Von den 55 regierungskritischen Leserbriefen forderten lediglich deren vier weitergehende Massnahmen.

Gruppe erfolgt. Allerdings stehen die Medien auch in der Verantwortung, falls ein Leserbrief abgedruckt wird, der strafrechtlich belangt werden kann, weil er Unwahrheit verbreitet. Gerade während der Corona-Pandemie kam es deshalb vor, dass Leserbriefe nicht veröffentlicht wurden, weil deren Wahrheitsgehalt in nützlicher Frist nicht geprüft werden konnte (siehe hierzu: Damian Becker, «Diskussion um abgelehnte Leserbriefe, Liechtensteiner Vaterland, 23.03.2022). Nach Auskunft des Liechtensteiner Vaterlands und des Liechtensteiner Volksblatts handelt es sich hier aber um Einzelfälle.

[134] Wobei die Kritik an den Massnahmen der Regierung zu Beginn oftmals wirtschaftspolitisch motiviert war und im Tonfall deutlich gemässigter war. Nichtsdestotrotz ist zu erwähnen, dass bereits am 29. Februar 2020 – also noch bevor in Liechtenstein gross Massnahmen ergriffen wurden – beispielsweise eine Leserbrief mit dem Titel «Angst ist ein schlechter Ratgeber» veröffentlicht wurde. Dies verdeutlicht, dass gewisse Einwohnerinnen und Einwohner der Corona-Politik der Regierung unabhängig von ihrer konkreten Ausgestaltung mit Vorbehalten begegnet sind.

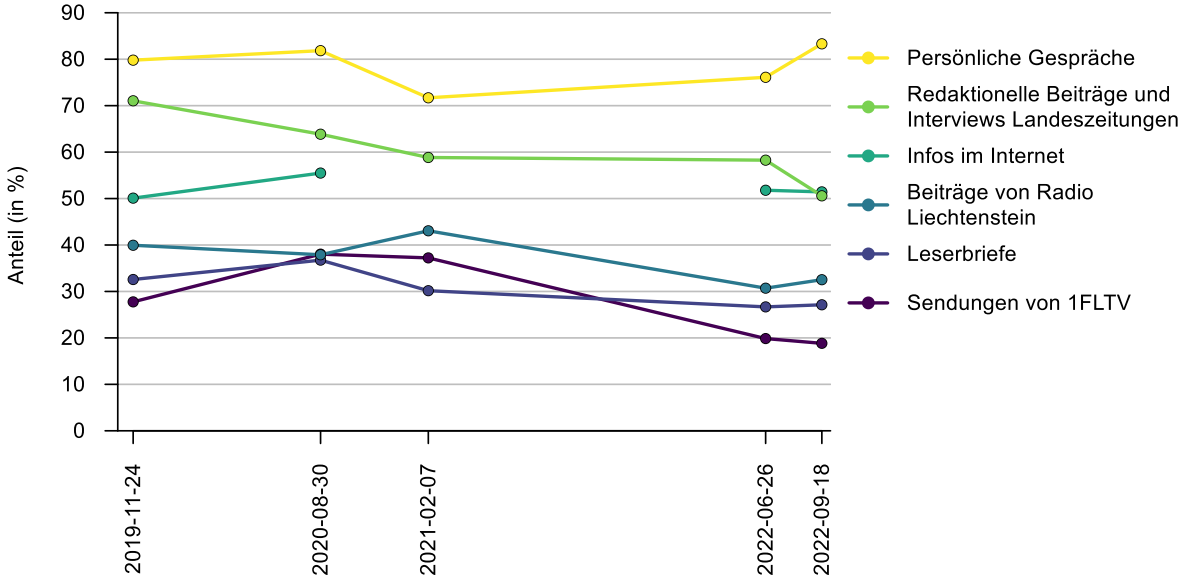
Wie bereits erwähnt, geben Leserbriefe kein repräsentatives Bild wieder. Sie zeigen aber zu einem gewissen Grad, wie salient ein Thema aktuell ist. Für die Verfasserinnen und Verfasser sind Leserbriefe dabei oft auch ein Mittel, um nicht nur die eigene Meinung kundzutun, sondern auch um andere Personen zum Nachdenken und zum Handeln zu veranlassen oder negativ formuliert aufzuwiegeln.
Abschliessend ist zu erwähnen, dass einzelne Personen sehr viele Leserbriefe verfassen. So wurden für die vorhin genauer ausgeführten Zeiträume (Februar 2020 bis April 2020; Mai 2021; Oktober 2021 bis Dezember 2021) insgesamt 136 Leserbriefe gezählt. Sie wurden von 78 Personen verfasst.

5.3 Umfragedaten zum Informationsverhalten der Bevölkerung

Wie informieren sich die Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner über die Politik in ihrem Land, und inwiefern hat sich der Medienkonsum über die Zeit gewandelt? Der Frage nach der Nutzung verschiedener Informationskanäle geht das Liechtenstein-Institut seit vielen Jahren beispielsweise im Rahmen von Abstimmungs- und Wahlumfragen nach.[135] Auch wenn sich die jeweiligen Umfragen auf einen spezifischen politischen Gegenstand (eine Abstimmungsvorlage oder eine Wahl) beziehen, so dienen die Antworten der Befragten gleichwohl als Indikator für die Wichtigkeit verschiedener Informationskanäle hinsichtlich der Gewinnung von Informationen über die Politik im Land.[136]
Die Nutzung verschiedener Informationskanäle hat sich im Vergleich zu vor der Pandemie nur geringfügig verändert (Abbildung 24). Für die Mehrzahl der Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner war auch während den Corona-Einschränkungen mit ihren Kontaktverboten das persönliche Gespräch das wichtigste Informationsmedium. In jüngster Zeit hat seine Bedeutung wieder etwas zugenommen. An zweiter und dritter Stelle folgen die redaktionellen Beiträge und Interviews in den Landeszeitungen sowie die Informationen im Internet. Über die Zeit sinkt zwar der Anteil der Befragten, die die Landeszeitungen als sehr oder eher wichtig erachten. Trotzdem bleiben sie für die Mehrheit der Befragten von grosser Bedeutung. Ebenfalls rund die Hälfte der Befragten erachtet Informationen im Internet als sehr oder eher wichtig. Über den dargestellten Zeitraum sind kaum Veränderungen diesbezüglich zu beobachten. Weniger wichtig sind den befragten Liechtensteinerinnen und Liechtensteinern Beiträge des öffentlich-rechtlichen Rundfunks Radio Liechtenstein. Sendungen des privaten Fernsehens 1FLTV werden nur von wenigen Personen als sehr oder eher wichtig eingeschätzt. Ihr Anteil oszilliert über die Zeit um den Anteil der Befragten, für die Leserbriefe von Bedeutung sind.

[135] Die Fragestellung lautet jeweils: «Sind die folgenden Informationskanäle für Ihre Entscheidungsfindung eher wichtig oder eher unwichtig gewesen?» oder «Wie wichtig sind die folgenden Informationskanäle für Ihre Entscheidungsfindung?»
[136] Die dargestellten Daten sind mit einer gewissen Vorsicht zu betrachten, da die Umfragen über die Landeszeitungen durchgeführt wurden und somit wohl vor allem aktive Mediennutzerinnen und -nutzer abgeholt wurden.

Abbildung 24: Wichtigkeit verschiedener Informationskanäle



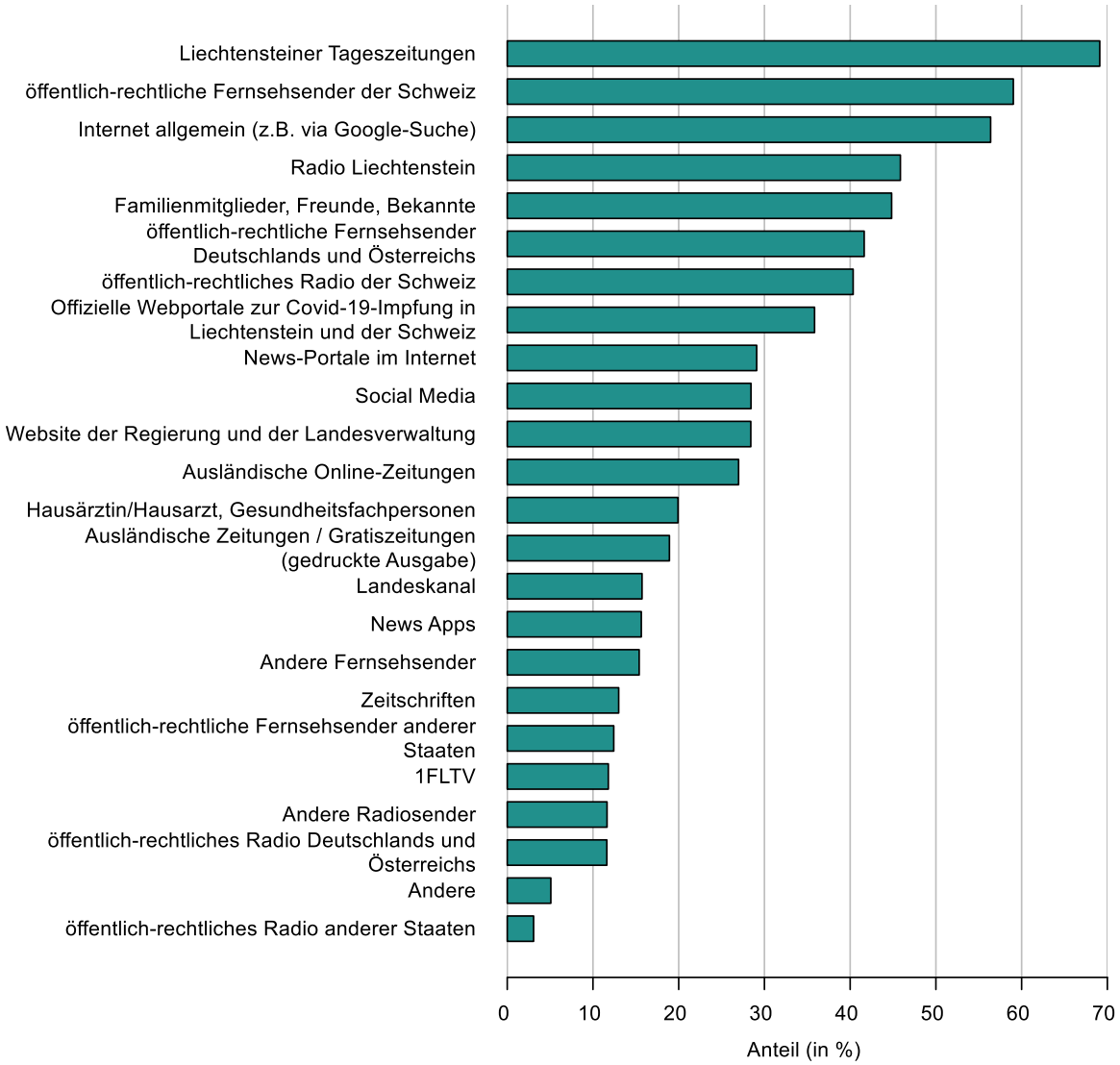
Erläuterungen: Dargestellt sind die Anteile der befragten Stimmberechtigten, welche die jeweiligen Informationsquellen als sehr oder eher wichtig bewerten. Das Item «Infos im Internet» wurde in der Umfrage zu den Landtagswahlen vom 07.02.2021 nicht abgefragt. Quellen: Abstimmungs- und Wahlumfragen des Liechtenstein-Instituts.

Nach dieser eher allgemein gehaltenen Darstellung stellt sich die Frage, welche Medien die Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner nutzten, um sich *spezifisch zum Thema Covid-19* zu informieren. Diesem Aspekt hat sich der Lie-Barometer 2020 ein erstes Mal angenommen.[137] Mit Abstand am wichtigsten war gemäss Aussagen der Befragten das ausländische öffentlich-rechtliche Fernsehen und Radio (z. B. SRF, ORF). Ebenfalls von sehr grosser Bedeutung waren die Liechtensteiner Tageszeitungen, gefolgt von persönlichen Gesprächen mit Freunden und Familie sowie die Lektüre überregionaler Zeitungen. Facebook und weitere soziale Medien (z. B. Instagram, Twitter) sowie Radio Liechtenstein wurden noch von jeweils etwa einem Drittel der Befragten genannt. Am tiefsten lag der Anteil von Nutzerinnen und Nutzern bei 1FLTV.

Über ein halbes Jahr später, im September 2021, hat die Umfrage des Liechtenstein-Instituts zur Corona-Impfung die Mediennutzung im Zusammenhang mit Covid-19 noch detaillierter abgefragt.[138] An der Reihenfolge der genutzten Medien hat sich wenig geändert (Abbildung 25). Mehr als die Hälfte der Befragten bezeichneten die Liechtensteiner Tageszeitungen, die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender der Schweiz und das Internet als ihre wichtigsten Informationsquellen. Auf Anteile von über 40 Prozent kamen ferner Radio Liechtenstein, das soziale Umfeld (Familie, Freunde, Bekannte), die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender Deutschlands und Österreichs sowie das öffentlich-rechtliche Radio der Schweiz. Als Medium mit eher geringerer Bedeutung erscheint wiederum 1FLTV.

[137] Die Fragestellung lautete: «Aus welchen Quellen beziehen Sie Informationen zur Corona-Pandemie?»
[138] Milic et al. 2021. Die Fragestellung lautete: «Über welche Kanäle informieren Sie sich regelmässig über das Thema COVID-19?»

Abbildung 25: Informationskanäle über Covid-19



Quelle: Milic et al. 2021, n=4801. Die Umfrage fand Ende August/Anfang September 2021 statt.

Die detailliertere Analyse der Antworten offenbart zuweilen grosse Unterschiede zwischen geimpften und ungeimpften Personen.[139] So konsultierten Ungeimpfte beispielsweise die Liechtensteiner Tageszeitungen, öffentlich-rechtliche Fernsehsender und offizielle Websites von Behörden seltener als Geimpfte, beschafften sich ihre Informationen zu Covid-19 hingegen häufiger im Internet oder auf Social-Media-Netzwerken.
Diesem letzten Aspekt, der Nutzung sozialer Medien, wurde in der erwähnten Umfrage noch detaillierter nachgegangen. Dabei zeigte sich, dass WhatsApp, gefolgt von Facebook, YouTube und Instagram insgesamt am häufigsten genutzt werden.[140] Das Netzwerk Telegram wird insgesamt zwar nur von etwa 13 Prozent der Befragten genutzt, es zeigen sich aber deutliche Unterschiede zwischen Geimpften und Ungeimpften. Tatsächlich nutzen Ungeimpfte dieses Medium viel häufiger als Geimpfte.
In der Gesamtbilanz vertrat zum Zeitpunkt der Umfrage im September 2021 rund ein Drittel der Befragten die Ansicht, dass die Liechtensteiner Medien umfassend zur Corona-Pandemie informieren (33 Prozent), während fast gleich grosse Anteile fanden, dass sie zur Panik beitragen (34 Prozent) und mir ihrer Dauerberichterstattung übertreiben (32 Prozent). Fast jede vierte Person fand, dass die Liechtensteiner Medien

[139] Milic et al. 2021, S. 35 ff.
[140] Milic et al. 2021, S. 39.

sachlich einordnen. Alle diese Bewertungen unterschieden sich wiederum stark zwischen geimpften und ungeimpften Befragten.[141] Auch dies kann als Hinweis auf eine gesellschaftliche Polarisierung im Zuge der Corona-Pandemie gelesen werden, in welcher die Medien als Akteur gesehen werden.
Die Corona-Pandemie führte in Liechtenstein dazu, dass temporär die Online-Angebote der beiden Landeszeitungen deutlich häufiger besucht wurden. Insgesamt geniessen die Medien aber eher weniger Vertrauen in der Bevölkerung als vor der Pandemie. Zugleich haben soziale Medien und Netzwerke wie z. B. Telegram wohl stark an Bedeutung gewonnen. Damit steigt das Risiko von Filterblasen und Echokammern sowie generell der Desinformation. In der Corona-Pandemie wurde dabei besonders deutlich, wie stark Wissen aber eben auch Nicht-Wissen in Form von Falschmeldungen und Verschwörungstheorien über staatliche Grenzen hinweg diffundieren, womit nationale Medien den nationalen Kommunikationsraum nur bedingt bestimmen können.

5.4 Allgemeine Beobachtungen zur Rolle der Medien in der Corona-Pandemie

Schweizer Medien waren aufgrund der Nähe zu Liechtenstein und der Ähnlichkeit der Massnahmen für Liechtenstein wichtig. Vor diesem Hintergrund soll für eine Einordnung der Rolle der Medien in der Corona-Pandemie ein kurzer Blick in die Schweiz geworfen werden. Das Forschungszentrum Öffentlichkeit und Gesellschaft (FÖG) der Universität Zürich hat acht oftmals vorgebrachte Kritikpunkte an der Berichterstattung der Schweizer Medien in Bezug auf die Corona-Pandemie überprüft. Erstens, den Vorwurf, dass die Berichterstattung zu alarmistisch gewesen sei und durch eine beängstigende Sprache unnötig Panik geschürt hätte. Zweitens, der Journalismus habe unkritischen «Hofjournalismus» betrieben. Drittens, der Umgang der Medien mit Zahlen und Statistiken sei mangelhaft gewesen. Viertens hätten es die Medien verschlafen, rechtzeitig vor der Pandemie zu warnen. Fünftens seien die Medien nur ein Sprachrohr für Ereignismeldungen gewesen, anstatt selbst Recherche für ihre Artikel zu betreiben. Sechstens hätten sich die Medien zu sehr auf einige wenige Expertinnen und Experten versteift. Siebtens sei die Berichterstattung zu uniform gewesen. Und achtens hätten sich die Medien dadurch, dass sie sich auf Einzelfälle versteift hätten, gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge aus den Augen verloren.
Das FÖG kommt zum Schluss, dass die Schweizer Medien keinen Alarmismus betrieben hätten.[142] Auch der Vorwurf des «Hofjournalismus» konnte das FÖG nicht nachweisen. Die Autorenschaft weist jedoch darauf hin, dass es vor dem Lockdown eine Phase gab, in der die Berichterstattung zu unkritisch war. Auch zeigten die Befunde, dass die Berichterstattung französischsprachigen Medien etatistischer war als die ihrer deutschsprachigen Kollegen. Der Kritik des ungenügenden Umgangs der Medien mit Zahlen und Statistiken, stimmen Eisenegger et al. zu. Es wird darauf hingewiesen, dass sich die Medien in der zweiten Welle im Vergleich zur ersten Welle zwar steigern konnten und nun die Zahlen beziehungsweise die Statistiken in 21 Prozent der Fälle kontextualisierten. Dies war fast doppelt so oft wie in der ersten Welle (12,4%), aber dennoch ein relativ niedriger Wert. Diese ungenügende Leistung bei der Einordung der Zahlen fällt gleich doppelt ins Gewicht, da Zahlen und Statistiken eine grosse Rolle bei der Covid-Berichterstattung spielten/spielen. Auf den Vorwurf, dass nicht genug (früh) gewarnt wurde, wird in den Artikeln des FÖG zwar hingewiesen, aber nicht näher eingegangen. Zum Vorwurf, die Medien hätten es versäumt, selbst zu recherchieren, befand das FÖG, dass die Einordnungsleistung der Medien ohnehin seit Jahren abnimmt und vermehrt durch Meinungsjournalismus ersetzt wird. Dies ist vor allem der finanziellen Situation der meisten Publikationen geschuldet und nicht erst seit Corona ein Problem. Hierfür spricht etwa, dass 83 Prozent bzw. 74 Prozent der Artikel in der ersten und zweiten Welle auf Aussagen von Expertinnen und Experten statt auf eigener Recherche beruhten.

[141] Milic et al. 2021, S. 40.
[142] Eisenegger et al. 2021.

Kritisiert wird auch die Auswahl der Expertenstimmen. Einige wenige Fachpersonen, vornehmlich aus dem Medizinbereich, dominierten die Berichterstattung, andere Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen kamen hingegen kaum zu Wort. Zudem wurde zu einheitlich berichtet, was aber primär mit der Konzentration in der Medienbranche zu tun habe. Hingegen blieb die Schweizer Medienberichterstattung nicht bei der Schilderung von Einzelfällen stehen, sondern bezog auch die Makroebene mit ein. Die FÖG-Studie und ihre Befunde sind überdies nicht unumstritten. Für den von den Massnahmenkritikerinnen und -kritikern hervorgebrachten Vorwurf einer «freiwilligen Gleichschaltung» der Medien[143] oder dass die Medien, die Antworten kannten, «bevor sie die Fragen gestellt haben»,[144] gibt es aber in der Schweiz nach dem aktuellen Stand der Forschung nur wenig Belege. Die jüngste Aufdeckung der Corona-Leaks, wonach der Informationschef von Bundesrat Alain Berset während der Corona-Pandemie ein Medienunternehmen systematisch mit Interna versorgte – wohl im Gegenzug für eine wohlwollende Berichterstattung – verdeutlicht jedoch, dass auch in der Schweiz die Rolle der Medien in der Corona-Pandemie noch nicht abschliessend analysiert ist.[145]

Und was lässt sich mit Blick auf Liechtenstein sagen? Die Medienberichterstattung über die Corona-Pandemie in Liechtenstein wurde bisher nicht systematisch untersucht. Die Recherchen im Rahmen dieser Studie zeigen gerade in der ersten Phase der Pandemie eine starke Eigeninitiative der Medien, wonach die liechtensteinischen Medien relativ früh sehr ausführlich über die Corona-Pandemie berichtet haben und dabei auch versucht haben dialogische Elemente einzubauen, indem sie Fragen der Leserinnen und Leser beantworteten.[146] Der Vorwurf des Hofjournalismus ist in Liechtenstein aufgrund der traditionellen Verflechtung der beiden Landeszeitungen mit den beiden grossen politischen Parteien nicht unbekannt. Tatsächlich erhielt die Regierung grosse Präsenz in der Berichterstattung. Neben der Berichterstattung über die konkreten Massnahmen und der Entwicklung des Pandemiegeschehens sind in diesem Zusammenhang insbesondere die vielen Interviews mit Regierungsmitgliedern hervorzuheben. Die Regierung wurde in solchen Interviews durchaus mit Kritik konfrontiert – meist jedoch nur so, dass sie eine Bühne erhielt, um sich gegen diese Kritik zu rechtfertigen bzw. die vorgetragenen Kritikpunkte zu relativieren oder zu entkräften.[147] In den Medien wurde allerdings auch Kritik von anderen Akteuren wie z. B. Interessenvereinigungen aufgegriffen.[148]

Insbesondere zu Beginn der Corona-Pandemie stand eine grosse Mehrheit Bevölkerung hinter den von der Regierung erlassenen Massnahmen. Entsprechend überrascht es nicht, dass auch die Medien entsprechend berichteten. Von einer Gleichschaltung der Medien oder einer gezielten Instrumentalisierung der Medien durch die Regierung kann in Liechtenstein deshalb nicht die Rede sein. Vielmehr ist der Versuch der Medien trotz ihrer beschränkten Ressourcen, möglichst ausführlich über die Corona-Pandemie zu berichten und somit ihrer gesamtgesellschaftlichen Informationsfunktion gerecht zu werden, grundsätzlich positiv hervorzuheben. Zugleich zeigten die im Rahmen dieser Studie geführten Gespräche mit Vertreterinnen und Vertreter der Medien, dass im Zeitverlauf die Omnipräsenz der Thematik Corona-Pandemie von den Vertreterinnen und Vertreter der Medien auch kritisch gesehen wurde und die Berichterstattung über konkrete Ereignisse hinaus deshalb nicht mehr besonders gepusht wurde. Im Zeitverlauf sind die Medien auch kritischer gegenüber der Politik der Regierung geworden.[149] Sie waren auch stets um eine hohe Transparenz bemüht. So berichtete z. B. das Liechtensteiner Vaterland am 4. August 2021 darüber, dass die für 300'000 Franken angeschafften Beatmungsgeräte noch unbenutzt sind.

---

143 Interview von Desirée Vogt mit Ulrich Hoch, Liechtensteiner Vaterland, 29. Oktober 2020, S. 7.
144 Vontobel 2020.
145 *David Biner*, Komplott im Bundeshaus oder ein Kapitel in der Geschichte der Bananenrepublik Schweiz – worum es bei den Corona-Leaks geht, NZZ, 4.2.2023.
146 Siehe hierzu Frommelt und Schiess Rütimann 2023, S. 26.
147 Siehe als Beispiel Interview mit Manuel Frick im Liechtensteiner Vaterland vom 19. November 2021, *Valeska Blank*, «Wir sind bereits bei Plan B». Deutlich kritischer Jahresinterview mit Daniel Risch vom 29.12.2021.
148 *Gross, Noah*, Unsicherheit hinsichtlich Testkapazitäten, Liechtensteiner Vaterland, 03.08.2021; *Quaderer, Elias*, «Die Schliessung des Impfzentrums ist ein Fehler», Liechtensteiner Vaterland, 04.08.2021.
149 Siehe als Beispiele Jahresinterview mit Daniel Risch vom 29.12.2021, David Sele «Manchmal werden Dinge, die man nicht will, eben doch notwendig» oder Interview mit Manuel Frick vom 28.01.2022, David Sele «Wir arbeiten an der Exitstrategie» jeweils im Liechtensteiner Volksblatt.

Dass der Journalismus in Liechtenstein nicht besonders regierungskritisch ist, ist nichts Neues und hängt nicht mit der Corona-Pandemie zusammen. Vielmehr ist er ein Resultat der Entstehungsgeschichte der Medien in Liechtenstein, der Kleinräumigkeit, der für Liechtenstein typischen politischen Kultur des Konsenses sowie der eher geringen Ressourcen der liechtensteinischen Medien. Basierend auf den aktuell vorliegenden Analysen kann unter Berücksichtigung der zum Zeitpunkt der Berichterstattung vorherrschenden öffentlichen Meinung nicht von einer besonders unkritischen Berichterstattung im Zusammenhang mit der Corona-Politik der Regierung gesprochen werden.[150]
Zugleich steht ausser Frage, dass die Gegnerinnen und Gegner von Massnahmen durch die Leserbriefe stets ein Ventil besassen und eine hohe öffentliche Sichtbarkeit. Auch erfolgten vereinzelt Interviews mit Massnahmengegnern. Im Vergleich zur grossmehrheitlichen öffentlichen Unterstützung für die Regierung waren Gegnerinnen und Gegner von Massnahmen in der medialen Öffentlichkeit Liechtensteins deshalb wohl sogar überproportional stark vertreten.

6 GEWALTENTEILUNG IN DER CORONA-PANDEMIE

Die Gewaltenteilung ist ein in allen Demokratien hochgehaltenes Prinzip. Es soll staatliche Macht durch abgegrenzte Zuständigkeiten der einzelnen Gewalten und durch die gegenseitige Kontrolle der einzelnen Gewalten begrenzen. In der Regel werden zwei Formen der Gewaltenteilung unterschieden: Die horizontale Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Legislative und Judikative sowie die vertikale Gewaltenteilung zwischen staatlichen Ebenen – typischerweise dem Zentralstaat oder der Bundesebene und einer untergeordneten Ebene (z. B. Kantone oder Bundesländer). Im Folgenden wird die Gewaltenteilung in Liechtenstein aus politikwissenschaftlicher Sicht betrachtet.

6.1 Verhältnis Land und Gemeinden

Die vertikale Gewaltenteilung führte während der Corona-Pandemie in einigen föderalistischen Staaten zu grösseren Funktionsproblemen. So z. B. in der Schweiz, wo die Zuständigkeiten in der Corona-Politik zwischen Bund und Kantonen häufig unklar waren. Dies hat nicht nur in der Öffentlichkeit für Verwirrung und Unstimmigkeit gesorgt, sondern hat auch die Handlungs- und Entscheidungseffizienz des Schweizer Krisenmanagements geschwächt. Zudem stellten sich verfassungsrechtliche Fragen, weil der Bundesrat gestützt auf notrechtliche Bestimmungen kantonale Kompetenzen an sich zog.
In Liechtenstein hingegen hat die vertikale Gewaltenteilung zwischen Land und Gemeinden kaum zu Problemen geführt. Die Gemeinden waren in den Pandemiestab eingebunden und leisteten gerade in der Anfangsphase wertvolle Arbeit. Zu erwähnen sind ihre Eventualplanungen und die Sicherstellung des Funktionierens der den Gemeinden unterstehenden kritischen Infrastruktur wie z. B. der Wasserversorgung oder der Kehricht- und Abwasserentsorgung. Die Gemeinden haben diesbezüglich bereits im Februar 2020 mit ersten Vorkehrungen begonnen und unter anderem Weisungen zur Sorgfaltspflicht und zu Verhaltensmassnahmen an die Gemeindeangestellten erstellt. Auch bemühten sich die Gemeinden sehr um eine Kontaktaufnahme mit Angehörigen der Risikogruppen sowie Erkrankten. Sie kümmerten sich um die Schaffung von Servicemöglichkeiten für den Bedarfsfall oder die Bereitstellung von Serviceleistungen wie Essendienste. Ebenso lieferten sie einen Solidaritätsbeitrag an das Massnahmenpaket des Landes und stellen darüber hinaus weitere wirtschaftliche Hilfen zur Verfügung.[151]

[150] Daraus folgert nicht, dass rückblickend der vom Gros der europäischen Staaten praktizierten Umgang durch die Medien kritischer beleuchtet werden hätte können. Hier äusserten sich in den vergangenen Monaten verschiedene Journalisten und Journalistinnen kritisch über einzelne Aspekte ihrer Arbeit. Siehe z. B. Interview mit SRG-Wissenschaftsjournalistin Katrin Zöfel, News Plus, 16.03.2023, www.srf.ch/audio/news-plus/3-jahre-seit-corona-shutdown-manches-war-im-nachhinein-falsch?id=12352813.
[151] Die wirtschaftlichen Unterstützungsmassnahmen sind nicht Gegenstand dieser Untersuchung. Siehe hierzu: Brunhart & Geiger 2020.

Institutionell waren die Gemeinden im Pandemiestab vertreten. Kurz nach Ausbruch der Pandemie wurde darüber hinaus eine ausserordentliche Vorsteherkonferenz durchgeführt, um die Gemeinden über das Krisenmanagement zu informieren und ihren Beitrag zu diesem zu klären. Via die zivilen Führungsorgane der Gemeinden (FOGs) Unterland und Oberland spielen die Gemeinden traditionell eine wichtige Rolle im Sicherheitsverbund Liechtenstein. Im Falle der Corona-Pandemie konnten die FOGs ihre Expertise unter anderen durch die Organisation von Helferdiensten einbringen.[152] Eine im Nachgang zur ersten Pandemiewelle im Sommer 2020 durchgeführte Evaluation zeigt zwar, dass sich die FOGs nicht immer gut informiert gefühlt haben, dass die «Befehlskette» Land – Gemeinden nicht immer gut funktioniert hat und die Zusammenarbeit zwischen der FOG Unterland und der FOG Oberland verbessert werden könnte.[153] Die Zusammenarbeit Land – Gemeinden sowie der Gemeinden untereinander wurde jedoch nie öffentlich politisiert. So hält der Gemeinderat der Gemeinde Schaan in seiner Sondersitzung vom 23. März 2020 fest, dass es «fatal» wäre, «wenn jede Gemeinde selbst irgend etwas macht, und jede etwas anderes. Dies schafft kein Vertrauen, die Regierung hat in solchen Lagen die Führung.»[154] Auch in den im Rahmen dieser Studie durchgeführten Interviews wurde das Zusammenwirken von Gemeinden und Land insgesamt stets positiv bewertet.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass im Unterschied zu unseren beiden Nachbarstaaten Schweiz und Österreich die vertikale Gewaltenteilung in Liechtenstein keine Herausforderung für das Krisenmanagement darstellte. Auch hat die Corona-Pandemie nicht zu einer nachhaltigen Kompetenzverschiebung zwischen Land und Gemeinden geführt.

6.2 Verhältnis Landtag und Regierung

Deutlich grösser waren die Herausforderungen mit Blick auf die horizontale Gewaltenteilung insbesondere bezogen auf das Verhältnis von Landtag und Regierung.[155] Auf die Auswirkungen der Krise auf dieses Verhältnis soll nachfolgend näher eingegangen werden,[156] dies primär aus der Perspektive des Landtags.

6.2.1 Herausforderungen für den Parlamentarismus

Nicht erst seit der Corona-Krise wird von einem *Machtverlust der Parlamente* oder einer eigentlichen «Entparlamentarisierung» westlicher Demokratien gesprochen. Diese oft vertretene These wird in der Regel mit generellen Entwicklungen in der jüngeren Vergangenheit begründet. In der Corona-Krisenzeit sei diese Entwicklung noch beschleunigt worden bzw. nochmals deutlicher zutage getreten: Zu den Kennzeichen dieser Entwicklungen gehört etwa die Verflechtung aller Politikbereiche untereinander und die zunehmende Verwissenschaftlichung politischer Entscheide, sprich eine Technokratisierung. Beides – Verflechtung und Verwissenschaftlichung – machen die (Detail-)Information zu einer eigentlichen Machtressource. Die Exekutive verfügt dank dem ihr unterstellten Verwaltungsapparat sowie dem Zugang zu internationalen Gremien meist über einen klaren Informationsvorsprung gegenüber der Legislative. Dies führt dazu, dass Parlamente immer seltener Änderungen an von der Exekutive initiierten und vorbereiteten Erlasse vornehmen und somit die ihnen zugedachte Gesetzgebungsfunktion oftmals nur mehr durch die formelle Verabschiedung eines Gesetzes ausüben. Aber auch die Kontroll- und die Informationsfunktion kann ein Parlament nur dann wahrnehmen, wenn es über eine ausreichende Informationsgrundlage verfügt.

In Krisenzeiten kommt hinzu, dass schnelles und entschiedenes Handeln erforderlich ist. Hierfür sind Exekutiven eher geeignet. Sie setzen sich aus einer geringeren Zahl Mitglieder zusammen und sind oftmals programmatisch homogen – auf jeden Fall homogener als Parlamente. Parlamente sind behäbiger und benötigen

---

152 Siehe Frommelt & Schiess Rütimann 2023.

153 Siehe EBP-Bericht zur 1. Welle Covid-19-Pandemie (Kurzzusammenfassung in Kapitel 8 dieser Studie).

154 Protokollauszug über die Sondersitzung des Gemeinderates vom 23. März 2020, S. 7. Der Protokollauszug zeigt weiter auf, dass in der Umsetzung des Krisenmanagements kleine Unterschiede zwischen den Gemeinden möglich waren. So verzichtete die Gemeinde Schaan im Unterschied zu anderen Gemeinden z. B. explizit darauf, alle Seniorinnen und Senioren in der Gemeinde anzurufen und so auf die Risiken der Pandemie hinzuweisen. Der Gemeinderat begründete dies damit, dass er nicht unnötige Ängste schüren möchte.

155 Siehe auch Schiess Rütimann 2023, sowie generell zur Landtagsarbeit in der Corona-Pandemie Frommelt & Schiess 2021.

156 Zur wichtigen Rolle insbesondere des Staatsgerichtshofes während der Pandemie siehe die Kapitel 5.5.2 und 6.2 in Schiess Rütimann 2023.

zur Entscheidfindung mehr Zeit, wobei genau dieser Aufwand für die Beschäftigung mit und den Austausch über die Materie im Sinne von Deliberation wesentlich zur Legitimität parlamentarischer Entscheidungsprozesse beiträgt. Insofern ist zu vermuten, dass, sollte es einen «Krisengewinner» geben, dies die Exekutive und nicht die Legislative ist.

Vor diesem Hintergrund soll nachfolgend das Verhältnis zwischen Regierung und Landtag in gebotener Kürze beleuchtet werden. Konkret soll untersucht werden, inwieweit der Landtag seine ihm von der Verfassung zugedachten Funktionen auch in der Corona-Krise hat ausüben können. Dazu sollen zunächst die der Legislative gemeinhin zugedachten Funktionen kursorisch präsentiert werden:

- Parlamente haben, wie soeben erwähnt, primär eine Gesetzgebungsfunktion. Sie entscheiden über den Inhalt und die Ausgestaltung der Gesetze, sind also die «Auftrag*geberin*», während die Regierung mit der Verwaltung in diesem Sinne «Auftrag*nehmerin*» ist, also die vom Gesetzgeber beschlossenen Normen umsetzt.[157] Wurde diese Gesetzgebungsfunktion in der untersuchten Krise eingeschränkt?
- Sodann übt das Parlament eine Kontrollfunktion aus. Es beaufsichtigt die Regierung. Diese Kontrolle über die Regierung ist für die Macht(ver)teilung (*checks and balances*) innerhalb des politischen Systems von enormer Bedeutung. Wie aber kann die Regierung in einer Krisenzeit kontrolliert werden? Wie geht das Parlament und im Speziellen die Opposition (die im Parlament, aber nicht in der Regierung vertreten ist) mit der Tatsache um, dass in Notsituationen die Regierungsunterstützung fast schon automatisch zunimmt («rally around the flag»), was eine Kontrolle der Exekutive politisch erschwert?
- Eine zentrale Funktion von Parlamenten ist die Budgetfunktion. Der Landtag verfügt über zahlreiche Finanzkompetenzen. So muss die Regierung das Staatsbudget dem Landtag zur Genehmigung vorlegen. Auch die Bewilligung von Steuern und anderen Abgaben obliegt dem Landtag. Benötigt die Regierung im Laufe des Jahres für neue Aufgaben zusätzliches Geld oder werden einzelne Budgetpositionen überschritten, muss sie beim Landtag einen Nachtragskredit einholen. Bei Vorhaben mit mehrjährigen finanziellen Verpflichtungen muss die Regierung den Landtag um einen Verpflichtungskredit ersuchen.
- Eine weitere Funktion des Parlaments besteht in der Kommunikation. Gemeint ist der Umstand, dass das Parlament eine Art Forum der Nation ist, in welchem debattiert und diskutiert wird. Erst durch den Diskurs und den Austausch von Argumenten nähert man sich, so die Idealvorstellung, der inhaltlich besten politischen Lösung an. Debatten und Diskussionen benötigen indessen Zeit – Zeit, die gerade in einer Krise fehlt.
- Zuletzt ist auch die Repräsentationsfunktion zu nennen. Das Parlament ist die Volksvertretung. Es vertritt den Souverän in all seine politischen Schattierungen. Vertreten heisst aber auch, dass dieses Organ zusammentritt, was während einer Epidemie zu einer Herausforderung werden kann. Wie hat das liechtensteinische Parlament diesbezüglich abgeschnitten? Hat es – wie die Schweizer Bundesversammlung – sein Versammlungsrecht gewissermassen selbst beschnitten? Zuletzt ist zu fragen, ob die politisch relevanten Auffassungen des Souveräns zum Umgang mit dem Coronavirus im Parlament angemessen vertreten waren.

Über die hier genannten Fragen hinaus mussten alle Parlamente rechtliche und praktische Fragen zur Organisation des Parlamentsbetriebs klären.[158] Stichwörter hierzu sind: Möglichkeit zur physischen Versammlung und/oder virtueller Austausch, Digitalisierung der Parlamentsarbeit und generell der Informationsgewinnung.

6.2.2 Funktionserfüllung des Landtages in der Corona-Pandemie

Die Gesetzgebungsfunktion des Landtags blieb während der Krisenzeit weitestgehend intakt und wurde von der Regierung auch kaum umgangen. Der Gestaltungsspielraum des Landtags wird jedoch bekanntlich durch

[157] Marschall 2020, S. 11.
[158] Siehe hierzu Kapitel 4.3 in Schiess Rütimann 2023.

die Notwendigkeiten, die sich aufgrund der engen rechtlichen, aber auch tatsächlichen Verflechtung Liechtensteins mit der Schweiz ergeben, von vornherein eingeschränkt.[159] Diese Einschränkung ist aber nicht der Krisensituation an sich geschuldet, sondern vielmehr eine Randbedingung, die unabhängig von einer Krisensituation den gesetzlichen Manövrierraum hierzulande verkleinert.

Tatsächlich hat sich der Landtag bezüglich Corona-Massnahmen gegenüber der Bevölkerung sowie gegenüber Organisationen und Institutionen kaum gesetzgeberisch betätigt. Eine wesentliche Ausnahme war bekanntlich die Revision des Gesundheitsgesetzes, welche die gesetzliche Grundlage für eine 2G-Regelung schaffen sollte, jedoch in der Volksabstimmung abgelehnt wurde.[160] Der Landtag hat aber während der Pandemie ein Gesetz über Begleitmassnahmen in der Verwaltung und Justiz in Zusammenhang mit dem Coronavirus erlassen und insgesamt sechsmal angepasst bzw. verlängert. Weitere vom Landtag beschlossene Gesetzesänderungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie betrafen das Gesetz vom 20. März 2020 über die befristete Gewährung einer Ausfallgarantie zur Vergabe von liquiditätssichernden Krediten an liechtensteinische Unternehmen durch die Liechtensteinische Landesbank (Ausfallgarantiegesetz)[161], das Gesetz vom 8. April 2020 über die Abänderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes[162] oder das Gesetz vom 1. Oktober 2021 über die Abänderung des Ausländergesetzes[163].[164]

Ebenso wurden von Landtag drei Massnahmenpakete mit umfassenden und differenzierten wirtschaftlichen Unterstützungsmassnahmen sowie verschiedene Nachtragskredite beschlossen.[165] Auch hat er verschiedene Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses ratifiziert, welche Regelungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie enthielten.

Alle Beschlüsse erfolgten mit hoher Zustimmung.[166] Dies verdeutlicht, dass der Landtag in Sachen Rechtsetzung durchaus handlungsfähig war und die Gesetzgebungshoheit und Finanzkompetenz nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch behielt.

Die Kontrollfunktion wird dadurch ausgeübt, dass die Regierung dem Parlament die notwendigen Informationen zukommen lässt. Denn Kontrolle bedarf Wissen darüber, wie bzw. auf welcher Grundlage die Exekutive gehandelt hat. Überdies muss für das Parlament die Möglichkeit bestehen, seine Sichtweise kundzutun. Diese Möglichkeit bestand während der Corona-Pandemie uneingeschränkt. Mit Ausnahme der Sitzungen vom September und Oktober 2020 informierte die Regierung in jeder Landtagssitzung – entweder zu Beginn oder am Schluss – über die Corona-Situation. Die «Information über Corona-Pandemie» war ein fixes Traktandum einer jeden Sitzung (mit Ausnahme der oben erwähnten Sitzungen). Die Abgeordneten hatten auch stets die Gelegenheit, sich mit ergänzenden Fragen, Kleinen Anfragen oder mittels der aktuellen Stunde (Art. 49 GOLT) an die Regierung zu wenden. Letzteres machte sich die Freie Liste zunutze. Auf ihren Antrag hin beschäftigte sich das Parlament am 3. Juni 2020 mit der Frage «Welche Lehren zieht der Landtag aus der Corona-Krise?». Zuletzt erfolgte eine detaillierte Rechenschaftsablegung durch die Regierung in den Rechenschaftsberichten 2020 und 2021, welche im Landtag traditionell sehr intensiv diskutiert werden.

Abbildung 26 zeigt die Anzahl an Kleinen Anfragen, welche zwischen 2020 und 2022 zur Corona-Pandemie gestellt wurden. Insgesamt erfolgten 31 Kleine Anfragen mit einem expliziten Bezug zur Corona-Pandemie. Besonders viele Kleine Anfragen wurden im Herbst 2020 gestellt. Dies lässt sich wohl damit erklären, dass sich die Information zur Corona-Pandemie durch die Regierung erst ab der Sitzung von Dezember 2020 fix

---

159 Es besteht keine Verpflichtung Liechtensteins, alle Aspekte der Corona-Politik gleich zu regeln wie die Schweiz. Es besteht in verschiedenen Punkten eine gewisse Handlungsfreiheit, die grundsätzlich ausgenutzt werden kann. In der Praxis ist jedoch beispielsweise aufgrund des Angewiesenseins auf Schweizer Spitäler ein Massnahmengefälle grundsätzlich zu vermeiden.

160 Siehe dazu Kapitel 3.3. in Schiess Rütimann 2023 sowie Milic & Rochat 2022.

161 LGBl. 2020 Nr. 100.

162 LGBl. 2020 Nr. 135, siehe auch LGBl. 2020 Nr. 514.

163 LGBl. 2021 Nr. 314.

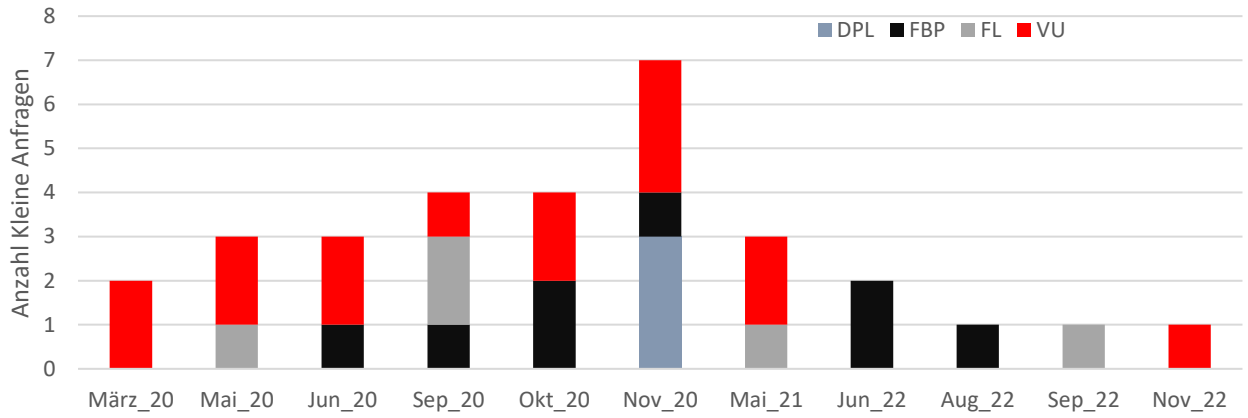
164 Diverse weitere Gesetzesanpassungen stehen in einem indirekten Zusammenhang mit der Corona-Pandemie und wurden hier deshalb nicht explizit aufgeführt.

165 Siehe insbesondere LGBl. 2020 Nr. 101; LGBl. 2020 Nr. 515; LGBl. 2021 Nr. 19; LGBl. 2021 Nr. 208; LGBl. 2022 Nr. 10; LGBl. 2022 Nr. 91.

166 Frommelt & Schiess Rütimann 2022, S. 7.

etablierte. Mit Blick auf die Verteilung der Kleinen Anfragen auf die im Landtag vertretenen Parteien zeigt sich, dass die VU-Abgeordneten fast doppelt so viele Kleinen Anfragen stellten wie die FBP-Abgeordneten, was wohl damit zusammenhängt, dass das für das Dossier Gesundheit zuständige Regierungsmitglied der FBP angehörte. Dies verdeutlicht, dass für die Landtagsarbeit typischen Mechanismen – in diesem Falle der Mechanismus der Ko-Opposition von VU und FBP innerhalb der Regierungskoalition – auch im Kontext der Corona-Pandemie spielten.

Abbildung 26: Kleine Anfragen mit einem expliziten Bezug zur Corona-Pandemie



Quelle: Eigene Erhebung basierend auf landtag.li.

Die schärfste Waffe zur Kontrolle der Exekutive ist schliesslich das Misstrauensvotum. Im Gegensatz zum Schweizerischen Bundesrat ist die liechtensteinische Regierung vom Vertrauen des Landtags (und auch des Fürsten) abhängig. Wenn dieses fehlt, können entweder die ganze Regierung oder einzelne ihrer Mitglieder abgesetzt werden (Art. 80 Abs. 1 LV). Von diesem Kontrollrecht wird in parlamentarischen Demokratien generell eher selten Gebrauch gemacht. Auch in Liechtenstein stellt die Abberufung der Regierung eine absolute Ausnahme dar.[167] Der Umstand, dass ein Misstrauensvotum im Parlament zu keiner Zeit erwogen wurde,[168] zeigt, dass der Landtag grundsätzlich Vertrauen in das durch die Regierung geleitete Krisenmanagement hatte. Ein weiterer Beleg hierfür ist, dass die beiden Regierungsparteien VU und FBP gestärkt aus den Landtagswahlen 2021 hervortraten und bei der Regierungsbildung mit der Wahl von Manuel Frick zum Minister für Gesellschaft und Kultur explizit eine Kontinuität zur vorherigen Regierung gesucht wurde, da Manuel Frick vor seiner Wahl zum Regierungsrat als Generalsekretär für den damaligen Minister für Gesellschaft Mauro Pedrazzini tätig war.

Die Kommunikations- oder Deliberationsfunktion wurde in der Krisenzeit durchaus erfüllt. Insgesamt versammelte sich der Landtag von Februar 2020 bis im Dezember 2021 zu achtzehn Sitzungen, wovon zwei Sondersitzungen der Pandemie gewidmet waren. Das ist deutlich häufiger als die Schweizer Bundesversammlung, die im selben Zeitraum bloss zehnmal zusammentrat. Nur eine Sitzung – die Arbeitssitzung von Anfang April 2020 – wurde abgesagt. Sie wurde jedoch am 8. April im Rahmen einer Sondersitzung «nachgeholt». Von einer Selbst-Entmachtung des Landtags kann also nicht die Rede sein. An dieser Stelle sei auch kurz auf die Vernetzungsfunktion verwiesen: Abgeordnete pflegen Kontakte zu Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Für grössere Parlamente brachte hier die Corona-Pandemie spürbare Einschränkungen, weil Interessenvertreterinnen und -vertreter nicht mehr über den gleichen Zugang

[167] 1993 entzog der von der FBP dominierte Landtag dem eigenen Regierungschef Markus Büchel das Vertrauen. Der Landesfürst löste sodann den Landtag auf, was zu Neuwahlen führte. 2019 wurde Aurelia Frick (FBP) im Zuge von Vorwürfen des Amtsmissbrauchs das Vertrauen entzogen. Sie blieb bis dato das einzige Liechtensteiner Regierungsmitglied, welches jemals abberufen wurde. Von dieser «ultima ratio» wird also nur selten Gebrauch gemacht.

[168] Allerdings wurde eine Volksinitiative zur Auflösung des Landtags lanciert. Das Begehren scheiterte bereits in der Sammelphase. Die erforderlichen 1'500 Unterschriften kamen nicht zustande.

zu den «vorparlamentarischen» Räumen verfügten. In Liechtenstein war dies jedoch kein Thema, der Austausch mit Interessensvertreterinnen und -vertretern nicht auf bestimmte physische Räume beschränkt ist und sich die Protagonistinnen und Protagonisten zu einem guten Teil auch schon persönlich kennen.
Tabelle 1 zeigt für die Jahre 2020, 2021 und 2022, wie intensiv der Landtag über Traktanden mit einen expliziten Corona-Bezug diskutiert hat. Auffällig ist dabei, dass sich der aus der Anzahl der Wortmeldungen der Landtagsabgeordneten und Regierungsmitglieder in der Landtagsdebatte zu einem Geschäft mit Bezug zur Corona-Pandemie berechnete Mittelwert über die drei betrachteten Jahre kaum verändert hat.

Tabelle 1: Debattenintensität im Landtag zu Geschäften mit einem expliziten Bezug zur Corona-Pandemie

	Wortmeldungen Abgeordnete		Wortmeldungen Regierung		Wortmeldungen Total	
	Mittelwert	Maximum	Mittelwert	Maximum	Mittelwert	Maximum
2020	16.2	54	7.3	25	23.5	79
2021	15.7	32	5.4	10	21.1	40
2022	18.2	30	7.6	12	25.8	42

Quelle: Eigene Erhebung basierend auf landtag.li.

Was die Repräsentationsfunktion anbelangt, ist zunächst nochmals festzuhalten, dass sich der Landtag während der Pandemie regelmässig versammelt hat. Repräsentation bedeutet jedoch, wie oben dargelegt, auch die *angemessene Vertretung aller politischer Strömungen und Haltungen*. Diese Vertretung wird hauptsächlich durch Wahlen gewährleistet. Wer die Corona-Politik der Regierung nicht gutheisst, kann als Konsequenz die Opposition bzw. eine der Oppositionsparteien wählen. Ohne auf das liechtensteinische Wahlrecht im Detail eingehen zu wollen (betreffend Sperrklausel etc.), kann zuerst festgehalten werden, dass während der Pandemie Landtagswahlen stattfanden. Die Stimmberechtigten hatten demnach die Möglichkeit, Abgeordnete oder Parteien, von denen sie sich nicht (mehr) vertreten fühlten, abzuwählen. Aufgrund der Wahlen vom 7. Februar 2021 ergaben sich allerdings keine grossen Verschiebungen in den Parteistärken. Dies kann als Indiz dafür gewertet werden, dass die meisten Wahlberechtigten ihre persönliche Haltung zur Corona-Pandemie bei den etablierten Parteien offenbar gut aufgehoben fanden. Auch zeigt die Wahlanalyse des Liechtenstein-Instituts, dass die Corona-Politik von Regierung und Landtag kein allzu bedeutsames Wahlmotiv war.[169] Im Nachgang zu den Landtagswahlen und unter dem Eindruck der durch die Impfempfehlung wesentlich geprägten gesellschaftlichen Polarisierung hat sich bekanntlich jedoch mit der MiM jüngst eine politische Partei formiert, die mit dem Anspruch gegründet wurde, die Anliegen der Gegnerinnen und Gegner der Corona-Massnahmen zu vertreten.[170] Die Vertretung der entsprechenden Haltungen ist demnach bei einer zukünftigen Landtagswahl prinzipiell möglich. Auch die Demokraten pro Liechtenstein (DpL) äusserten sich im Verlauf der Corona-Pandemie zunehmend kritisch gegenüber dem Krisenmanagement der Regierung, stellten dieses aber nie grundsätzlich infrage. Die Abstimmungsanalyse zur Volksabstimmung über die gesetzliche Grundlage für eine 2G-Regelung zeigt derweil, dass die grosse Mehrheit der Personen, welche sich mit der DpL verbunden fühlen, das 2G-Gesetz ablehnten und auch dem Krisenmanagement der Regierung eher kritisch gegenüber stehen.[171]
Mit seinen direktdemokratischen Instrumenten bietet das politische System Liechtensteins zusätzlich eine punktuelle Korrektur der Regierungspolitik durch die Stimmberechtigten. Die Vertretung ihrer politisch relevanten Sachpräferenzen wird demnach auch durch Abstimmungen gewährleistet. Am 18. September 2022 fand eine Referendumsabstimmung über das 2G-Gesetz statt. Es wurde mit 52,7 Prozent der Stimmen abgelehnt. Dennoch zeigt die Abstimmungsumfrage, dass eine Mehrheit der Stimmenden zum Zeitpunkt der Ab-

169 Siehe Frommelt et al. 2021.
170 Siehe Unterkapitel 4.2.2.
171 Milic & Rochat, S. 16.

stimmung mit der Corona-Politik der Regierung seit Ausbruch der Pandemie im Grossen und Ganzen zufrieden war. Zuletzt zeigt das Scheitern der von Massnahmengegnerinnen und -gegnern lancierten Volksinitiative zur Auflösung des Landtags zum einen, dass die direkte Demokratie in der Krise funktionstüchtig blieb, und zum anderen, dass eine überwiegende Mehrheit der Stimmberechtigten ihre Haltung und Interessen im bestehenden Landtag nach wie vor vertreten sieht.
Auch die Zahlen zur Landtagsarbeit zeigen keine Auffälligkeiten. In den beiden Pandemiejahren wurden nur ungleich weniger Traktanden behandelt als in den Jahren davor. Auch die Anzahl Kleiner Anfragen oder parlamentarischer Eingänge wich nicht stark vom langjährigen Durchschnitt ab. Ebenso bewegte sich die Debattenintensität gemessen an der Anzahl Voten pro Traktandum im üblichen Rahmen. Beim Traktandum «Information der Regierung über die aktuelle Corona-Situation» gab es jeweils zahlreiche Wortmeldungen von Landtagsabgeordneten. Meist handelte es sich bei den Wortmeldungen um konkrete Fragen zur Corona-Politik der Regierung. Die Landtagsabgeordneten nutzten die Debatte aber jeweils auch, um Kritik oder Lob für die Regierung auszusprechen. Überproportional stark wurden dabei die wirtschaftlichen Unterstützungsmassnahmen sowie die in diesem Zusammenhang stehenden Verfahren diskutiert. Es wurde aber auch für die Interessen von Vereinen, Gastronomieunternehmen oder Kultureinrichtungen «lobbyiert». Dies unterstreicht, dass die Abgeordneten die Corona-Pandemie sehr wohl intensiv thematisierten und dabei auch versuchten, die ihnen aus dem Volk zugetragenen Sorgen in die Landtagsdebatte einzubringen. Konkrete Vorstösse und Anregungen erfolgten demgegenüber in den Debatten nur selten.
Wesentliche Fragen zur Organisation des Parlamentsbetriebs wurden in Schiess Rütimann (2023) abgehandelt. Ergänzend kann an dieser Stelle angeführt werden, dass gemäss Auskunft des Landtagspräsidenten sowie des Parlamentsdienstes im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie keine Einschränkungen der Landtagsarbeit aufgrund fehlender personeller oder finanzieller Ressourcen eintraten. Auch scheint der Handlungsdruck in Sachen Digitalisierung mit Blick auf die Landtagsarbeit weniger stark zu sein als bei anderen Institutionen. Abschliessend ist die Vorbildwirkung zu erwähnen, welche der Landtag einnahm, indem er sich kurz nach der Absage der ordentlichen Landtagssitzung Anfang April 2020 zu einer Sondersitzung traf und dabei durch den Wechsel in einen grösseren Saal sowie weitere Anpassungen die zu jenem Zeitpunkt geltenden Bestimmungen und Verhaltensregeln respektierte.

6.2.3 Grundsätzliche Fragen zur Stellung des Landtages

In ihrem Bericht zur Rolle des Landtages in der Corona-Pandemie stellen Frommelt und Schiess Rütimann fest, dass in der Corona-Pandemie «keine unverhältnismässige und dauerhafte Beschneidung der Stellung des Landtages erfolgte und dessen Einbindung als Vertretung des Volkes in die Corona-Politik der Regierung im Einklang mit den entsprechenden rechtlichen Grundlagen und der bisher in Liechtenstein gepflegten politischen Kultur erfolgte».[172] Es lässt sich aber festhalten, dass die Pandemie strukturelle Probleme bezüglich des Zusammenspiels von Regierung und Landtag bestätigt hat. Mit lediglich 25 Abgeordneten ist der Landtag ein äusserst kleines Parlament. Die geringe Anzahl an Abgeordneten ist sicherlich auch ein Grund für das nur schwach ausgebaute Kommissions- und Ausschusswesen. Das Ressourcengefälle zwischen Regierung und Landtag hat sich durch – aus souveränitätspolitischer Sicht durchaus begrüssenswerten – starken personellen Ausbau von Regierung und Verwaltung in den letzten drei Jahrzehnten weiter akzentuiert. Diese Probleme stellen sich unabhängig von der Corona-Pandemie, haben sich in der Pandemie und wegen der damit verbundenen hohen Anforderungen an die Politikerinnen und Politiker aber sicher weiter akzentuiert.
Ähnliches gilt für die Stellung des Landtages bei der im Zollvertrag mit der Schweiz vorgesehenen automatischen Anwendbarkeit von Schweizer Recht in Liechtenstein. Auch hier ist der Landtag weitgehend ohne Einfluss – unabhängig davon, ob es sich nun um eine Krisensituation handelt oder nicht. Eine mögliche Lösung wäre, dass Änderungen des in Liechtenstein anwendbaren Schweizer Rechts nicht einfach stillschweigend

[172] Frommelt & Schiess Rütimann 2021, S. 12.

und ohne Begleitinformationen kundgemacht werden, sondern in einem Bericht kurz kommentiert und gewürdigt werden. Für besonders wichtige Rechtsgebiete und Rechtsakte wäre auch über einen formellen Übernahmeprozess nachzudenken, wie ihn Liechtenstein bereits aus dem EWR kennt.[173]

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es keine Anzeichen dafür gibt, dass die Corona-Pandemie die Gewaltenteilung in Liechtenstein nachhaltig verändert hat. Im Gegenteil: Das politische System Liechtensteins erwies sich als äussert krisenresistent. Dies ist insbesondere den verschiedenen Partizipationsmöglichkeiten[174], der starken Stellung des Rechtsstaats (geschützt durch den Staatsgerichtshof), der hohen Entscheidungseffizienz sowie generell einer von Konsens, Sachlichkeit und Problemlösungsorientierung geprägten politischen Kultur zu verdanken. Diese positive Bilanz darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das gute Funktionieren eines politischen Systems stetig neu eingefordert werden muss. Wie jede Demokratie muss auch Liechtenstein ständig überlegen, wie zentrale Prinzipien der Demokratie wie z. B. Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit oder Volksherrschaft am besten verwirklicht werden können. Ebenso ist das richtige Verhältnis von Entscheidungseffizienz sowie Deliberation und Debatte zu finden. Die Corona-Pandemie kann dabei einen Anstoss geben, überfällige Reformen anzugehen, wobei sich insbesondere ein Ausbau der Ressourcen des Landtages aufdrängt.[175] Im Grundsatz hat sich das System Liechtensteins jedoch bewährt.

7 BEFRAGUNG DER INS KRISENMANAGEMENT INVOLVIERTEN AKTEURE

Die vorliegende Studie dient der Aufarbeitung des Krisenmanagements der liechtensteinischen Regierung in der Corona-Pandemie. Gemeint sind damit eine Dokumentation und wo möglich eine Evaluation der relevanten Tätigkeiten und Prozesse sowie eine Analyse konkreter rechtlicher, politischer und organisatorischer Fragestellungen. Vor diesem Hintergrund wurden im Rahmen dieser Studie alle Amtsstellen sowie alle im Frühjahr 2022 in den Pandemiestab eingebundenen Personen zu verschiedenen Aspekten des Krisenmanagements befragt. Die Befragung war als Online-Befragung konzipiert und umfasste offene und geschlossene Fragen. Die Länge des Fragebogens unterschied sich je nachdem ob eine Institution in die Stabsarbeit eingebunden war oder nicht. Für Mitglieder des Pandemiestabs umfasste der Fragebogen 43 Fragen und gliederte sich in die Themenblöcke: Arbeitsaufwand im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, Aufgaben im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, Grundlagen des Krisenmanagements, Umsetzung des Krisenmanagements, Krisenkommunikation, Einschätzung zum Verbesserungsbedarf.

Die Befragung startete im Juni 2022. Insgesamt nahmen 45 Personen an der Umfrage teil, wobei sich 80 Prozent der angefragten Mitglieder des Pandemiestabs und knapp über 50 Prozent der angeschriebenen Amtsstellen beteiligten. Die Befragung wurde flankiert von mehreren leitfadengestützten Interviews. Neben ausgewählten Mitgliedern des Pandemiestabs wurden Interviews mit vier Regierungsmitgliedern, dem ehemaligen Gesundheitsminister sowie dem Erbprinzen und dem Landtagspräsidenten geführt.

Neben der Auswertung der Befragung wird in diesem Kapitel auch eine im Sommer 2020 durchgeführte Evaluation zur Arbeit des Bevölkerungsschutzes in der Corona-Pandemie präsentiert.

Nachfolgend werden die Ergebnisse die verschiedenen Befragungen vorgestellt. Naturgemäss können nicht alle Antworten zu den offenen Fragen detailgetreu abgebildet werden, sondern sie werden grob zusammengefasst. Der Aufbau orientiert sich an den vorhin genannten Themenblöcken der Befragung.

---

[173] Zur Darstellung des Übernahmeprozesses im EWR siehe u. a. Frommelt 2020b; Neier 2020.

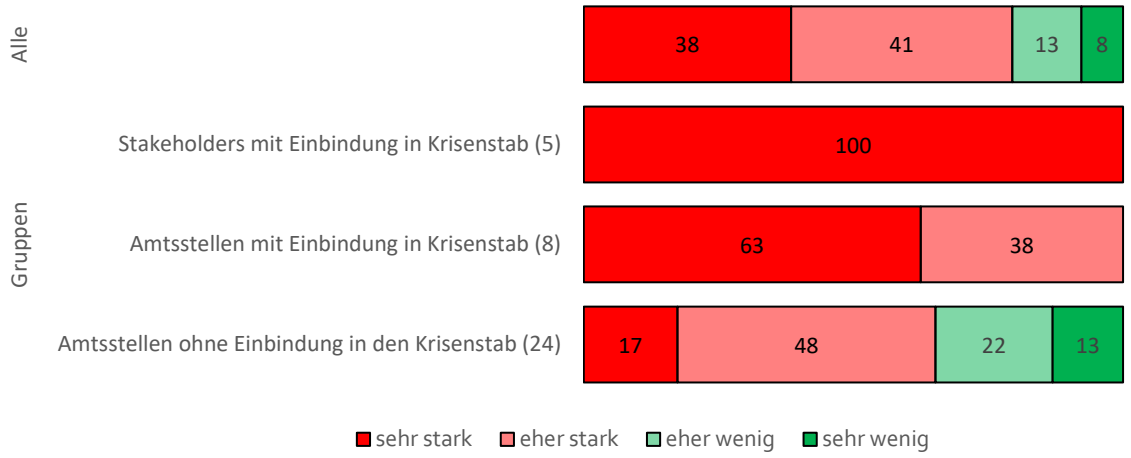
[174] Neben den bereits genannten direktdemokratischen Rechten ist hier auch die Möglichkeit einer Popularbeschwerde an den Staatsgerichtshof hervorzuheben (siehe dazu Kapitel 6.2 in Schiess Rütimann 2023). Im Unterschied zur Schweiz besteht demnach im Sinne der Rechtsstaatlichkeit auch gegenüber Verordnungen der Regierung die Möglichkeit eines Korrektivs durch das Volk. Dies kann auch die Kritik einer zu starken Verordnungstätigkeit der Regierung zu einem gewissen Grad relativieren, da eine Einbindung des Volkes nicht nur bei Gesetzen (via Referendum), sondern auch Verordnungen (via Popularbeschwerden) besteht und damit dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit auch bei einer hohen Verordnungstätigkeit grundsätzlich Rechnung getragen wird.

[175] Siehe hierzu auch Frommelt 2023.

7.1 Aufwand im Zusammenhang mit dem Krisenmanagement

Die Corona-Pandemie beschäftigte alle befragten Akteure – jene Akteure mit Einbindung in den Krisenstab naturgemäss stärker als solche ohne. Aber selbst Amtsstellen ohne Einbindung in den Krisenstab waren mehrheitlich stark mit der Corona-Pandemie beschäftigt.

Abbildung 27: Beschäftigung mit der Corona-Pandemie in den letzten beiden Jahren (in %)

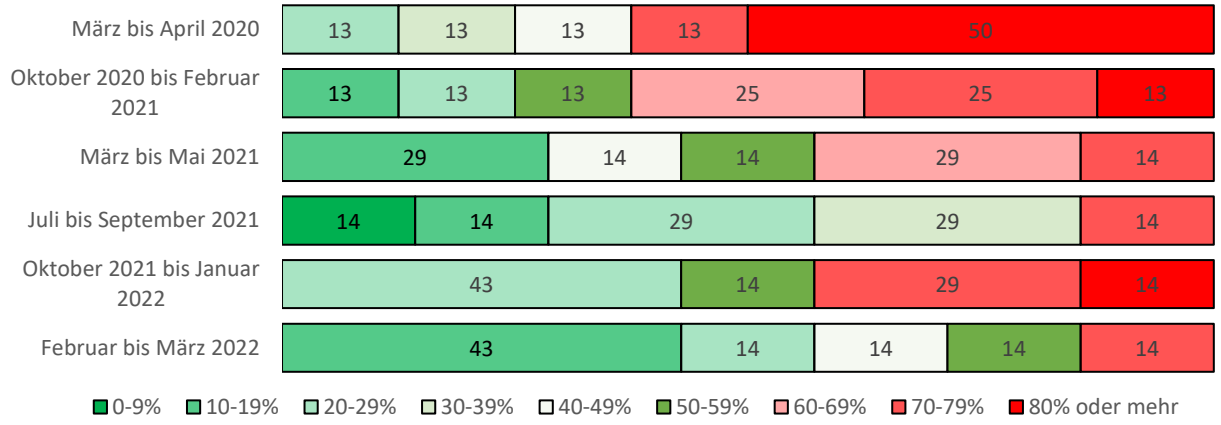


Quelle: Liechtenstein-Institut, Juni 2022.

Im Folgenden wurden die Amtsstellen gefragt, wie viel Prozent ihrer Tätigkeit sie in einem konkreten Zeitraum für das Krisenmanagement aufwendeten. Die Antwortkategorie 80 Prozent und mehr bedeutet in diesem Zusammenhang, dass gemäss der subjektiven Einschätzung der für den Fragebogen zuständigen Person 80 Prozent oder mehr der gesamten Arbeitslast einer Amtsstelle im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie stand. Der Arbeitsaufwand blieb nicht konstant gleich hoch, sondern variierte zwischen den einzelnen Phasen der Pandemie: Zu Beginn (März bis April 2020) war er am höchsten, nahm dann aber tendenziell ab. Konkret gaben die Hälfte der in die Stabsarbeit involvierten Amtsstellen an, dass zu Beginn der Pandemie 80 Prozent oder mehr ihrer Arbeitstätigkeit auf das Krisenmanagement entfiel.

Für Amtsstellen ohne Einbindung in den Krisenstab liegen erheblich mehr Fälle (n=24) vor. Die Auswertung zeigt dort auch eine fast schon lineare, sukzessive Abnahme des Arbeitsaufwandes. Diese Abnahme ist, wie die Kommentare zeigen, mit im Laufe der Pandemie routinisierten Prozessen und Abläufen zu erklären. Zu Beginn musste für viele Einrichtungen und für zahlreiche Prozesse zunächst ein Initialaufwand geleistet werden. Sobald aber die Prozesse und Abläufe definiert waren – zum Beispiel jene, die für die tägliche Publikation der verschiedenen Corona-Zahlen nötig waren – verringerte sich auch der Aufwand merklich. Die Heftigkeit der (Corona-)Welle hat gemäss Kommentaren den Aufwand der Befragten nur sekundär beeinflusst.

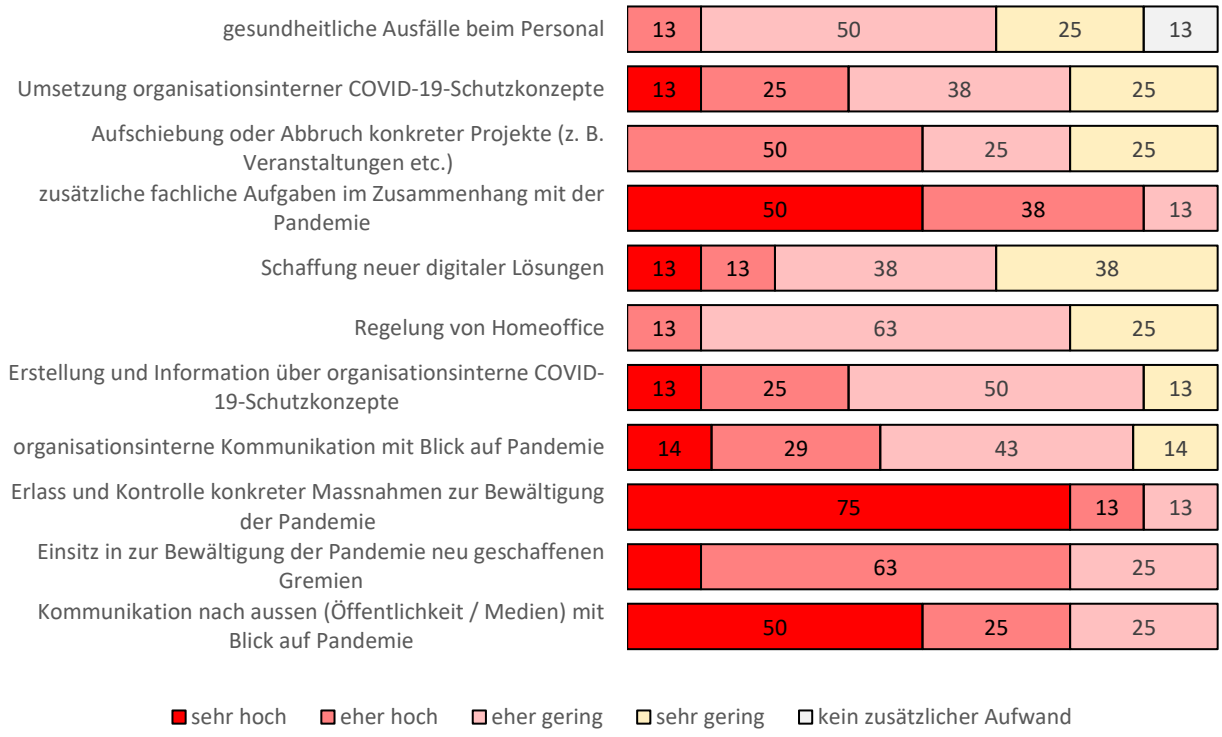
Abbildung 268: Arbeitsaufwand nach Corona-Phasen für Amtsstellen mit Einbindung in den Krisenstab (n=8, in %)



Quelle: Liechtenstein-Institut, Juni 2022.

Den grössten Aufwand, so die Rückmeldung aus den Amtsstellen mit Einbindung in den Krisenstab, bereiteten einerseits der Erlass und die Kontrolle konkreter Massnahmen zur Bewältigung der Pandemie und andererseits die zusätzlichen fachlichen Aufgaben im Zusammenhang mit der Pandemie. Auch die Kommunikation nach aussen war mit hohem zusätzlichem Aufwand verbunden. Nicht derart ins Gewicht fielen indessen die Schaffung neuer digitaler Lösungen, gesundheitliche Ausfälle beim Personal (13% antworteten gar, dass dadurch (gar) *kein* zusätzlicher Aufwand verursacht wurde) und die Regelung von Homeoffice.

Abbildung 29: Einschätzung zusätzlicher Arbeitsaufwand bestimmter pandemiebedingter Massnahmen von Amtsstellen mit Einbindung in den Krisenstab (n=8, in %)



Quelle: Liechtenstein-Institut, Juni 2022.

Die Personalzusammensetzung der Amtsstellen *ohne* Einbindung in den Krisenstab hatte sich während der Pandemie nur wenig geändert. Die Hälfte aller Amtsstellen (mit Rückmeldung) sagte, dass die Corona-Pandemie weder zur Schaffung neuer Stellen noch zu vielen Überstunden führte. Weitere 42 Prozent antworteten, dass keine neuen Stellen geschaffen wurden, aber viele Überstunden geleistet werden mussten. Vier der 24 antwortenden Amtsstellen gaben an, dass Personal ausgeliehen wurde. Nur in einer Amtsstelle wurden Stellen neu geschaffen. Private Akteure waren gerade beim Contact Tracing temporär tätig. Anders sieht es indessen bei den Amtsstellen *mit* Einbindung in den Krisenstab aus. Vier der acht Amtsstellen berichteten, dass neue Stellen geschaffen wurden und gleichzeitig auch Überstunden zu leisten waren. Drei Amtsstellen bewältigten dem Mehraufwand ausschliesslich mit Überstunden (ohne zusätzliche Stellenprozente zu schaffen).

7 der 24 Amtsstellen ohne Einbindung berichteten, dass Stellenprozente im Zusammenhang mit der Pandemie erhöht wurden, wovon 5 befristet und 2 unbefristet waren.[176] Je zwei Amtsstellen mit Einbindung in den Krisenstab erhöhten unbefristete bzw. befristete Stellenprozente. Die Stellenprozente selbst schwankten oftmals (stark). Insgesamt, demnach über alle zu diesem Thema befragten Gruppen hinweg, war rund ein Drittel der Einheiten der Meinung, es wären *mehr personelle* Ressourcen nötig gewesen. Insbesondere die Amtsstellen mit Einbindung in den Krisenstab vertraten diese Ansicht. Bei ihnen waren es gar vier der acht Amtsstellen, die meinten – trotz bereits geschaffener neuer Stellen (siehe vorhergehenden Abschnitt) – wären noch mehr Stellenprozente nötig gewesen.

Jene Amtsstellen, die mehr personelle Ressourcen wünschten, wurden sodann gefragt, warum kein zusätzliches Personal angestellt wurde. Beinahe alle Amtsstellen (8 von 9) meinten, zusätzliches qualifiziertes Personal sei nicht so schnell verfügbar gewesen. Zudem habe auch die Zeit gefehlt, neues Personal einzuarbeiten, weshalb gar nicht erst nach Verstärkung gesucht wurde (7 von 9). Mit anderen Worten: Die Belastung war (erwartungsgemäss) hoch. Entlastung wäre erforderlich gewesen – dadurch, dass personellen Ressourcen erweitert wurden. Aber *genau wegen* dieser Mehrbelastung waren gleichzeitig die Rekrutierung und das Einarbeiten neuen Personals kaum möglich.

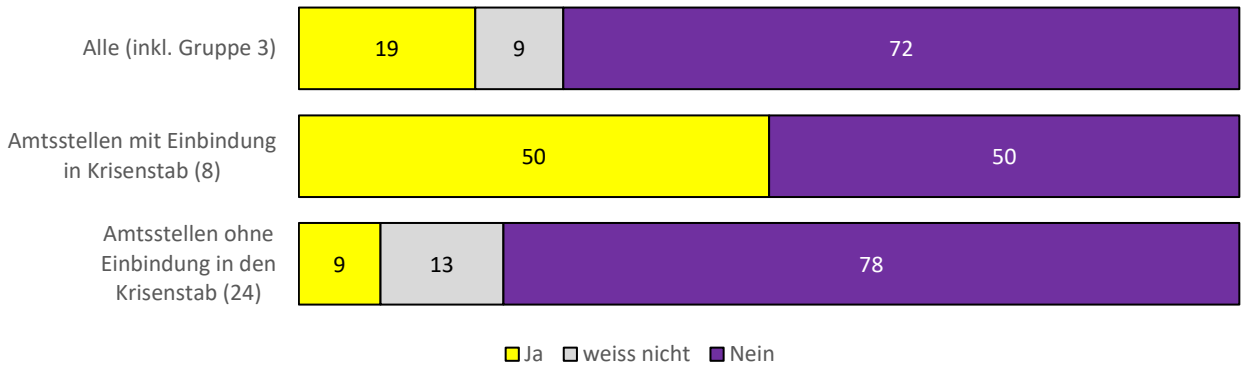
7.2 Grundlagen des Krisenmanagements

Das Meistern aussergewöhnlicher Krisen ist nicht im Detail planbar, denn eine aussergewöhnliche Situation lässt sich just aufgrund ihrer Singularität nicht genau voraussehen. Aber Grundlagendokumente oder zumindest grob skizzierte Pläne sind gewiss hilfreich. Zu Beginn der Pandemie – also im Januar 2020 – bestanden für die Hälfte der Amtsstellen mit Einbindung in den Krisenstab konkrete Pläne oder andere Grundlagendokumente, um die Tätigkeiten und Prozesse im Falle einer Pandemie oder einer anderen Krise zu regeln bzw. hatte die Hälfte von solchen Dokumenten Kenntnis. Die andere Hälfte offenbar nicht. Bei den Amtsstellen ohne Einbindung in den Krisenstab sind es gar deutlich mehr als die Hälfte (78%), die von einem solchen Plan oder solchen Grundlagendokumenten keine Kenntnis hatten. Einige Amtsstellen konnten diese Frage zudem nicht beantworten.

Diese Grundlagendokumente sind unterschiedlicher Natur, wie aus den Kommentaren der Befragten hervorgeht. Zu diesen Dokumenten gehörten etwa das Handbuch der Regierung für betriebliche Vorbereitung von Massnahmen im Falle einer Grippepandemie (RA 2008/1220-6628), der Pandemieplan aus dem Jahre 2006,[177] die Regelung des Polizeisonderführungsstabes in der (PolDOV),[178] die Verzichtsplanung Polizei bei Krisen oder gewisse Vorarbeiten aus der SARS-Pandemie. Zumindest aber, sei – so ein Kommentar – «aufgrund des Pandemieplans von Beginn an klar gewesen, dass für die Lagebewältigung nicht der Landesführungsstab im Ministerium für Inneres, sondern ein Pandemiestab unter Leitung des Gesundheitsministers verantwortlich ist. Diese Klarheit hat unnötige Zuständigkeitsdiskussionen erübrigt.»

[176] Zwei Amtsstellen kreuzten keine der Antwortkategorien an.
[177] Siehe Kapitel 2.2 in Frommelt & Schiess Rütimann 2023.
[178] Verordnung vom 22. August 2000 über den Dienstbetrieb und die Organisation der Landespolizei (PolDOV), LGBl. 2000 Nr. 195 LR 143.011.

Abbildung 30: Vorhandensein von Plänen oder Grundlagendokumenten zur Regelung von Prozessen im Pandemiefall zu Beginn der Pandemie (in %)



Quelle: Liechtenstein-Institut, Juni 2022.

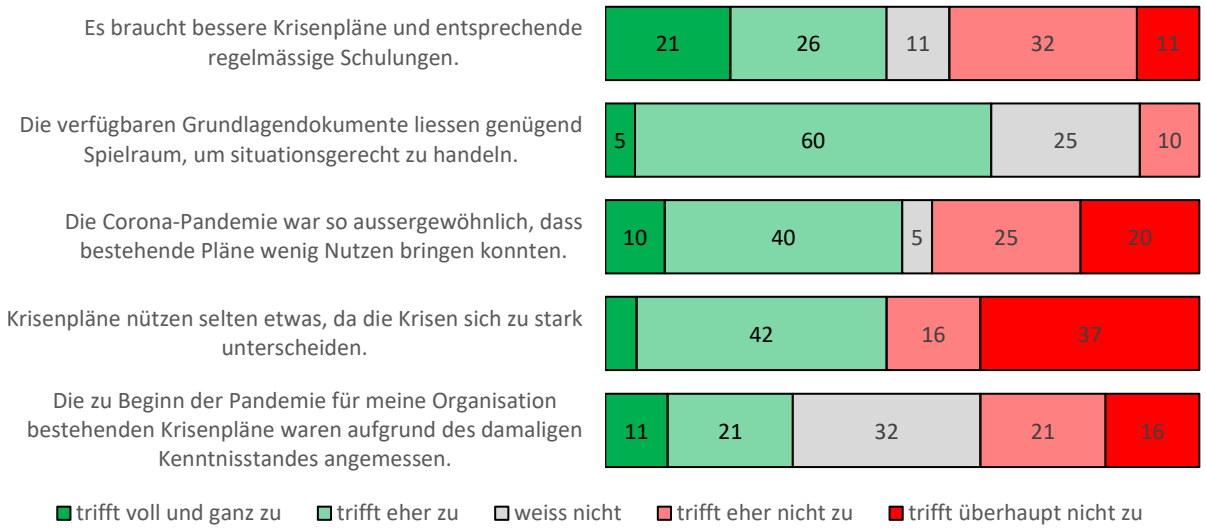
Jene Amtsstellen, in denen Pläne vorhanden waren und die Kenntnis von solchen Plänen hatten, wurden sodann gefragt, wie gut sie vor Beginn der Pandemie mit diesen Krisenplänen vertraut waren. Lediglich eine Amtsstelle gab an, «eher schlecht» vertraut gewesen zu sein. Der Rest war mit diesen Plänen gut bis sehr gut vertraut (oder konnte das nicht beurteilen («weiss nicht»)).[179]

Eine Überarbeitung der Pläne ist in der Mehrheit der Amtsstellen nicht vorgesehen. Nur in zwei (von 8) Fällen wurde eine Überarbeitung der Krisenpläne vorgenommen, und in einem weiteren Fall ist dies vorgesehen. Wo zu Beginn keine Krisenpläne vorlagen, wurden sie in der Mehrheit bis zum Zeitpunkt des Interviews auch noch nicht erstellt. In 5 der 22 Amtsstellen ohne bestehenden Krisenplan zu Beginn der Pandemie wurde dies zwischenzeitlich nachgeholt, in 3 weiteren Amtsstellen ist dies in Planung.

Die Bewertung des Nutzens und der Wirksamkeit von Krisenplänen im Generellen, aber auch im Speziellen nach der Pandemieerfahrung fiel unterschiedlich aus. Zunächst die Auswertung der Antworten von Amtsstellen ohne Einbindung in den Krisenstab (Abbildung 31): Grossmehrheitlich einverstanden waren die Amtsstellen mit der Aussage, wonach die verfügbaren Grundlagendokumente genügend Spielraum liessen, um situationsgerecht zu handeln. Kurzum, allzu einengend waren die Krisenpläne – zumindest dort, wo sie bestanden – in der Regel nicht. Die Beurteilung der Angemessenheit der Krisenpläne fiel den Antwortenden hingegen schwer. Ein Drittel der Amtsstellen konnte das nicht beurteilen. Mehr als ein Drittel (37%) hielt diese Pläne indes nicht für angemessen – auch nicht aufgrund des damaligen Kenntnisstandes. Ein Grund dafür mag der aussergewöhnliche Charakter der Corona-Pandemie gewesen sein. Auf jeden Fall gab die Hälfte der Amtsstellen an, dass diese Pandemiesituation derart aus dem Rahmen des Gewöhnlichen und (bisher) Erwartbaren gefallen sei, dass bestehende Pläne wenig Nutzen gehabt hätten bzw. haben würden. Nach Meinung einiger Befragter gilt auch hier die vielzitierte Aussage von Moltke: «Kein Operationsplan reicht mit einiger Sicherheit über das erste Zusammentreffen mit der feindlichen Hauptmacht hinaus». In diesem Sinne wurde der Nutzen von Krisenplänen generell etwas angezweifelt. Fast die Hälfte (47%) teilt in gewisser Weise die obige Aussage, wonach Krisenpläne selten etwas nützen, da sich die Krisen zu stark unterscheiden. Trotzdem – und dies ist nun etwas überraschend – ist ein genau gleich hoher Anteil (47%) der Ansicht, dass es *bessere Krisenpläne* brauche und auch entsprechende regelmässige Schulungen.

[179] Die Fragestellung mag für einige irreführend gewesen sein, da sie nicht wussten, ob die Frage auf spezifische Pläne oder verwaltungsübergreifende Dokumente zielt.

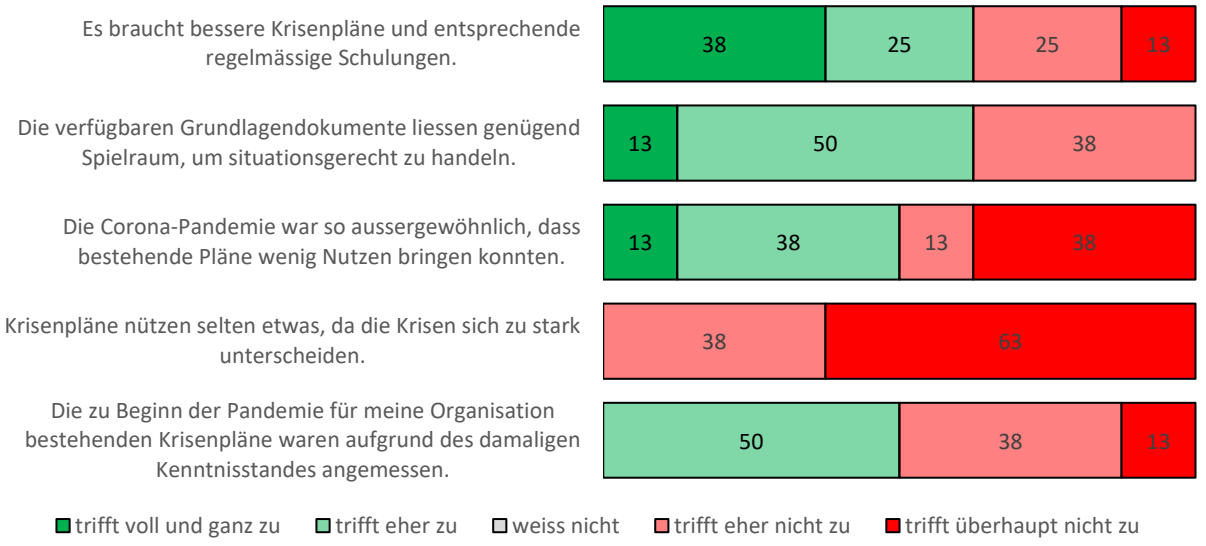
Abbildung 31: Haltung zu Aussagen betreffend Krisenplänen in Amtsstellen ohne Einbindung in den Krisenstab (n=24, in %)



Quelle: Liechtenstein-Institut, Juni 2022.

Die Amtsstellen mit Einbindung in den Krisenstab sehen den Nutzen und die Wirksamkeit von Krisenplänen etwas anders – obschon aufgrund der geringen Fallzahl (n=8) bei der Interpretation Vorsicht geboten ist. Dass Krisenpläne wenig oder nichts bringen, wird bestritten. Aber angemessen waren sie in den Augen der betreffenden Amtsstellen längst nicht immer. Was offenbar auch daran lag, dass eine Pandemie in dieser Form zuvor (beinahe) unvorstellbar war. Auf jeden Fall ist eine Mehrheit der Ansicht, dass bessere Pläne nötig seien.

Abbildung 32: Haltung zu Aussagen betreffend Krisenplänen in Amtsstellen mit Einbindung in den Krisenstab (n=8, in %)



Quelle: Liechtenstein-Institut, Juni 2022.

Wenn es um die Beurteilung der Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen bzw. mit anderen Staaten ging, so wurde jene mit der Schweiz von ausnahmslos (100%) allen Amtsstellen mit Einbindung in den

Krisenstab als sehr wichtig bezeichnet. Sodann folgen in dieser Relevanzrangliste der Zusammenarbeit Österreich, die EU und internationale Organisationen (z. B. WHO). Die Zusammenarbeit mit Deutschland wurde indessen von einer deutlichen Mehrheit als nicht (sonderlich) wichtig eingeschätzt.

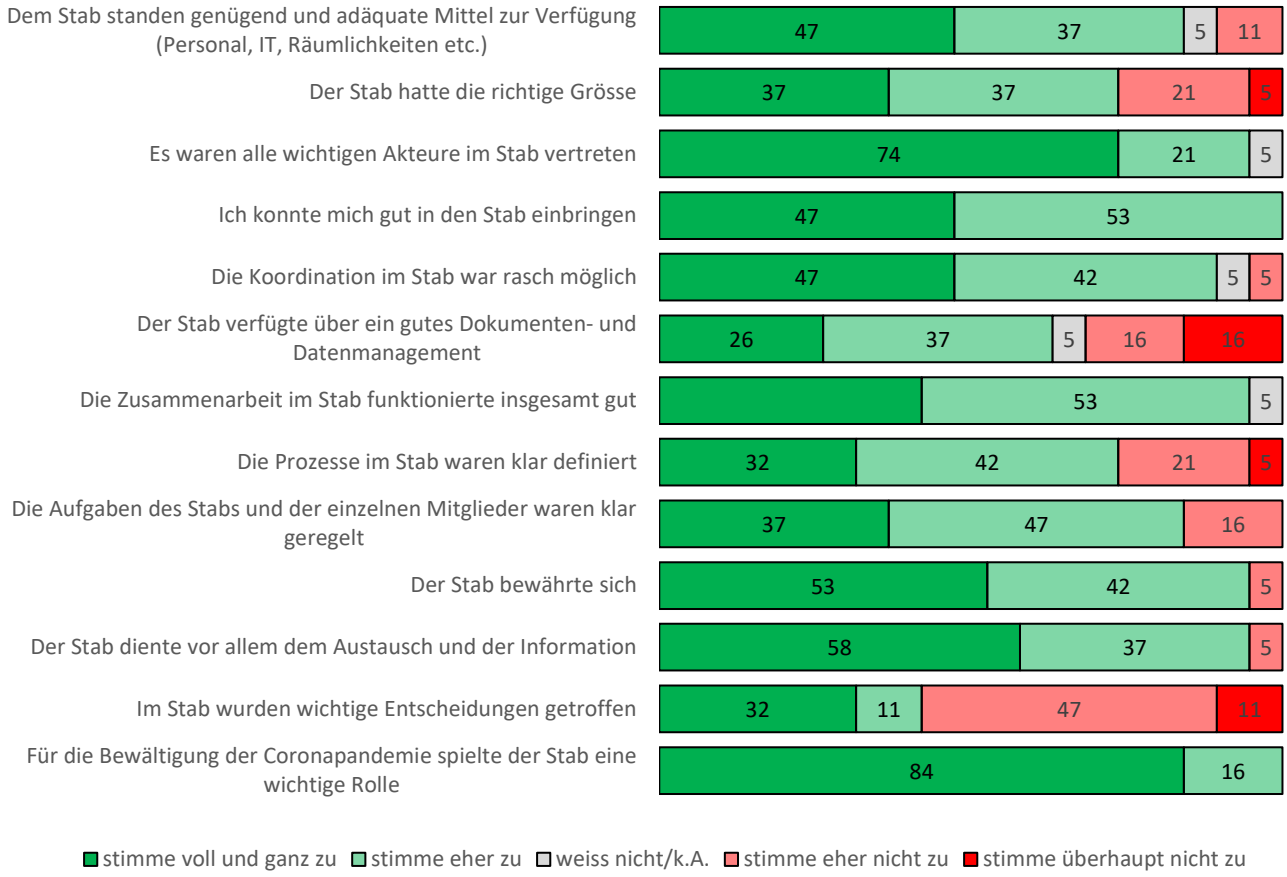
7.3 Einschätzung zur Stabsarbeit

Die folgenden Auswertungen betreffen lediglich jene Akteure, die auch im Krisenstab eingebunden waren. Eine Mehrheit dieser Akteure verfügte bereits vor ihrer Mitarbeit im Stab über Erfahrungen im Krisenmanagement.

Die Arbeit des Stabes kann aus verschiedenen Perspektiven betrachtet werden. In der Befragung wurden hinsichtlich der Stabsarbeit eine Reihe von Aussagen präsentiert, die unterschiedliche Dimensionen dieser Arbeit beleuchteten. Beinahe restlos zufrieden waren die Stabsmitglieder damit, wie sie sich in den Stab einbringen konnten. Auch die Bedeutung des Stabes für die Bewältigung der Corona-Pandemie wurde fast unisono als hoch bewertet. Mehr als die Hälfte sagte jedoch, der Stab hätte *keine* wichtigen Entscheidungen getroffen. «Entscheide», so lautete ein Kommentar, «wurden primär im Ministerium für Gesellschaft und Kultur getroffen und im Stab kommuniziert.» Kurzum, ohne wichtige Entscheidungen getroffen zu haben, war der Stab trotzdem von überragender Bedeutung für die Krisenbewältigung. Die Bedeutung des Stabes nährt sich offenbar vor allem von seiner Funktion des Informationsaustausches – so sahen dies 95 Prozent der Stabsmitglieder («Der Stab diente vor allem dem Austausch und der Information»). Eine «klassische Stabsarbeit im Sinne des Kreislaufs einer standardisierten Führungstätigkeit (Problemerfassung – Lagebeurteilung – Lösungsentwicklung – Entschlussfassung – Auftragserteilung – Einsatzsteuerung unter Berücksichtigung einer Zeitplanung und eines einsatzbezogenen Risikomanagements) fand nicht statt», kommentierte indessen einer der Befragten hierzu. «Intention zur Einführung des Stabs war die Informationsbeschaffung und der Informationsaustausch», so ein weiterer Kommentar. Häufig, aber nicht immer waren die Aufgaben des Gremiums wie auch seiner einzelnen Mitglieder klar geregelt. Die Koordination war zudem oftmals rasch möglich. Auch die Grösse des Stabes wird von einer Mehrheit als richtig eingestuft, obschon es hier auch Vorbehalte gab. Jemand meinte hierzu: «Insgesamt war der Stab zu gross, da jede im Gesundheitswesen tätige Institution vertreten war.» Kritisiert wird – wenn auch nicht von einer Mehrheit – vor allem das Dokumenten- und Datenmanagement sowie die Regelung der Prozesse. Kurzum, die Stabsarbeit wird – trotz vereinzelter Kritik – grossmehrheitlich positiv bewertet.

In den Kommentaren zum Krisenstab – aber auch zu anderen Aspekten des Krisenmanagements –wird der in der Corona-Pandemie erfolgte personelle Wechsel an der Spitze des Gesellschaftsministeriums erkennbar.

Abbildung 33: Haltung zu verschiedenen Aspekten der Stabsarbeit (in % jener, die im Krisenstab eingebunden waren (n=19))

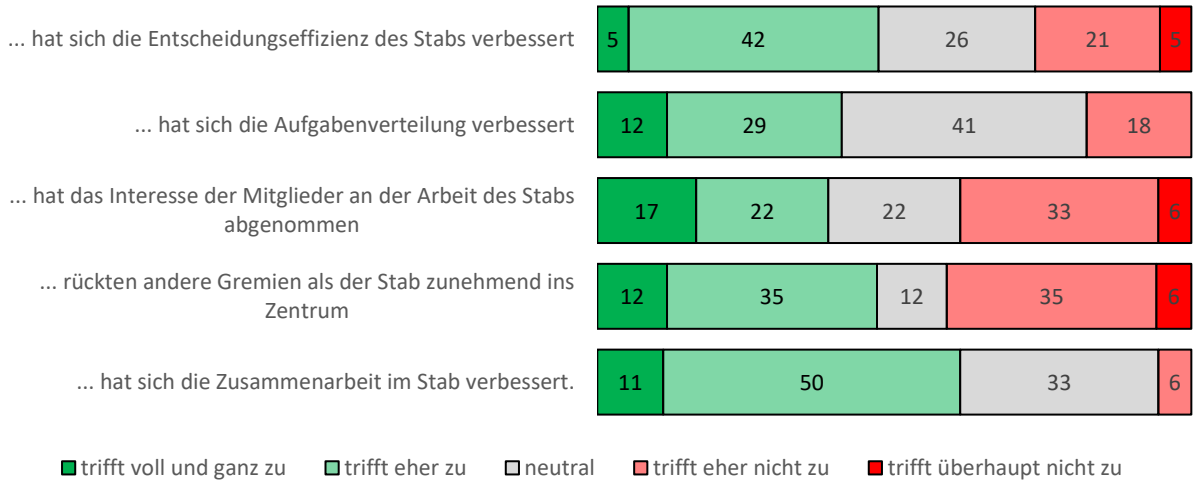


Quelle: Liechtenstein-Institut, Juni 2022.

Die Stabsarbeit hat sich in den Augen der Mitglieder im Laufe der Pandemie verbessert oder ist zumindest gleich (gut) geblieben. Nur wenige meinten, sie habe sich verschlechtert. Auch die Entscheidungseffizienz hat in der Tendenz zugenommen. Ebenso hat sich die Aufgabenverteilung mit der Zeit verbessert. Unklar ist, ob sich das Interesse an der Stabsarbeit mit der Zeit verringert hat oder nicht. Etwa 40 Prozent meinen, dies sei so gewesen, während weitere 40 Prozent dies bestreiten. «Die Abnahme des Interesses war eine logische Konsequenz je nach Entwicklung der Themenstellungen bzw. der Pandemiethemenstellungen und dem definierten Verantwortungsbereich der Stabsmitglieder», lautete diesbezüglich ein Kommentar. Wie gesagt, waren offenbar nicht alle dieser Ansicht. Auch die Beurteilung des Bedeutungsgewinns bzw. -verlustes des Stabs wird unterschiedlich beurteilt. Die einen Stabsmitglieder meinen, andere Gremien (z. B. Teilstab Gesundheit) seien ins Zentrum gerückt, während andere Stabsmitglieder keinen Bedeutungsverlust erkannten. Dies spiegelte sich gemäss einem Kommentar auch in der Sitzungsdauer wider: «Während die Stabssitzungen zu Beginn teilweise drei Stunden dauerten, dauerten Stabssitzungen im Frühsommer 2022 noch ca. 45 Minuten, wobei ein Grossteil der Zeit auf die Folienpräsentation des Ministeriums entfiel.» Auch die Teilnahme habe abgenommen: «Ebenso lässt sich die Bedeutung des Stabs an der Teilnahmequote ablesen: Während zu Beginn alle Stabsmitglieder physisch bzw. virtuell anwesend waren (wöchentliches Sitzungsintervall) sowie teilweise drei bis sogar vier Regierungsmitglieder anwesend waren, waren Sitzungsabsenzen mit der Zeit immer häufiger zu beobachten, obwohl das Sitzungsintervall immer weiter ausgedehnt wurde. Mit der Zeit hat der Teilstab Gesundheit den Gesamtstab an Wichtigkeit überholt.»
Vereinzelt wurde auch die «Politisierung» der Corona-Politik des Stabs bemängelt. So schrieb ein Befragter: «Oftmals enttäuschend war sicherlich, dass die Expertise des Stabs sich am Ende nicht in einem gleichlautenden Beschluss der Kollegialregierung niedergeschlagen hat. Der Stab bzw. einige Stabsmitglieder hatten des

Öfteren den Eindruck, dass die gebündelte Fachexpertise des Stabs am Ende rein politisch motivierten Überlegungen zum Opfer gefallen ist. Dies hat sicherlich bis zu einem bestimmten Mass die Motivation und die Moral der Fachexperten erodiert, obwohl sich alle Fachexperten jederzeit bewusst waren, dass der Stab kein offizielles, legitimiertes Entscheidungsgremium war und am Ende die Kollegialregierung entscheidet. Dennoch wäre es in bestimmten Situationen sicherlich angezeigt gewesen, den Empfehlungen der Fachexperten zu folgen, statt sich zu stark an politischen Folgen zu orientieren.» Meist ging es dabei um Lockerungen der Massnahmen gegen den Willen des Stabs.

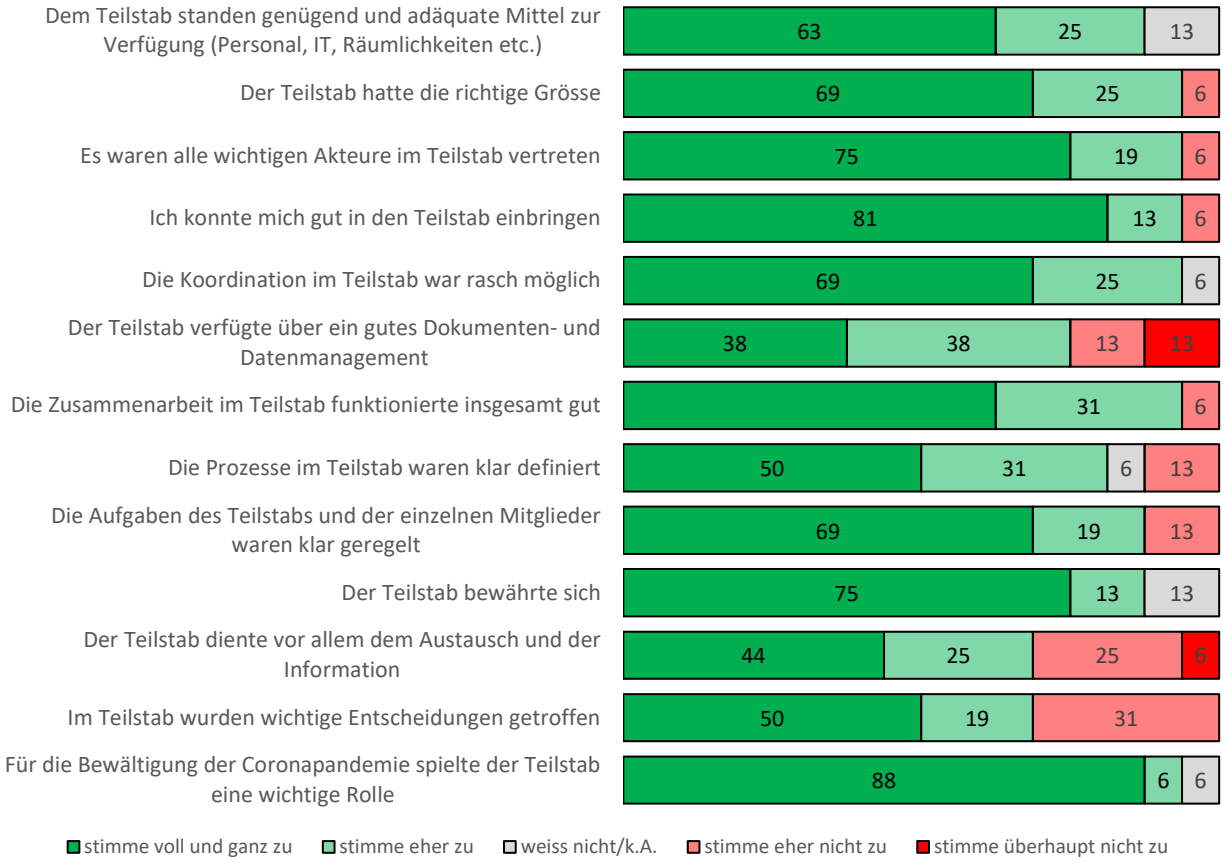
Abbildung 34: Entwicklung der Stabsarbeit im Verlaufe der Pandemie (in %)



Quelle: Liechtenstein-Institut, Juni 2022.

Dieselben Aussagen wie oben wurden nicht nur auf den Krisenstab, sondern auch auf die einzelnen *Teil*stäbe bezogen. Die Ergebnisse fielen ähnlich aus. Die meisten Aspekte der Arbeit in Teilstäben wurden vorwiegend positiv beurteilt. Auffallend ist der Unterschied bezüglich Entscheidungskompetenz und Informationsfunktion. Während der Krisenstab als Informationsplattform mit eher geringer Entscheidungskompetenz betrachtet wurde, wird den Teilstäben durchaus Entscheidungsmacht beigemessen, und entsprechend fällt die (reine) Informationsaustauschfunktion weniger ins Gewicht. Das heisst aber nicht, dass viele Entscheidungen getroffen wurden und nur wenig Information ausgetauscht wurde. Diesbezüglich lautete ein Kommentar: «In der Regel wurden im Teilstab nur wenige wichtige Entscheidungen getroffen, sondern mögliche wichtige Entscheidungen diskutiert, erörtert und es wurden mögliche fachliche Empfehlungen/Meinungen für die Entscheidung gegeben bzw. vorgestellt.» Aber es scheint, als ob es doch Unterschiede gab zwischen Teilstäben und dem Krisenstab hinsichtlich Entscheidungs- und Informationsaustauschfunktion.

Abbildung 35: Haltung zu verschiedenen Aspekten der Teil-Stabsarbeit (in % jener, die in Teilstäben eingebunden waren (n=15))

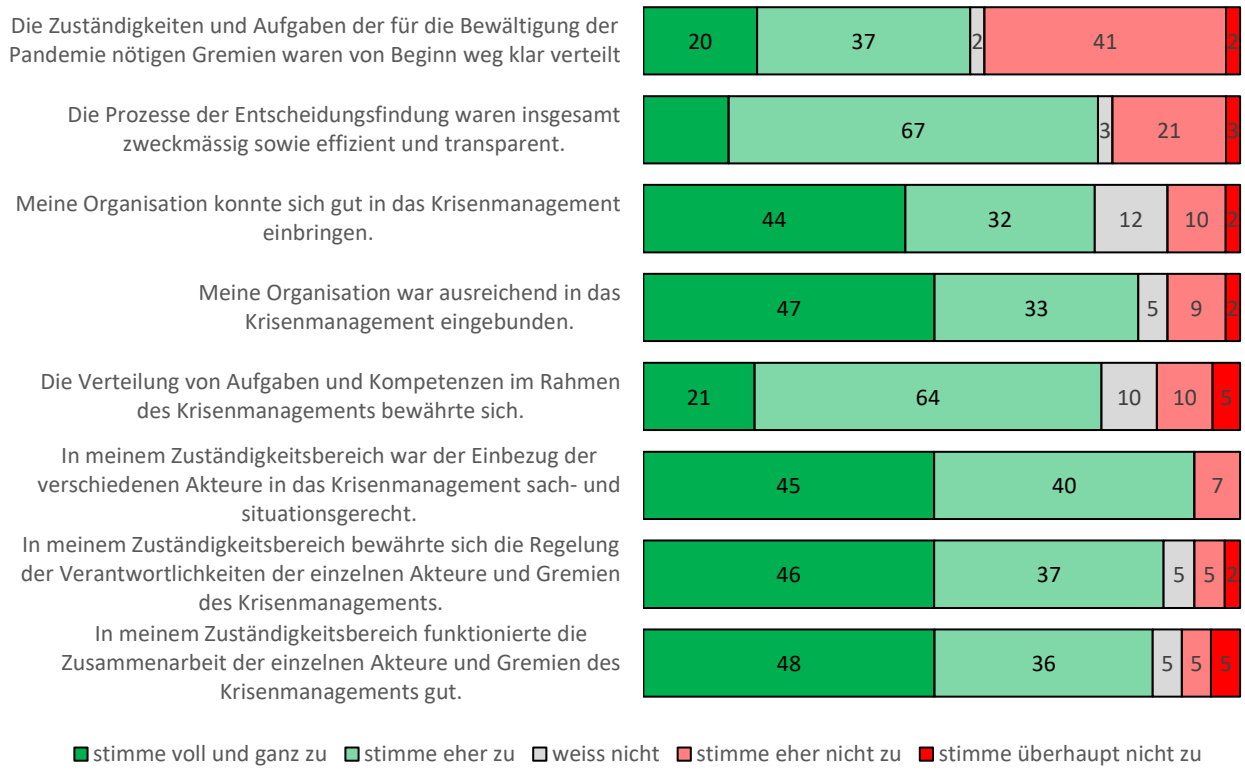


Quelle: Liechtenstein-Institut, Juni 2022.

7.4 Einschätzung zum Krisenmanagement und zur Krisenkommunikation

Das Krisenmanagement wurde gesamthaft betrachtet – darauf deutet die Dominanz der grünen Farbe in Abbildung 36 hin – mit gut bewertet. Zwei Aspekte wurden etwas kritischer bewertet als die restlichen: Einerseits die Aufgabenverteilung zwischen den Gremien. Hier war doch knapp die Hälfte der Antwortenden der Ansicht, dass diese Verteilung nicht von Beginn weg klar gewesen sei. Andererseits wurden die Effizienz und Transparenz der Entscheidungsfindungsprozesse von einigen (rund ein Viertel) kritisiert.

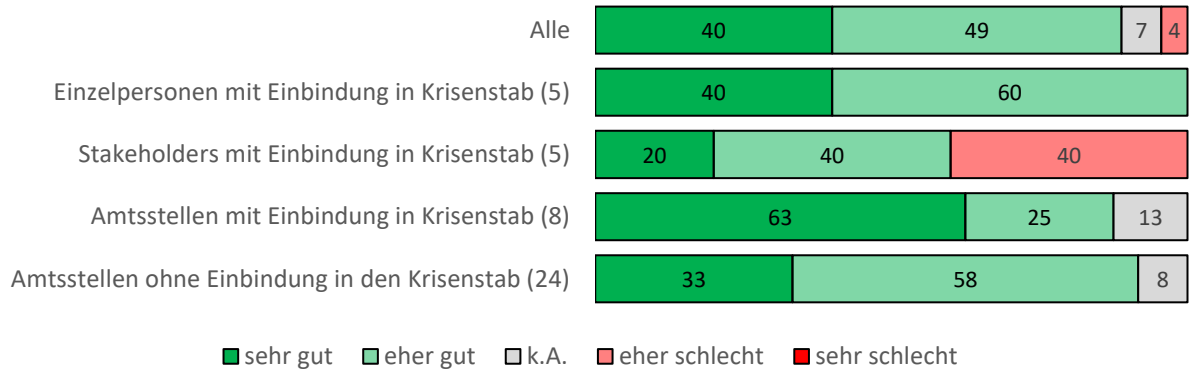
Abbildung 36: Haltung zu verschiedenen Aspekten des gesamten Krisenmanagements (n=41, in %)



Quelle: Liechtenstein-Institut, Juni 2022.

Die Regierungskommunikation in Sachen Corona-Pandemie wurde grossmehrheitlich gut bewertet. 40 Prozent gaben der Regierung hierfür gar die Bestnote («sehr gut»). Lediglich die Stakeholder mit Einbindung in den Krisenstab waren etwas unzufriedener mit der Kommunikation. Wenn man sich die Kommentare – positive wie auch negative anschaut – so fällt auf positiver Seite insbesondere die Regelmässigkeit der Medienkonferenzen auf sowie die Fähigkeit der Regierungsmitglieder, komplexe Sachverhalte gut verständlich zu vermitteln. Auch die gute Abstimmung der Kommunikation mit der Schweizer Kommunikationsstrategie wurde mehrfach als positive Qualität der Regierungskommunikation genannt. Auch kritische Punkte wurden erwähnt. Ein mit der Zeit etwas «überbordendes» Kommunizieren gehörte dazu ebenso wie der Webauftritt («etwas dürftig»), die Kommunikation zur Belegung der Intensivbetten («Überbelegung von Intensivstationen in Spitälern – hier wurde ein eher zu dramatisches Bild vermittelt») und die Arbeit in den Stäben («mit der Zeit eher persönliche Meinungsstellungnahmen»). Kritik gab es indessen auch. So scheint die interne Rechtfertigung nicht ideal funktioniert zu haben. «Generell», so lautet ein Kommentar, «kann festgehalten werden, dass am Ende die Regierung die Entscheidungen gefällt hat, was aus den involvierten Gremien zwangsläufig Beratungsgremien machte. Dies ist rechtlich zwar richtig und unvermeidbar, teilweise war die Rückkoppelung, warum die Regierung den teilweise einhelligen Empfehlungen der Fachgremien nicht gefolgt ist, schlecht bis nichtexistent. Teilweise mussten die Fachexperten die wider den Empfehlungen der Fachgremien gefassten Beschlüsse der Regierung den Medien entnehmen. Dies war teilweise sicherlich auch der extrem hohen Dynamik der Pandemie geschuldet, dennoch entstand wiederkehrend der Eindruck, dass die eingesetzten Gremien eine pro-forma-Rolle erfüllten.» Solches kann sich natürlich negativ auf die Motivation für die Stabsarbeit auswirken.

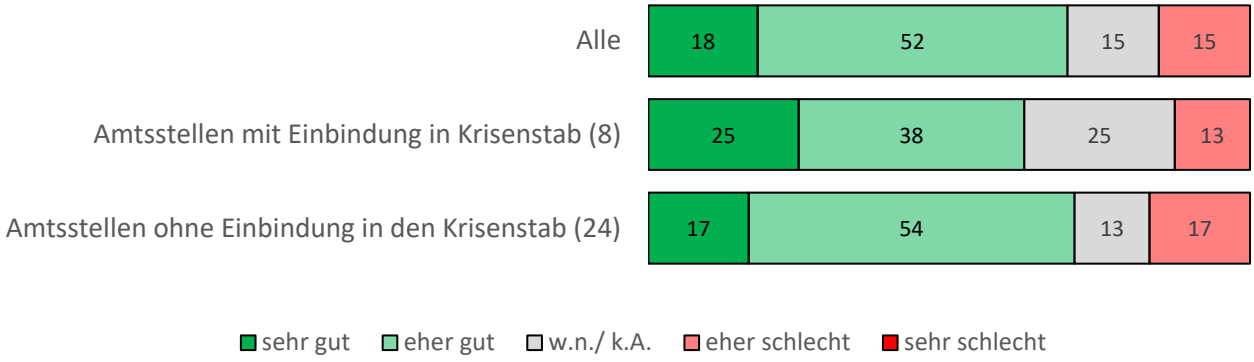
Abbildung 37: Bewertung der Regierungskommunikation (n=45, in %)



Quelle: Liechtenstein-Institut, Juni 2022.

Die interne Verwaltungskommunikation wurde ebenfalls mehrheitlich für gut befunden. Die Unterschiede zwischen den Gruppen sind nur gering. Vereinzelt wurde indessen auch Kritik geübt. Bisweilen wurde die Kommunikation als zu spärlich empfunden. Man hätte sich vereinzelt also mehr interne Kommunikation gewünscht (z. B. «Die Kommunikation seitens des Amtes für Personal und Organisation (APO) war eher spärlich bis gar nicht vorhanden. Eine einheitliche Regelung in der Landesverwaltung bspw. Schutz der Mitarbeitenden und Umgang mit Kundenverkehr fehlte.»). Vereinzelt wurde aber auch explizit Lob gespendet («In den Ämtern wusste man sehr zeitnah, wie die Regierung entschieden hat und wie das für die Arbeit in der Verwaltung umgesetzt wird.»).

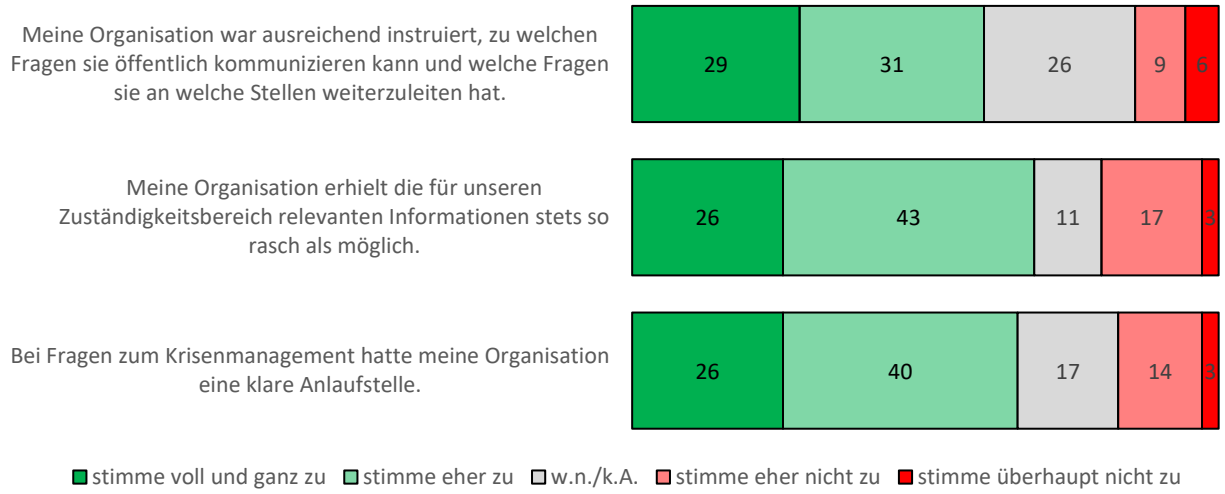
Abbildung 38: Bewertung der internen Verwaltungskommunikation (n=45, in %)



Quelle: Liechtenstein-Institut, Juni 2022.

Die befragten Organisationen waren mehrheitlich ausreichend informiert darüber, zu welchen Fragen sie öffentlich kommunizieren durften und welche Fragen sie an welche Stellen weiterzuleiten hatten. Die Mehrheit der Organisationen erhielt die für ihren Zuständigkeitsbereich relevanten Informationen (fast) immer so rasch als möglich. Zuletzt: Bei Fragen zum Krisenmanagement hatte eine Mehrheit der Organisationen eine klare Anlaufstelle. Zusammengefasst gesagt, verlief die interne Kommunikation offenbar gut. Gewiss, in einigen Fällen gab es offensichtlich Probleme. Aber im Grossen und Ganzen sind die Befragten mit der Regierung und den Behörden zufrieden.

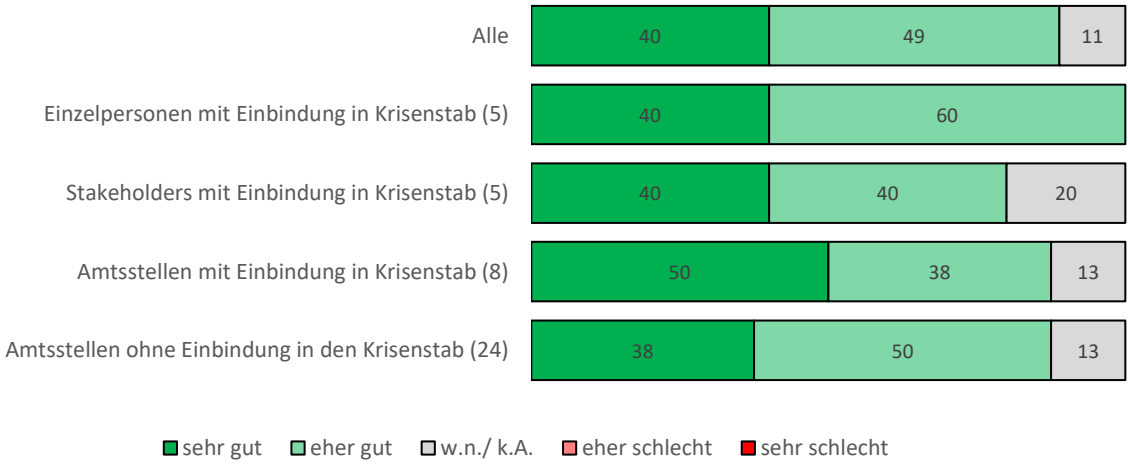
Abbildung 39: Haltung zu Aussagen betreffend die Kommunikation (n=34, in %)



Quelle: Liechtenstein-Institut, Juni 2022.

Das Krisenmanagement wurde von niemandem als schlecht bewertet. Es gab vereinzelt Antwortverweigerungen bzw. «Weiss nicht»-Antworten. Ob und was sich dahinter verbirgt, ist unbekannt. Eine überwältigende Mehrheit bewertet die Leistung der Regierung in Sachen Corona-Schutz auf jeden Fall mindestens als gut. Exakt dieselbe Frage wurde schon mehrfach in Bevölkerungsumfragen gestellt. Die Haltung der Bevölkerung (bzw. in gewissen Umfragen der Stimmberechtigten) unterscheidet sich nicht fundamental von jener der hier abgefragten «Elitenakteure». Eine Mehrheit der Bevölkerung ist mit dem Krisenmanagement der Liechtensteiner Regierung ebenfalls zufrieden.

Abbildung 40: Beurteilung des Krisenmanagements der Regierung (in %)

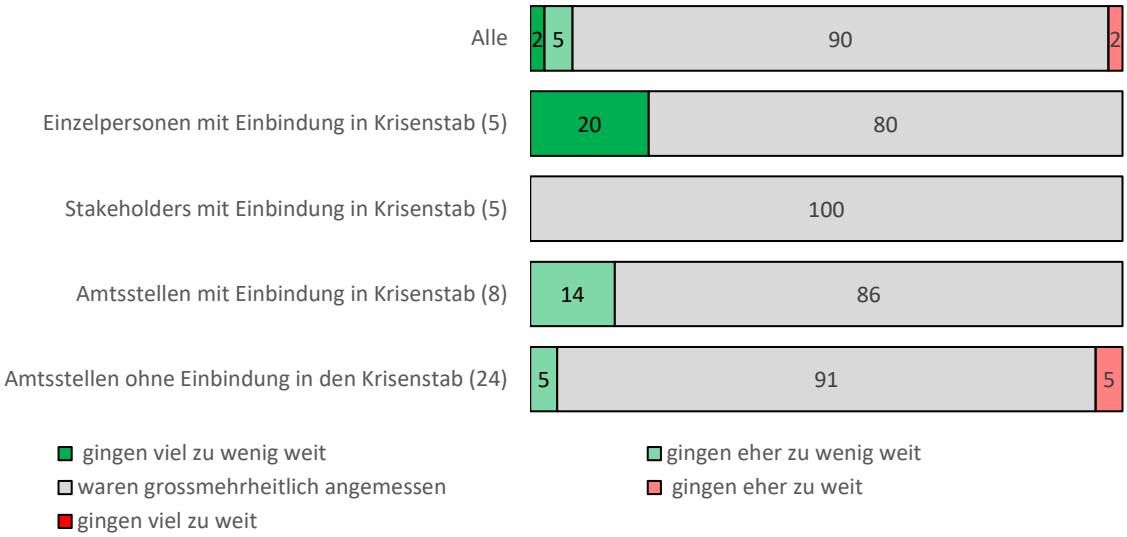


Quelle: Liechtenstein-Institut, Juni 2022.

Eine weitere Frage, die schon verschiedentlich in Bevölkerungsumfragen gestellt wurde, ist jene nach der Bewertung der Massnahmen. Die im Rahmen der vorliegenden Auswertung befragten Akteure halten die Massnahmen in ihrer überwiegenden Mehrheit (deutlich über 80%) für angemessen. Vereinzelt – insbesondere unter den befragten Einzelpersonen mit Einbindung in den Krisenstab – war man der Ansicht, die Massnahmen seien zu *wenig* weit gegangen. Aber ein «Überschiessen» wird der Regierung praktisch nie vorgeworfen. Das steht in einem gewissen Kontrast zur Bevölkerungshaltung. Zwar ist die (relative) Mehrheit

der Bevölkerung ebenfalls der Ansicht, dass die Massnahmen angemessen waren. Aber ein nicht unerheblicher Teil ist der Meinung, sie seien *zu weit* (und nicht etwa *zu wenig* weit) gegangen.

Abbildung 41: Bewertung der Schärfe der Massnahmen (n=42, in %)

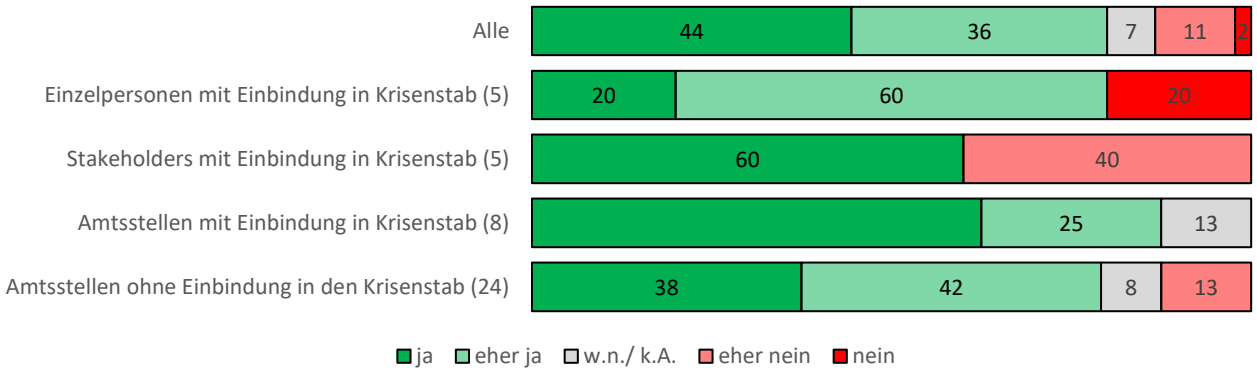


Quelle: Liechtenstein-Institut, Juni 2022.

Die Verpflichtungen aus dem Zollanschlussvertrag (und weitere Verpflichtungen aus anderen Abkommen mit der Schweiz) schränken den Handlungsspielraum bei der Wahl und Ausgestaltung der Massnahmen von vornherein ein. Aber es bleibt trotz diesen Verpflichtungen ein gewisser Manövrierraum, wie der Staatsgerichtshof hinsichtlich der 2G-Regelung bekannterweise festgehalten hat. Nebst den rechtlichen Vorgaben sind aber bei der Massnahmengestaltung auch praktische Aspekte zu beachten, insbesondere wenn es darum geht zu entscheiden, ob Schweizer Vorgaben unverändert oder allenfalls angepasst übernommen werden sollen. D.h. die praktischen Folgen eines Regelungsgefälles zwischen Liechtenstein und der Schweiz sind in Erwägung zu ziehen. Die hier befragten Akteure waren grossmehrheitlich der Ansicht, dass dieser eingeschränkte Handlungsspielraum durchaus genutzt wurde. Vereinzelt hatten sich indessen wohl zumindest einzelne Akteure etwas mehr Eigeninitiative und Eigenständigkeit erhofft. Auf jeden Fall gaben 13 Prozent an, man habe diesen Spielraum (eher) nicht genutzt.

Zum Thema Wahrnehmung des gegenüber der Schweiz bestehenden Handlungsspielraums wurden einige wenige Kommentare verfasst. Sie reichen von einer hervorragenden Nutzung des Handlungsspielraums bis zu einer Kritik der argumentativen Rechtfertigung des Gleichschritts mit der Schweiz (mit dem Slogan «Regelungsgefälle vermeiden»). Aber es scheint (fast) Konsens zu sein, dass die Abhängigkeit von der Schweiz derart gross war, dass ein allzu eigenständiger Weg im Prinzip unmöglich war.

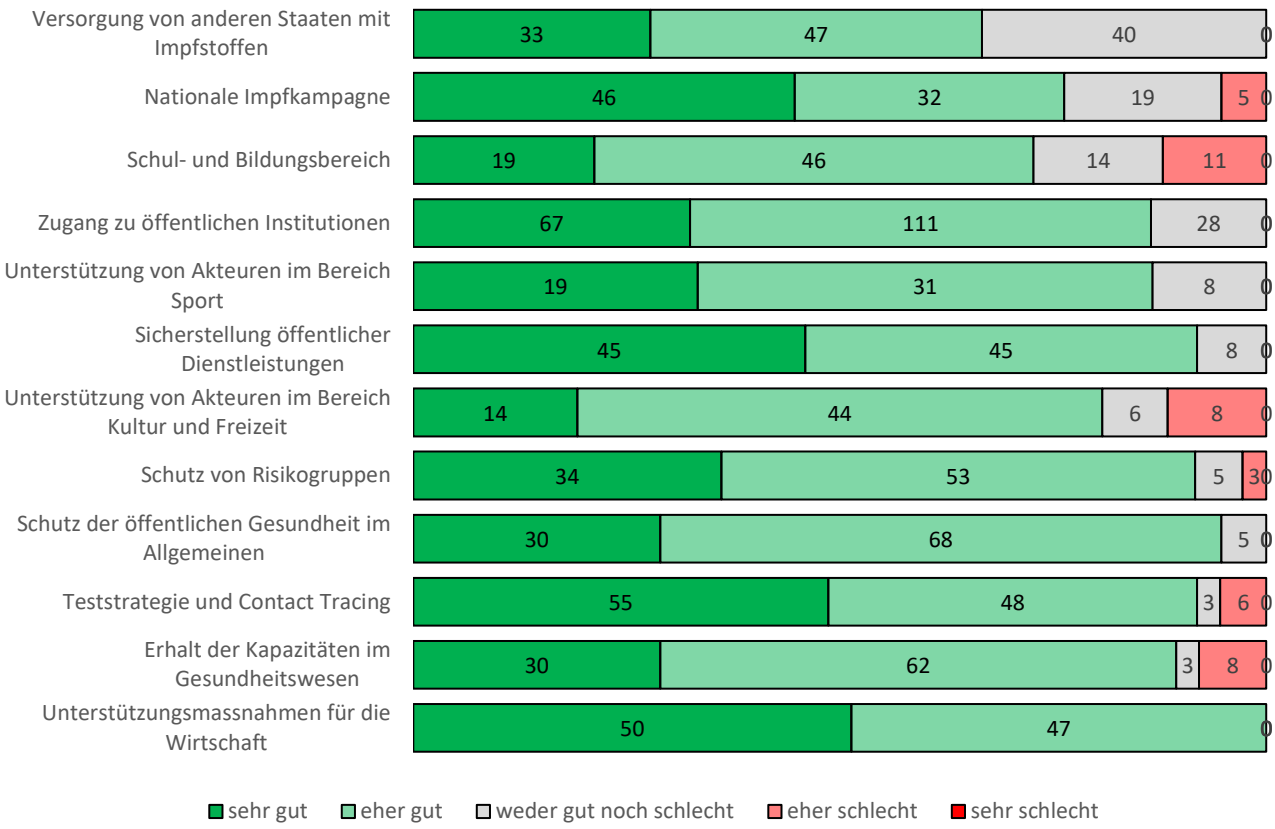
Abbildung 42: Wahrnehmung des gegenüber der Schweiz bestehenden Handlungsspielraums beim Erlass der Massnahmen (in %)



Quelle: Liechtenstein-Institut, Juni 2022.

Die Befragten wurden überdies gebeten, die Massnahmen verschiedener Themenbereiche zu bewerten. Diese Bereiche reichen von der Versorgung mit Impfstoffen, über die nationale Impfkampagne, den Schul- und Bildungsbereich bis hin zur Teststrategie und dem Contact-Tracing, um nur einige zu nennen. Unabhängig davon, welcher Tätigkeitsbereich angesprochen wurde, überall fiel die Bewertung grossmehrheitlich positiv aus. Am kritischsten wurden Massnahmen im Schul- und Bildungsbereich bewertet. Aber selbst dort liegt der Anteil Zufriedener («eher gut» und «sehr gut») deutlich über 50 Prozent.

Abbildung 43: Bewertung von Massnahmen in unterschiedlichen Bereichen (in %)



Quelle: Liechtenstein-Institut, Juni 2022.

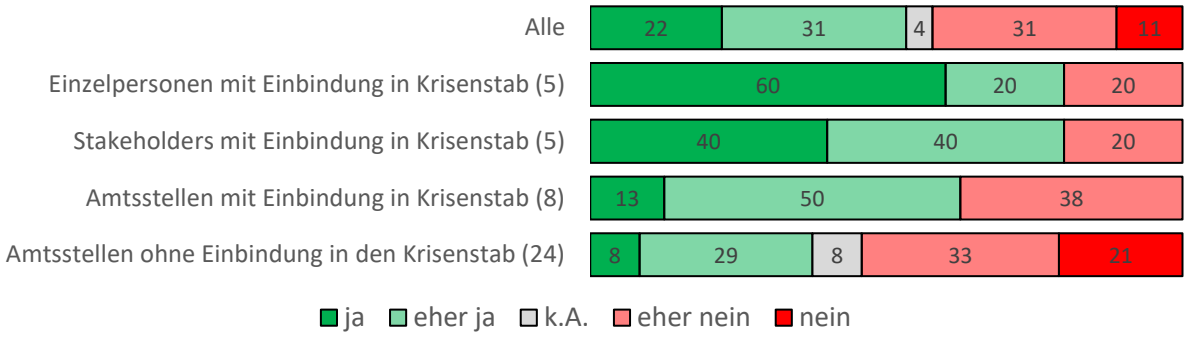
Die Befragten konnten angeben, welche Massnahmen sich aus ihrer Sicht bewährt haben und welche nicht (oder weniger). Natürlich wurden dabei verschiedene Massnahmen genannt, zuweilen wurden dieselben

Massnahmen von unterschiedlichen Personen in der Rubrik «Positives» wie auch «Negatives» vermerkt. Auffallend oft wurde die Maskentragepflicht als gelungene Massnahme angeführt ebenso wie die Home-Office-Empfehlung. Vereinzelt wurden die neu geschaffenen digitalen Kommunikationsformen gelobt und der Wegfall zeitintensiver Reiserei. Auch der Umstand, dass alle Mitarbeitenden nach der ersten Welle mit Mobiltelefon oder Laptops ausgerüstet wurden, fand eine positive Erwähnung. Ebenso wurden die Pressekonferenzen bzw. Medieninformationen gelobt, insbesondere, dass sie in einfacher Sprache gehalten wurden, dass die Aussagen auf den Punkt gebracht wurden und kein schwer verständliches «Juristendeutsch» enthielten. Das Contact Tracing wurde als «hervorragend» bezeichnet. Die Spucktests waren in den Augen einiger Akteure gut organisiert. Insgesamt wurden mehr positive als negative Kommentare angebracht – ein Hinweis, welcher für die Einordnung der nun folgenden negativen Kommentare nicht ganz unwichtig ist.
Negative Punkte wurden ebenfalls angeführt – zum Teil sehr ausführlich. Diese negativen Kommentare bezogen sich ab und an auf sehr spezifische Aspekte. Überdies haben einige just jene Dinge als wenig gelungen kommentiert, welche andere als Beispiel für besonders gut gelungene Massnahmen anführten. Im Prinzip wird man den Kommentaren nur dann gerecht, wenn man sie alle liest, was aber aufgrund des summarischen Charakters dieses Berichts nicht möglich ist. Auffallend ist indes, dass der Zeitpunkt der BAG-Informationen (also von Ankündigungen aus der Schweiz, auf welche die Liechtensteiner Behörden keinen Einfluss hatten) mehrfach negativ erwähnt wurde. Meist erfolgten diese Informationen am Freitagnachmittag, was die zuvor offenbar nicht vollständig informierten Liechtensteiner Stellen bzw. die nicht immer vorab Informierten unter Zugzwang stellte, die neuen Massnahmen kurz vor dem Wochenende einzuführen. Dieser Kommentar steht exemplarisch hierfür: «Kurzfristige Entscheide des BAG und diese jeweils am Freitagnachmittag. Das Einführen neuer Massnahmen auf das Wochenende hin war sehr kräfteraubend. Reduzierter We-Dienst, Angehörige müssen informiert werden, Massnahmen mit dem Team besprechen, Umsetzung entwickeln, Informationen für alle Anspruchsgruppen erarbeiten und verschicken, Materialbeschaffung etc. und das alles am Freitagnachmittag aufs Wochenende hin.» Sodann gab es vereinzelt Kommentare, welche darauf hinwiesen, dass ihr Verfasser/ihre Verfasserin gerne «strenger» vorgegangen wäre (z. B. bezüglich Verkürzung der Isolationsdauer, (zu) frühzeitige Aufhebung der Quarantänepflicht, generell frühzeitige Aufhebung von Massnahmen wie Beizenöffnung).
Kritisiert wurde auch der Aufnahmestopp im Landesspital sowie generell die Freihaltung von durchschnittlich 50 Prozent der Spitalbetten als Notfallreserve, da dies zur Überlastung der nachgelagerten Organisationen geführt hätte sowie im Falle des Aufnahmestopps negativ für die Volksgesundheit gewesen wäre. Auch gewisse Kontaktverbote (Gefängnisinsassen, die ihre Kinder nicht mehr sehen konnten, absolutes Besuchsverbot in Alters- und Pflegeheimen) sowie das Schutzkonzept im Generellen, aber im Speziellen auch in Schulen wurden von einzelnen befragten Akteuren kritisiert. Als eine Schwierigkeit wurde die Unterscheidung zwischen öffentlicher und privater Veranstaltungen genannt.
Sodann wurden auch organisatorische Aspekte genannt, der Datenschutz und generell die IT-Sicherheit bei virtuellen Zusammenkünften, der (vorschnelle) Rückbau des Impfzentrums, unklare Information der Arbeitgeber bzw. Information der Arbeitgeber über Medienmitteilungen statt direkter Mitteilung und weitere Entscheide. Auch generell-psychologische Auswirkungen wurden vereinzelt angeführt: «Einseitige Information in den Medien: Angst und Unsicherheiten wurden geschürt. Täglich schlechte Nachrichten wie Inzidenzen, überfüllte Spitäler, Todeszahlen etc., die nicht der Wahrheit entsprechen.» Mit Blick auf die 24h-Betreuung wurde eine bessere rechtliche Regelung gefordert. Von mehreren Akteuren wurde eine vorausschauende Planung gefordert sei es in Form der Festlegung prioritärer Handlungsfelder für den liechtensteinischen Bevölkerungsschutz, der Aufrechterhaltung etablierter Strukturen über die eine konkrete Pandemiewelle hinaus oder der Beschaffung von Material und der Erstellung eines Pandemielagers.
Wie gesagt, es können aus Platzgründen nicht alle Kommentare präsentiert werden. Der Gesamteindruck ist aber, dass die Meinungen dazu, was im Detail gut und was weniger gut gelaufen war, auch zwischen den Eliteakteuren auseinandergehen. Der Gesamteindruck des Krisenmanagements bleibt aber unbestritten positiv und Vorschläge für Verbesserungsbedarf spezifisch auf einzelne Prozesse bezogen.

7.5 Auswirkungen der Krise

Dass die Corona-Pandemie eine Zäsur darstellt, ist vielfach gesagt worden. Auch die hier befragten Akteure gehen mehrheitlich davon aus, dass die Pandemie langfristige Folgen in ihrem Zuständigkeitsbereich haben wird – und zwar nicht nur in organisatorischer Hinsicht, sondern insbesondere auch wirtschaftlich und gesellschaftlich. Allerdings gibt es Unterschiede zwischen den Akteursgruppen. Amtsstellen ohne Einbindung in den Krisenstab erwarten *für ihren Zuständigkeitsbereich* geringere Auswirkungen als solche mit Einbindung. Das hat wohl auch damit zu tun, dass die Einbindung selbst nicht zufällig erfolgte, sondern wesentlich auch mit der Betroffenheit zu tun hat.

Abbildung 44: Einschätzung langfristiger Folgen im eigenen Zuständigkeitsbereich (in %)



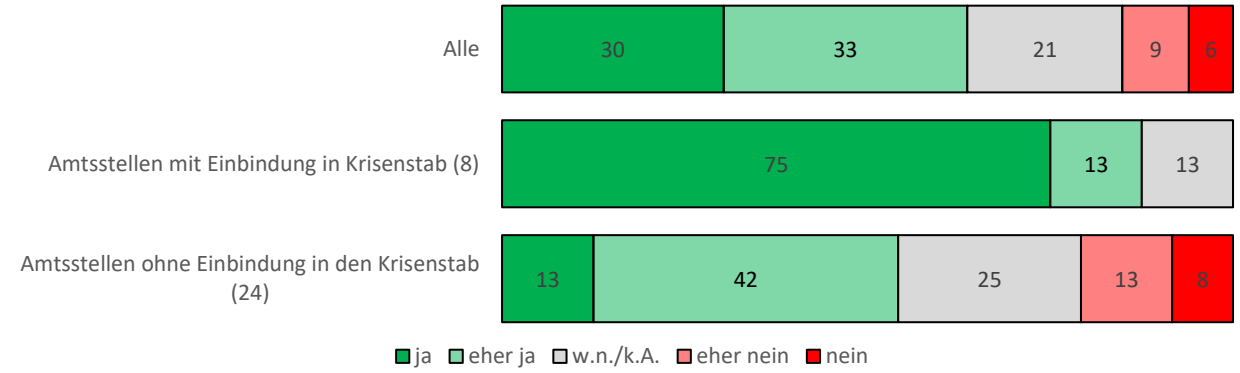
Quelle: Liechtenstein-Institut, Juni 2022.

Konkret wurde eine ganze Reihe von Konsequenzen genannt. Allen voran eine zunehmende Digitalisierung und neue Arbeitsmodelle (Home Office). Oftmals wurden auch gesellschaftliche Auswirkungen angegeben. Eine nicht unerhebliche Zahl der befragten Akteure befürchtet, dass die zutage getretene Spaltung und Polarisierung der Gesellschaft nicht verschwinden wird, sondern sich unter Umständen noch weiter verschärfen könnte. Auch für die Wissenschaft werden Auswirkungen erwartet. Weil sie im Zentrum steht und als die eigentliche «Autorität» wahrgenommen wird, gleichzeitig aber all die Erwartungen hinsichtlich Prognosen nicht erfüllen kann, könnte ihre Glaubwürdigkeit eher ab- als zunehmen. Die Schutzmassnahmen würden die psychische Belastung erhöhen, war eine weitere langfristige Folge der Pandemie, die genannt wurde. Aber auch der Umstand, dass man auf eine künftige Pandemie nun besser vorbereitet wäre. Insbesondere von Akteuren des Gesundheitsbereichs wurde schliesslich mehrfach eine erhöhte Leistungsnachfrage – z. B. im Bereich der psychosozialen Spitex – und eine zunehmende zeitliche Belastung der Mitarbeitenden festgestellt.

7.6 Verbesserungsbedarf

In verschiedenen Staaten haben bereits vorliegende Evaluationen zum Umgang mit der Corona-Pandemie auf Schwachstellen im Daten- und Dokumentenmanagement hingewiesen. Auch die hiesigen Amtsstellen mit Einbindung in den Krisenstab sind beinahe einhellig der Ansicht, dass diesbezüglich Verbesserungsbedarf besteht. Amtsstellen ohne Einbindung in den Krisenstab teilen diese Ansicht nicht ohne Ausnahme. Aber auch von ihnen ist eine Mehrheit der Meinung, dass in dieser Hinsicht etwas getan werden müsse.

Abbildung 45: Verbesserungsbedarf im Dokumenten- und Datenmanagement (in %)



Quelle: Liechtenstein-Institut, Juni 2022.

Auf den kurz-, mittel- und langfristigen Verbesserungsbedarf konkret angesprochen, wurden vielerlei Punkte genannt. Auffallend oft wurde – wenig überraschend – die Digitalisierung und das Home-Office erwähnt. Dies jeweils, wechselweise, als kurz-, mittel- oder langfristiges Projekt. Häufig wurde auch das (frühzeitige) Bereitstellen eines Krisenplans genannt, wobei einige darauf hinwiesen, dass eine Krise eben deshalb Krise sei, weil sie unvorhergesehen eintrete. Ebenso erwähnt wurden das Sicherstellen von ausreichend Personalressourcen sowie Schutzmaterial.

Die Befragten wurden schliesslich gebeten anzugeben, was sie – kurz zusammengefasst – gelernt haben und was aus heutiger Sicht anders gemacht werden sollte. Verschiedene Lehren wurden dabei gezogen. Indes, selten wurde explizit gesagt, was die Betreffenden konkret anders tun würden bzw. es wurde geschrieben, dass man *nichts* anders machen würde. Die gezogenen Lehren aus der Pandemie reichten von Erkenntnissen bezüglich organisatorischer Verbesserungsmöglichkeiten bis zu gesamtgesellschaftlichen Betrachtungen. Zu letzteren zählte etwa die Aussage, wonach bis anhin eher irrelevante Fragen (wie die Impffrage) in sehr kurzer Zeit zu massiven Zerwürfnissen führen können. Jemand rückte den Vertrauensverlust von Wissenschaft und Medizin in den Vordergrund, die in Zeiten schnellen Handelns aufgefordert wurden, unverrückbare Befunde zu liefern, was dem wissenschaftlichen Erkenntnisprinzip ohnehin zuwiderlaufe. Aber auch «profanere» Lehren wurden gezogen, etwa dass die Digitalisierung weiter forciert werden müsse, Zuständigkeiten und Aufgaben frühzeitig geklärt werden müssen oder dass das Funktionieren der Landesnotruf- und Einsatzzentrale als einziger landeseigener KI bei einer Pandemie stark gefährdet sei. Positive Schlüsse wurden selbstverständlich auch gezogen. Einige merkten – nebst Kritik – an, dass Liechtenstein die Pandemie im Grossen und Ganzen gut oder gar sehr gut überstanden habe. Man könne «in der Krise über sich hinauswachsen (mental, psychisch, physisch)».

8 WEITERE EVALUATIONEN

Die Regierung veranlasste im Nachgang zur ersten Corona-Welle (Frühjahr 2020) auf Antrag des Amts für Bevölkerungsschutz eine Evaluation der Führungsstrukturen im Bereich des Bevölkerungsschutzes. Diese agierten als Teilstäbe des Ressorts Bevölkerungsschutz.[180] Konkret wurde überprüft, wie die drei Teilstäbe «Bevölkerungsschutz», «FOG Unterland» und «FOG Oberland» sowie der Aufgabenbereich der Samariter in dieser Zeit gearbeitet haben. Diese Überprüfung wurde mittels Workshops durchgeführt, die vom privaten Evaluationsbüro EBP Schweiz AG organisiert und moderiert wurden.

[180] Siehe hierzu Frommelt & Schiess Rütimann 2023.

Die Evaluation erfolgte zeitnah zur ersten Corona-Welle, als der Eindruck der Herausforderungen noch frisch war. Die Workshops fanden im Spätsommer/Herbst 2020 statt. Die Ergebnisse der Evaluation sind deshalb aus methodischer Sicht von besonderem Wert. Die meisten anderen Evaluationen erfolgten später, was sich – dies ist aus der Evaluationsforschung bekannt – in einer stärker vagen Bewertung niederschlägt. Der Erkenntnisgewinn der Evaluation der ersten Corona-Welle bezieht sich aber vor allem auf die unmittelbar in den Bevölkerungsschutz eingebundenen Akteure und deckt damit nur einen Aspekt des gesamten Krisenmanagements in Liechtenstein ab.

Die im Frühling 2020 durchgemachte Krise wurde von den an der Evaluation Teilnehmenden aus dem Blickwinkel des Krisenmanagements sodann als «adaptionsfreundlich» wahrgenommen. Gemeint ist damit, dass die Corona-Krise sich im Gegensatz zu einem plötzlich auftretenden und schnell entladenden Ereignis eher langsam entwickelte und deshalb Zeit und Handlungsspielraum bot, um Abläufe zu testen und anzupassen. Das heisst aber wiederum, dass die daraus gezogenen Lehren nicht zwingend auf andere Krisensituationen des Bevölkerungsschutzes anwendbar sind, in denen viel weniger Zeit für das Treffen der Massnahmen bleibt.

In diesen Workshops konnten die Mitglieder der genannten Teilstäbe und der Samariter äussern, was aus ihrer Sicht gut lief, was weniger gut bzw. schlecht lief und wo sie Verbesserungspotenzial sahen. Ein Kritikpunkt, der in allen vier Workshops (teils mehrfach) genannt wurde, war die ungenügende Dokumentation der Krisenorganisation und ihrer Prozesse und somit fehlendes Detailwissen über den Aufbau des Pandemiestabs sowie dessen konkrete Aufgaben. Demzufolge war einigen Akteuren unklar, an wen sie sich wann zu wenden hatten. Auch die Schnittstellen zu anderen Stäben waren häufig unklar. Gewisse Teilstäbe wussten offenbar nicht, wem sie gemäss Organigramm unterstellt waren. «Mitglieder FOG sahen Organigramm am Workshop zum ersten Mal» lautet diesbezüglich eine Notiz im Evaluationsbericht. Umgekehrt beklagten sich die Mitglieder der vier befragten Organisationseinheiten, dass andere Organisationseinheiten des Stabs «Neuer Coronavirus» inklusive ihrer Führungspersonen nicht mit der Arbeit der Teilstäbe bzw. der Samariter vertraut gewesen seien. Bei Erstkontakten, so die Teilstäbe, musste man sich zunächst vorstellen und erklären. Kurzum, man wusste zu wenig voneinander. Im Kontrast dazu wurde die Arbeit innerhalb der einzelnen Teilstäbe durchs Band gelobt. Die Zusammenarbeit in den Teilstäben selbst habe bestens funktioniert. Der Teamspirit sei grossartig gewesen, die interne Kommunikation habe tadellos funktioniert.

Weiter wurden Elemente der IT-Ausstattung kritisiert. E-Mail-Adressen, darin waren sich die Teilstäbe einig, sollen unpersönlich abgefasst sein (also keine Namen enthalten), die Skype-Verwendung solle vereinfacht werden (auch für Externe) und bessere Ablagelösungen müssten gefunden werden. Sodann war die (Mehr-)Belastung während jener Zeit gross. Das Alltagsgeschäft litt offenbar darunter, und es wurde angeregt, dass für künftige Krisen zur Sicherung der Durchhaltefähigkeit konkrete Absprachen mit den Arbeitgebern über Freistellungen getroffen werden sollen. Generell wurde betont, dass das Krisenmanagement miliztauglich definiert werden muss und dies weiter präzisiert werden soll.

War ein Mitglied des Teilstabs fast vollumfänglich absorbiert durch seine Arbeit im Teilstab, fielen in seiner Stammorganisation das entsprechende Wissen und die entsprechende Kompetenz weg. Erwartet wurde von den Teilstäben überdies, dass klarere Aufträge erteilt würden und insbesondere auch Rückmeldung auf erledigte Arbeiten erfolgen sollte. Kritisiert wurde vereinzelt ausserdem auch die Zusammenarbeit mit dem Amt für Gesundheit. Diese sei in dieser Zeit nicht sonderlich gut gewesen, so einer der drei Teilstäbe, weil es «überlastet und überfordert» gewesen sei. Zuletzt wurde auch moniert, dass sich die Zusammenarbeit mit Organisationseinheiten, die Stabsarbeit nicht gleichermassen gewohnt sind wie die befragten Teilstäbe, mitunter etwas schwierig gestaltete. «Stabsprozesse sind im Stab Neuer Coronavirus nicht bekannt» lautete ein Kritikpunkt diesbezüglich lapidar. Dieses Spannungsfeld zwischen der Fachebene und der politisch-strategischen Führungsstufe, deren Aufmerksamkeitsspanne für strukturelle Fragen oder risikospezifische Herausforderungen vor dem Eintreten einer Krise prinzipiell begrenzt ist, zieht sich wie ein roter Faden durch die Kritik.

Insgesamt aber beurteilten die Teilstäbe im Besonderen ihre eigene Arbeit, aber auch jene der übergeordneten Organisationseinheiten positiv. Auch die Zusammenarbeit mit der Schweiz habe gut funktioniert. Gleichwohl fällt diese erste Evaluation grundsätzlich kritischer aus als später durchgeführte Evaluationen bzw. Befragungen, in denen – vielleicht auch unter dem Eindruck der gemeisterten Herausforderung und der als immer weiter zurück liegend wahrgenommenen Krise – meist weniger Kritik geübt wurde.

9 FAZIT

Die Corona-Pandemie hatte nebst den gesundheitlichen auch gesellschaftliche Auswirkungen. Die berufliche, aber auch die familiäre Belastung (namentlich durch die Kinderbetreuung) nahm während der Pandemie zu. Eine zwar geringe, aber gleichwohl ernstzunehmende Zahl von Jugendlichen litt psychisch stark unter den Massnahmen. Generell machte sich vor allem im zweiten Jahr der Krise eine Pandemiemüdigkeit breit. Gesellschaftliche Gräben taten sich sodann auf. Hitzig wurde über Massnahmen und über eine Impfpflicht diskutiert. Es wurde überdies demonstriert und gedroht – in einem Ausmass, das für Liechtenstein ungewöhnlich ist. Bewegungen («unerhört») formierten sich und brachten die Pandemie auch in die Politik. Mit der Partei MiM wurde im Vorfeld der Abstimmung über die 2G-Regelung eine Partei gegründet, deren primäres Ziel zunächst darin bestand, den Massnahmenkritikern eine Stimme zu geben.

Indes, häufig geht vergessen, dass die Pandemie in Wahrnehmung von Teilen der Bevölkerung auch Positives hervorbrachte. Das mag die negativen Folgen (bei weitem) nicht zu kompensieren. Aber die positiven Aspekte verdienen doch auch eine Erwähnung. Man habe endlich mal mehr Zeit mit der Familie verbringen können, sagte eine erhebliche Zahl der Liechtensteiner in Umfragen. Sport und Bewegung (das Wandern erlebte eine Hochkonjunktur) wurden während der Pandemie teilweise intensiver betrieben als zuvor. Befragungen zur Lebenszufriedenheit legen gar nahe, dass der negative Effekt der aktuellen Krisen – also die Ukrainekrise sowie die Energiekrisen – bei älteren Menschen sogar stärker war als derjenige der Corona-Pandemie (wobei die sinkende Lebenszufriedenheit sicherlich auch eine Folge der generellen Krisenmüdigkeit darstellt und damit unabhängig von einer konkreten Krise zu sehen ist). Auch in anderen Staaten hat die Corona-Pandemie gemäss derzeit vorliegenden Daten die Lebenszufriedenheit insgesamt nicht oder zumindest nicht spürbar reduziert.

Zweifellos tangierte die Pandemie das Leben aller oder zumindest der allermeisten. Aber hatte die Pandemie auch darüber hinaus Folgen? Welche Spuren hat die Pandemie in der Gesellschaft zurückgelassen? Von der aufgeheizten Stimmung und den heftigen Auseinandersetzungen ist aktuell nicht mehr allzu viel zu spüren. Die Bewegung «unerhört» tritt kaum mehr in Erscheinung, und die neu gegründete Gruppierung «Initiative A» scheint sich mit Stand März 2023 vor allem aus einem kleinen, in Teilen bereits bekannten Kreis der Gegnerinnen und Gegner der Corona-Politik zusammenzusetzen. Der Abstimmungskampf über die 2G-Regelung im September 2022 verlief derweil vergleichsweise «gesittet» – auf jeden Fall deutlich weniger emotional als die Schweizer Abstimmung über das Covid-19-Gesetz, welche noch während der Hochphase der Pandemie stattfand. Es ist noch unklar, ob diese Konfliktgräben – primär jener zwischen Impfbefürwortern und Impfgegnern – wirklich zugeschüttet oder nur oberflächlich zugedeckt wurden. Corona spielt in der Medienberichterstattung und auch in der Sorgenagenda der Menschen auf jeden Fall aktuell keine allzu wichtige Rolle mehr, was dafür spricht, dass die Polarisierung zurückgegangen ist. Dafür sprechen auch die weiterhin hohen Vertrauenswerte in die politischen Institutionen.

Trotz der rückläufigen Salienz scheint der soziale Zusammenhalt in der Wahrnehmung der Bevölkerung unter der Corona-Pandemie gelitten zu haben und die Stimmung im Land wird gemäss Bevölkerungsumfragen insgesamt als gereizter wahrgenommen. Dennoch lässt sich nicht mit Sicherheit sagen, ob diese Veränderung tatsächlich von Dauer ist. Dies gilt auch für den oben genannten Konflikt zwischen Impfbefürwortern und Impfgegner. Studien wie die vorliegende sollen in diesem Zusammenhang die verschiedenen Entwicklungen rund um die Corona-Pandemie dokumentieren und so zu einer sachlichen Diskussion über Stärken und

Schwächen des liechtensteinischen Krisenmanagements beitragen. Diese Funktion können sie aber nur leisten, wenn alle Akteure dieselbe Ausgangsposition einnehmen, nämlich dass die Corona-Pandemie – zumindest mit Blick auf die konkret ergriffenen Massnahmen – die grösste globale Krise seit dem Zweiten Weltkrieg war und eine reale Bedrohung für die öffentliche Gesundheit darstellte. Ebenso zentral ist der gegenseitige Respekt und das Akzeptieren der Tatsache, dass die in das Krisenmanagement involvierten Akteure ein enormes Engagement im öffentlichen Interesse zeigten, sich aber gleichzeitig viele Menschen durch die getroffenen Massnahmen sehr stark in ihrer Freiheit eingeschränkt fühlten. Auf dieser Basis ist eine politische Diskussion darüber, ob die erlassenen Einschränkungen zu weitgehend waren oder angesichts der in Liechtenstein phasenweise sehr hohen Anzahl Todesfälle gar zu wenig weitreichend waren, durchaus wünschenswert. Ebenso soll darüber diskutiert werden, ob die öffentliche Kommunikation und die darin eingeforderte Solidarität zu sehr von Moralisierung geprägt war und die Krisenkommunikation zu viele Ängste schürte. Diese Themen lassen sich nur in einer sachlichen politischen Debatte erörtern. Dies gilt auch für das Verständnis öffentlicher Gesundheit und welche Massnahmen in einem demokratischen Staat zu deren Schutz ergriffen werden dürfen. Bei der Bewertung der Auswirkungen der Pandemie darf jedoch nicht ausser Acht gelassen werden, dass im Zusammenhang mit Pandemien oft ein Vorbereitungsparadoxon eintritt. Durch das wirksame Handeln der Gesellschaft fällt der Schaden eines Ereignisses demnach geringer aus als ursprünglich erwartet. Paradox daran ist die falsche Wahrnehmung, dass eine sorgfältige Vorbereitung nicht nötig gewesen wäre, da der Schaden gering war, obwohl die Schadensbegrenzung in Wirklichkeit auf die Vorbereitung zurückzuführen ist.

Mit Blick auf die politischen Folgen der Corona-Pandemie ist ferner zu beobachten, inwieweit sich rund um die Massnahmengegner abgekoppelte Kommunikations- und Informationsräume bilden. Ein Indiz hierfür ist, dass Personen, welche sich in Leserbriefen kritisch gegen die Corona-Politik geäussert haben, sich jüngst auch mehrfach kritisch gegen die Ukraine-Politik geäussert haben. Die teils sehr aggressive Tonalität von einigen wenigen Personen gegen politisch exponierte Personen ist demgegenüber isoliert zu betrachten und sollte nicht zu stark in den öffentlichen Fokus rücken, da es sich hier immer noch um Einzelfälle handelt. Es ist in diesem Zusammenhang allerdings zu befürchten, dass solche Angriffe sowie generell der gehässigere Ton in der öffentlichen Kommunikation auch dazu führen können, dass weniger Personen bereit sind, sich für öffentliche Ämter zur Verfügung zu stellen.

Viel wurde während der Pandemie auch darüber gesagt, welche zäsurhaften Veränderungen diese Krise im beruflichen und schulischen Leben bringen würde. Das berufliche und schulische Leben ist aber grösstenteils zum normalen Alltag zurückgekehrt, wenngleich sich sicherlich noch nicht alle Auswirkungen abschätzen lassen. Die Homeoffice-Praxis wurde oft zurückgenommen, wovon die Verkehrsstaus am Morgen und nach Feierabend beredtes Zeugnis ablegen. In der Politik ist man ebenfalls zum courant normal zurückgekehrt. Kurz, die Krise hatte massive Auswirkungen auf das Leben während der Pandemie, weist aber danach wahrscheinlich geringere negative Auswirkungen auf als befürchtet.

Das Parteiensystem hat sich, soweit dies zum jetzigen Zeitpunkt beurteilt werden kann, kaum verändert. An den Gemeinderatswahlen 2023 trat die neue Partei, MiM, nicht mit Kandidierenden an. In der Schweiz blieben die von Massnahmengegnern gegründeten neuen Parteien bei kommunalen und kantonalen Wahlen ebenfalls chancenlos. Auch der parlamentarische Betrieb läuft nach der Pandemie wie gewohnt ab. Schliesslich sind das Vertrauen in die politischen Institutionen sowie die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie weiterhin hoch. Auch mit Blick auf die Landesverwaltung sind die Auswirkungen der Pandemie gering. Hier sticht die positive Wahrnehmung des Krisenmanagements hervor. Die Verwaltung insgesamt ist zusammengewachsen und hat durch die Krisen in vielerlei Hinsicht an Fach- und Erfahrungswissen gewonnen, was für künftige Krisen durchaus wichtig sein kann. Trotz dieser positiven Bilanz bleibt Liechtenstein gefordert, sich mit seinem Selbstverständnis als souveräner Staat auseinander zu setzen und regelmässig zu überprüfen, wie die nationale Souveränität im Krisenfall weiter gestärkt werden kann.

10 REFERENZEN

Barczak, Tristan (2022): Der Pandemiestaat als nervöser Staat, Aus Politik und Zeitgeschichte, 72. Jahrgang, Heft 32–33, S. 25–31, abrufbar unter https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/freiheit-und-sicherheit-2022/.

Bogner, Alexander & Wolfgang Menz (2021): Wissen und Werte im Widerstreit. Zum Verhältnis von Expertise und Politik in der Corona-Krise. Leviathan, 49. Jg., 1/2021, S. 111–132

Büchel, Donat (2011): Demonstrationen. In: Historisches Lexikon des Fürstentums Liechtenstein online (eHLFL), https://historisches-lexikon.li/Demonstrationen [letzter Zugriff am 07.07.2022]

Brunhart, Andreas & Martin Geiger (2020): Stützungsmassnahmen für die Wirtschaft in Liechtenstein und Vergleichsstaaten während der Corona-Krise: Analyse aus volkswirtschaftlicher Perspektive. Studie im Auftrag des Ministeriums für Infrastruktur, Wirtschaft und Sport der Regierung des Fürstentums Liechtenstein. Unter Mitwirkung von Elias Hasler. Bendern.

Caritas Liechtenstein, Jahresbericht 2020, Schaan 2021, und Jahresbericht 2021, Schaan 2022, beide abrufbar unter: https://caritas.li/downloads.html

Eisenegger, Mark, Franziska Oehmer, Linards Udris & Daniel Vogler (2021): Lessons Learned? Die Qualität der Medienberichterstattung in der ersten und zweiten Welle der Corona-Pandemie. Forschungszentrum Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög), Universität Zürich, Zürich. https://doi.org/10.5167/uzh-210609.

Decker, Frank, Volker Best, Sandra Fischer & Anne Küppers (2019): Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik? Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Demenz Liechtenstein (2020): Corona-Virus: Die besondere Situation für Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen (Stand: 31.3.2020), abrufbar unter: https://www.demenz.li/assets/dateien/downloads/Leitfaden%20CoVid-19%20MmD%20begleiten%20310320.pdf

De Quervain, Dominique, Amanda Aerni, Ehssan Amini, Dorothée Bentz, David Coynel, Virginie Freytag, Andreas Papassotiropoulos, Nathalie Schicktanz, Thomas Schlitt, Anja Zimmer& Priska Zuber (2020): The Swiss Corona Stress Study: second pandemic wave, November 2020. https://doi.org/10.31219/osf.io/6cseh

Frauenhaus Liechtenstein, Jahresbericht 2020, Vaduz 2021, abrufbar unter: https://www.frauenhaus.li/?page=10003

Freitag, Markus (2016): Zum Wesen des sozialen Kapitals. Einleitende Bemerkungen. In: Freitag, Markus (Hrsg.): Das soziale Kapitel der Schweiz. 2. Auflage. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.

Freitag, Markus (2017): Politische Kultur. In: Knoepfel, Peter, Yannis Papadopoulos, Pascal Sciarini, Adrian Vatter & Silja Häusermann (Hrsg.): Handbuch der Schweizer Politik. 6. Auflage. Zürich: NZZ Libro, S. 71–94.

Frommelt, Christian (2019): Wie zufrieden sind die Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner? Hintergrundinformationen zur Umfrage «Wie glücklich ist Liechtenstein?» NACHGEFRAGT. Bendern: Liechtenstein-Institut

Frommelt, Christian (2020a): Öffentliche Meinung in Liechtenstein zur Corona-Pandemie. Auswertung einer Umfrage im Auftrag des Liechtensteiner Vaterlands. Gamprin-Bendern: Liechtenstein-Institut.

Frommelt, Christian (2020b): Institutional challenges for external differentiated integration: the Case of the EEA. EUI Working Papers, RSCAS 2020/65.

Frommelt, Christian (2023): Wie die geringe Grösse Liechtensteins dessen Politik beeinflusst. In: Christian Frommelt und Märten Geiger (Hg.): «Und nach dem Nachdenken kommt das Handeln». Festschrift zum 75. Geburtstag von Guido Meier. Gamprin-Bendern: Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft (Liechtenstein Politische Schriften, Bd. 63), S. 439–475.

Frommelt, Christian & Philippe Rochat (2022): Lie-Barometer. Ergebnisse einer Online-Umfrage. LI Aktuell Nr. 3/2022. Gamprin-Bendern: Liechtenstein-Institut

Frommelt, Christian, Thomas Milic & Philippe Rochat (2021): Landtagswahlen 2021 – Ergebnisse der Wahlumfrage. Beiträge Liechtenstein-Institut 49/2021. Gamprin-Bendern: Liechtenstein-Institut

Frommelt, Christian & Patricia M. Schiess Rütimann (2023): Das Krisenmanagement Liechtensteins in der Corona-Pandemie: Organisation, Kommunikation und Massnahmen. Liechtenstein-Institut, Gamprin-Bendern.

infra, Jahresbericht 2021, Schaan 2022, abrufbar unter: https://www.infra.li/ueber-uns/jahresbericht

KIT – Stiftung für Krisenintervention, Jahresbericht 2020, Schaan 2021, und Jahresbericht 2021, Schaan 2022, beide abrufbar unter: https://kit.li/informationen/

Kübler, Daniel (2022): Demokratien im Stresstest. In: Beck, Konstantin, Andreas Kley, Peter Rohner & Pietro Vernazza (Hg.): *Der Corona-Elefant.* Zürich: Versus, S. 50–57

Landespolizei des Fürstentums Liechtenstein (2021): Unterstützungsangebote bei Konflikten zu Hause, Vaduz, September 2021, abrufbar unter: https://www.landespolizei.li/application/files/2016/3955/8280/Flyer_A65_Unterstutzungsangebote_bei_Konflikten_zuhause_11-2021_END.pdf

Landespolizei Fürstentum Liechtenstein, Jahresbericht 2020, Vaduz, 30. März 2021, und Jahresbericht 2021, Vaduz 5. April 2021, beide abrufbar unter: https://www.landespolizei.li/ueber-uns/jahresberichte

Liechtensteiner Behindertenverband, Jahresbericht 2020, Schaan Februar 2021, und Jahresbericht 2021, Schaan März 2022, beide abrufbar unter: https://www.lbv.li/Downloads.php

Liechtensteiner Seniorenbund, Jahresbericht 2020, Vaduz 2021, und Jahresbericht 2021, Vaduz 2022, beide abrufbar unter: https://www.seniorenbund.li/downloads

Merkel, Wolfgang (2021): Neue Krisen. Wissenschaft, Moralisierung und die Demokratie im 21. Jahrhundert. Aus Politik und Zeitgeschichte APuZ, 26-27/2021, S. 4–11.

Milic, Thomas & Christian Frommelt (2022): Corona-Pandemie und öffentliche Schulen Liechtensteins. Ergebnisse einer Befragung von Schülerinnen und Schülern, Lehrpersonen und Eltern. Liechtenstein-Institut, Gamprin-Bendern.

Milic, Thomas & Philippe Rochat (2022): Volksabstimmung «Franchisen-Befreiung» vom 26. Juni 2022. Ergebnisse einer Onlineumfrage. LI Aktuell Nr. 1/2022. Gamprin-Bendern: Liechtenstein-Institut

Milic, Thomas, Philippe Rochat & Christian Frommelt (2021): Die COVID-19-Pandemie in Liechtenstein: Ein Stimmungsbild. Gamprin-Bendern: Liechtenstein-Institut

Milic, Thomas & Philippe Rochat (2022): Volksabstimmung «Gesetzliche Grundlage für 2G-Regelung (2G-Gesetz)» vom 18. September 2022. Ergebnisse einer Online-Umfrage. Liechtenstein-Institut. Gamprin-Bendern (LI Aktuell 2/2022).

Neier, Christina (2020): Der EWR-Beschlussfassungsprozess in Recht und Praxis. In: Liechtensteinische Juristenzeitung (LJZ) 2020, H. 1, S. 26-33.

Ravens-Sieberer, Ulrike, Anne Kaman, Christiane Otto, Adekunle Adedeji, Ann-Kathrin Napp, Marcia Becker, Ulrike Blanck-Stellmacher, Constanze Löffler, Robert Schlack, Heike Hölling, Janine Devine, Michael Erhart & Klaus Hurrelmann (2021): Seelische Gesundheit und psychische Belastungen von Kindern und Jugendlichen in der ersten Welle der COVID-19- Pandemie – Ergebnisse der COPSY-Studie, Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz, 64(12), S. 1512–1521. https://doi.org/10.1007/s00103-021-03291-3

Rochat, Philippe (2023): Der Verlauf der Corona-Pandemie in Liechtenstein. Eine Darstellung mit öffentlich zugänglichen Daten. Liechtenstein-Institut, Gamprin-Bendern.

Schiess Rütimann, Patricia M. (2023): Die Corona-Pandemie und das Recht. Liechtenstein-Institut, Gamprin-Bendern.

VBW – Verein für Betreutes Wohnen in Liechtenstein, Jahresbericht 2020, Schaan 2021, abrufbar unter: https://www.vbw.li/jahresberichte/

Verba, Sidney, Kay Lehman Schlozman & Henry E. Brady (1995): Voice an Equality. Civic Voluntarism in American Politics. Cambridge, London: Harvard University Press

Verein für Menschen mit Demenz in Liechtenstein, Jahresbericht 2020 Demenz Liechtenstein, Schaan März 2021, und Jahresbericht 2021 Demenz Liechtenstein, Schaan März 2022, beide abrufbar unter: https://www.demenz.li/wir/jahresberichte-ab-2015.html

Verein für Menschenrechte in Liechtenstein (2020), Bericht über die Umfrage des Vereins für Menschenrechte vom 27. Juli bis 31. August 2020 über die Auswirkung der Corona-Massnahmen auf verletzliche Personen und Gruppen, Vaduz Oktober 2020, abrufbar unter: https://www.menschenrechte.li/wp-content/uploads/2020/10/2020-Corona-Umfrage-Bericht-final.pdf

Verein für Menschenrechte in Liechtenstein VMR/ OSKJ – Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche in Liechtenstein, Menschenrechte in Liechtenstein

- Jahresbericht 2020, Vaduz April 2021, abrufbar unter: https://www.menschenrechte.li/wp-content/uploads/2019/01/JB_VMR_2020_web-1.pdf
- Jahresbericht 2021, Vaduz Mai 2022, abrufbar unter: https://www.menschenrechte.li/wp-content/uploads/2022/05/2021-VMR-Jahresbericht_GzD-final.pdf

ANHANG

Der vorliegende Evaluationsbericht vereint Daten verschiedener Quellen, die mit der jeweiligen Vorsicht interpretiert werden müssen. Die Datenbasis vieler Ausführungen bilden die Umfragen, welche das Liechtenstein-Institut seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie durchführte. Für die Gesamtbevölkerung liegen insgesamt fünf Umfragen mit Corona-spezifischen Fragen vor:

- der Lie-Barometer 2020;
- die Nachbefragung zu den Landtagswahlen 2021;
- die Corona-Umfrage 2021;
- die Nachbefragung zur Abstimmung über die Volksinitiative zur Franchisen-Befreiung im Juni 2022;
- die Nachbefragung zur Abstimmung über die Änderung des Gesundheitsgesetzes vom September 2022.

Sie alle enthielten Fragen zur Corona-Pandemie. Für allgemeine Fragen zum Institutionenvertrauen oder zur Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie reicht die Zeitreihe weiter in die Vergangenheit zurück. Für diese Fragen liegen maximal 19 Beobachtungen (d. h. Befragungszeitpunkte) vor. Es ist aber ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass keine Panel-Struktur besteht, sondern dass jede Umfrage für sich eine Querschnittstudie darstellt und daher keine Aussagen über individuelle Haltungsänderungen gemacht werden können.

Die einzelnen Befragungen unterscheiden sich in mancherlei Hinsicht: Die Fallzahl variiert, die Erhebungsmethoden unterscheiden sich (zunächst telefonisch, später nur noch online), die Umfragethemen lauten unterschiedlich, um nur einige Befragungsaspekte zu nennen. Gerade der thematische Kontext dürfte auch eine gewichtige Rolle für die Zusammensetzung der Stichprobe spielen. Wird beispielsweise im Nachgang einer Abstimmung eine Nachbefragung zu ebenjener Abstimmung durchgeführt, nehmen vornehmlich jene teil, die sich bereits am entsprechenden Urnengang beteiligt haben. Andere – Nicht-Teilnehmende oder in Liechtenstein wohnhafte Personen ohne Stimmrecht – haben geringe Anreize teilzunehmen. Das hat Konsequenzen für die hier zugrunde liegende Auswertung. Wir haben uns deshalb auf eine bestimmte Gruppe von Liechtensteinerinnen und Liechtensteinern beschränken müssen, die in allen Umfragen in genügend grosser Zahl enthalten waren: Die Liechtensteiner Stimmberechtigten. Das wiederum heisst aber, dass sich die präsentierten Werte immer auf diese Gruppe beziehen. Sie macht zwar einen erheblichen Anteil der gesamten Liechtensteiner Wohnbevölkerung aus, ist aber eben nicht deckungsgleich mit letzterer. Die im Folgenden verwendeten Datensätze wurden nach Alter und Geschlecht gewichtet.[181] Gleichwohl ist eindringlich darauf hinzuweisen, dass die in der vorliegenden Studie ausgewiesenen Werte primär als *Trendaussagen* zu interpretieren sind und *nicht punktgenaue Schätzungen* darstellen.

[181] Aufgrund dessen können sich die hier präsentierten Werte auch von den in den jeweiligen Berichten publizierten Werten (leicht) unterscheiden.

In den Kapiteln 2.2 und 2.3 werden Ergebnisse von Umfragen unter Schülerinnen und Schülern, Lehrpersonen und Eltern präsentiert. Diese Umfragen wurden vom Schulamt in Auftrag gegeben und vom Liechtenstein-Institut durchgeführt. So wurden im Zeitraum April bis Mai 2022 alle Lehrpersonen und (registrierten) Erziehungsberechtigten brieflich angeschrieben. Sie erhielten einen personalisierten Zugang zur Online-Befragung. Entsprechend unterscheidet sich die Grundgesamtheit von derjenigen der anderen Umfragen. Die Schülerinnen und Schüler wurden zweimal zu Themen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie befragt. Eine erste Befragung erfolgte im Frühjahr 2021 und eine zweite Befragung im Frühjahr 2022, wobei in der ersten Befragung nur Schülerinnen und Schüler bestimmter Altersklassen bzw. Schulstufen befragt wurden. Beide Male handelte es sich um eine Online-Befragung, zu welcher die Schülerinnen und Schüler vor Ort im Klassenzimmer oder per E-Mail eingeladen wurden.

